209. Ausgabe · 37. Ja[illegible]gang

München, Mittwoch, 17. Oktober 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27460, 23695 · Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20647

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 25 000 000, ausw. M. 30 000 000
Bezugspreis für Österreich: Einzelnummer 1200 Kr

F.M.J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Wie die Ruhr verraten wurde!

Der bewußt geführte Dolchstoß des Zentrums und des Marxismus

Tagesspiegel

Eingestandener Zusammenbruch.
Neue Plünderungen im Reiche.
Konflikt zwischen dem Militär und den Marxisten.
Reichsregierung und Sachsen.
Verbot der proletarischen Hundertschaften auch in Thüringen.
Ein Jude als christlichsozialer Kandidat.
Die Reinigung in Spanien.

Erklärung des Bundes „Oberland"

Der Bund „Oberland", e. V., faßte in seiner in Nürnberg am 13./14. Oktober 1923 stattgefundenen Bundesratssitzung einstimmig nachstehende Entschließung:

„Oberland" wird von seinen Zielen:
Bruch der sogenannten Friedensverträge von 1919,
Wahrung der Reichseinheit,
Mitarbeit an der Überbrückung der Klassengegensätze
niemals abweichen.

Voraussetzung dafür erscheint uns die Wehrhaftigkeit unseres Volkes, die Erziehung zum großdeutschen Staatsgedanken und zum Dienst am deutschen Volke in Selbstzucht, Opferbereitschaft und sozialer Einordnung.

Dies finden wir in der Kundgebung des Deutschen Kampfbundes vom 1. und 2. September 1923 vollinhaltlich wieder, so daß wir uns aus innerster Überzeugung zum Kampfbund und seinen Zielen bekennen. Daran kann und wird uns auch die Loslösung anderer von seiner Führung nicht beirren. Alle Ausstreuungen, daß „Oberland" außerhalb des Kampfbundes stehe, sind unwahr.

„Oberland" wird den Weg, der zu seinen und des ganzen deutschen Volkes Zielen führt, unbeirrt und frei vom Einfluß jeder Partei und Parteipresse gehen.

Entsprechend seiner Einstellung und seinen Verpflichtungen wird „Oberland" jeder vaterländischen Regierung, welche sich auf alle Kreise, die deutschen Stammes sind, zu stützen gewillt ist, für Bayern wie für das Reich, stets mit allen seinen Kräften zur Verfügung stehen in der Überzeugung, damit unserem Volk und Vaterland den Dienst zu leisten, zu dem wir als Deutsche und Oberländer uns geweiht haben.

Ein erfreuliches Bekenntnis

Das führende Blatt der nationalen Studentenschaft Großdeutschlands, die „Deutsche Hochschul-Zeitung", veröffentlicht in seiner neuesten Ausgabe das Manifest des Deutschen Kampfbundes im Wortlaut und fügt von sich aus hinzu:

„Diese Kundgebung ist um so bedeutsamer, weil der Hauptkern ihres Inhalts und ihr Ziel die Schaffung eines völkischen Großdeutschlands ist, so wie es alle völkisch und vaterländisch Gesinnten seit der Novemberrevolution 1918 ersehnen und vor allem die Sehnsucht der großdeutschen Studentenschaften ist. Durch diese Kundgebung ist auch erreicht worden, daß sich die Geister bekennen müssen. Es ist in Zukunft unmöglich, daß sich Verbände unter der ‚vaterländisch-spießerlichen Parole: Für Ruhe und Ordnung' abseits halten und Einzelziele verfolgen. Jetzt heißt es, mitzutun oder bekämpft zu werden, Großdeutschland auf völkischer Grundlage ist das Ziel, nicht Bayern, nicht Preußen, nicht Hohenzollern oder Wittelsbach; jetzt gilt es, dem deutschen Volke endlich ein gesundes, gereinigtes, seiner Eigenart entsprechendes Haus zu schaffen!"

Und nach dem ausgesprochenen Bedauern, daß sich noch verschiedene Verbände nicht zum D. K. bekannt haben, heißt es:

„Der Drang nach Einigung ist da, er wird gewaltig wachsen und bald wird der Deutsche Kampfbund alle die einigen, die seinen Aufruf in die Tat umzusetzen bereit sind, mögen einzelne Wenige aus persönlichem Ehrgeiz oder aus eigennützigen Gründen sich fernhalten. Wie der Führer des völkischen Freiheitskampfes auch heißen mag, er wird eine Macht hinter sich haben, die alle Widerstände beseitigen und nicht ruhen wird, bis über des Reiches Hauptstadt wieder die Flagge schwarz-weiß-rot flattert! Deutschland erwache und erhebe dich! Ihr völkischen Akademiker gehört vor die Front!"

Diese Worte sind ein begrüßenswertes Bekenntnis. Möge die gesamte deutsche Studentenschaft erfassen, worum es heute geht, alle Brücken einer morschen Vergangenheit hinter sich abbrechen und sich für den völkischen Staatsgedanken einsetzen. Bursche heraus!

Konflikte zwischen Ausnahmebehörde und Marxisten

Wie gemeldet, hat das über Sachsen bestimmende Wehrkreiskommando auf dem Papier die proletarischen Hundertschaften als aufgelöst erklärt. Es war selbstverständlich, daß diese Maßnahme sofort einen Protest seitens der bolschewistischen Regierung hervorrufen würde. Nachstehend bringen wir eine Meldung, welche über ernste Abwehrmaßnahmen in Sachsen berichtet. Es ist damit schon eine offene Kriegserklärung gegen die parlamentarische Diktatur seitens des linken Flügels desselben Parlamentes erklärt worden. Wir stehen vor der grotesken Tatsache, daß die Partei des Fritz Ebert in Sachsen und Thüringen zusammen mit den Bolschewisten Ministersessel bekleidet, daß aber im Reichstage dieselbe Partei des Herrn Ebert eine parlamentarische Diktatur gegen den Bolschewismus einsetzt. Wenn etwas die Verlogenheit des ganzen heutigen Systems kennzeichnet, so diese Sachlage. Jedenfalls ist der Konflikt da, und die beiden Kräfte messen sich, wobei wir unsere Anschauung aussprechen, daß selbstverständlich seitens der parlamentarischen Diktatur eine restlose Ausrottung des Bolschewismus nicht durchgeführt werden kann und auch gar nicht durchgeführt werden soll. Es handelt sich bloß um die Sicherung der betrügerischen Arbeiterführer seitens der verzweifelten und aktiv gewordenen irregeführten kommunistischen Außenseiter. Wir unsererseits können nur die Hoffnung aussprechen, daß der Konflikt zwischen den feindlichen Brüdern ganz deutlich zum Ausdruck käme, um nicht wieder eine verlogene Verkleisterung zu ermöglichen.

*

Der „Vorwärts" erhebt schon ein Zeter- und Mordio-Geschrei über die Auflösungsdekrete der Reichswehrgeneräle; namentlich tut ihm die Erklärung des Stettiner Generals wehe, welche außerordentliche Gerüchte über Streikhetzer ankündigt, und ferner ein Verbot, welches dem famosen Schützinger einen Vortrag in der Magdeburger „Friedensgesellschaft" untersagte. Auch das Verbot der „republikanischen Abwehrorganisationen", d. h. der bolschewistischen Armee, treibt dem Monsieur Schiff sein galizisches Blut ins Gehirn. Und da General v. Lossow sich „zu schwach fühlt", um den „bewaffneten Heerscharen Kahrs und Hitlers" entgegenzutreten, deshalb schreit der „Vorwärts" über den — scheinbar — nach rückwärts losgegangenen Schuß:

„Von allen Seiten wird deshalb die Aufhebung des Ausnahmezustandes gefordert, der eine Gefahr für die Republik zu werden droht, solange er nicht auch in Bayern angewandt wird. So richtig es ist, daß nur der Weg über den Reichsausnahmezustand zu einer Reinigung in Bayern führen kann, so selbstverständlich erscheint es, daß das Reich aus den tatsächlichen Machtverhältnissen die Konsequenz zieht. Entweder kann es die Verfassung auch in Bayern garantieren — es brauchte nur zu wollen und die verfassungstreuen Elemente in Bayern zur Hilfe aufzurufen — oder es ist nicht dazu in der Lage, dann muß das offen ausgesprochen werden. Aber daß unpolitische Generäle überall in Deutschland herrschen, überall in den Gang der behördlichen Verwaltung eingreifen, nur in Bayern nicht, das ist ein Zustand, dem so oder so, aber bald ein Ende gemacht werden muß."

Mit anderen Worten: Politik darf in Deutschland nur von den Schiffs und den Bernhards gemacht werden. Aber eines stimmt: die deutschen Generäle sind unpolitisch, sonst hätten sie diese Pressehebräer schon längst ausgeräuchert.

*

Berlin. Wie die Blätter aus Dresden melden, erläßt die sächsische Regierung eine Erklärung, in der sie gegen das von dem Wehrkreiskommandanten angeordnete Verbot der proletarischen Hundertschaften Stellung nimmt. Die Regierung erklärt, daß sie gegen das Verbot grundsätzliche Bedenken habe, weil die Verfassungstreue und die Entschlossenheit der proletarischen Hundertschaften, die Republik gegen alle Angriffe zu verteidigen, nicht bestritten werden könne. Sie wird ihre Bedenken auch in Berlin ernstlich zum Ausdruck bringen. — Der Organisationsausschuß der proletarischen Hundertschaften macht in Leipzig durch Maueranschlag bekannt, daß er nicht daran denke, sich aufzulösen. Er rufe die arbeitende Bevölkerung vielmehr dazu auf, in verstärktem Maße in die Hundertschaften einzutreten.

Verbot der proletarischen Hundertschaften auch in Thüringen

tu. Weimar, 16. Okt. Durch eine Verfügung des Militärbefehlshabers im Wehrkreis V wird für das Land Thüringen die Bildung von Verbänden in Form von Hundertschaften und dergleichen, die wirtschaftliche oder innenpolitische Ziele erzwingen wollen, verboten, desgleichen die Aufforderung zur Bildung solcher Verbände. Bereits bestehende Hundertschaften oder Verbände solcher Art werden aufgelöst.

Betrug und Chaos

Als die unfehlbare Reichstagsmehrheit neben Herrn Stresemann den Wiener Juden und Doktor der Medizin, Hilferding, auf den Stuhl des Reichsfinanzministers setzte, rief die ganze Börsenpresse und selbstverständlich auch die Presse der sog. Arbeiterparteien ein Halleluja in die Welt. Der neue Finanzminister ergriff daraufhin das Wort und erklärte, er würde den Dollar meistern. Dieses Wort ist von ahnungslosen Deutschen dahin ausgelegt worden, als würden die Maßnahmen des Herrn Hilferding die Senkung des Dollarkurses zur Folge haben. Die eigentlichen Hintermänner des Herrn Hilferding jedoch haben diesen Worten einen anderen Sinn beigelegt, haben tatsächlich „den Dollar gemeistert" und ihn in schwindelnde Höhe erhoben. Die ganze Spekulation an den Börsen der Welt, welche ungehindert durch eine sog. deutsche Reichsregierung vonstatten ging, hat eine solche Katastrophe auf dem deutschen Finanz- und Wirtschaftsmarkt hervorgerufen, daß die notwendige Folge dieser Unfähigkeit ein immer stärker anwachsendes Chaos im Reiche sein muß. Tag für Tag laufen aus allen Gegenden Deutschlands Nachrichten ein über Demonstrationen hungernder Menschen, über Lebensmittelkrawalle, über Plünderungen, über Schießereien und Morde. Möge auch noch so viel lichtscheues Gesindel an diesen Zusammenstößen beteiligt sein, so ist doch klar, daß alle Erregungen als Ursache die ungeheure allgemeine Not haben, und daß diese scheinbar nur wirtschaftliche Not eine direkte Folge ist der jämmerlichen Erfüllungspolitik der letzten Jahre, als weitere Folge des größten Betruges der Weltgeschichte, der am 9. November 1918 begann. Von diesem Standpunkt aus sind alle die kleinen Flämmchen des Chaos zu betrachten: als Auswirkungen eines bestimmten volksfeindlichen Systems, und andererseits sind sie Vorboten für kommende schwere, große Erschütterungen. Wir richten unser Augenmerk deshalb immer wieder auf die Hintergründe und Triebkräfte dieser Verzweiflungsausbrüche, um die Blicke von den [illegible] Opfern abzulenken auf die eig[illegible] an unserem Elend.

Verzweiflungsausbrüche

Berlin, 15. Okt. Heute vormittag sammelten sich vor einer Bäckerei in der Wiesenstraße etwa 50 Personen und drangen in den Laden ein. Die gesamten Backwaren im Werte von 40 Milliarden wurden geraubt. Die Täter konnten nicht dingfest gemacht werden. — Eine Zusammenrottung von zirka 2000 Personen, vermutlich Erwerbslose, wurde in derselben Gegend aufgelöst. — Nachmittags wurden in Neukölln mehrere Bäckereien geplündert. Einige Plünderer wurden festgenommen. — Vormittags versuchten Erwerbslose in der Ackerstraße zu demonstrieren. Einem Polizeibeamten entriß die Menge das Seitengewehr. In der Bedrängnis feuerte der Beamte vier Schüsse ab, worauf die Menge auseinanderstob. Ob jemand verletzt wurde, steht noch nicht fest. — Ziemlich bedrohlich war die Lage heute vormittag auf dem Rudolf-Wilde-Platz in Schöneberg. Hier hatten sich vor dem neuen Rathaus zirka 5000 Personen angesammelt, die eine außerordentliche Erwerbslosenunterstützung verlangten. Sie versuchten, in das Rathaus zu stürmen, wurden aber von der Schutzpolizei zurückgedrängt. Diese mußte schließlich das Seitengewehr aufpflanzen, um den Platz räumen zu können.

Opfer

Berlin. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Mannheim haben die gestrigen Zusammenstöße zwischen demonstrierenden Arbeitslosen und der Polizei zwei Todesopfer gefordert. Ein Oberwachtmeister wurde durch einen Schuß aus der Menge so schwer verletzt, daß er bald nach der Einlieferung in das Krankenhaus starb. Auch ein Arbeiter erhielt eine tödliche Schußverletzung.

Köln, 15. Okt. In Köln-Kalk kam es zu Plünderungen. Als die Polizei eingriff, wurde sie von der Menge mit Flaschen, Steinen usw. beworfen. Auch soll ein Schuß gefallen sein. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch, wodurch eine Person getötet und zwei verletzt wurden.

Eingestandener Verrat

Zu dem Aufruf des Reichsverkehrsministers an das Eisenbahnpersonal zur Aufnahme des Dienstes bei der Regie erfährt das W.T.B. von „sachkundiger" Seite: Die Erwartung, daß nach Aufgabe des passiven Widerstandes alsbald eine Verständigung über die dringendsten und praktischen Fragen zwischen Paris und Berlin sich anbahnen werde, erfährt keine Bestätigung. Das trifft leider auch für die Rhein- und Ruhrbahnen zu, deren volle Inbetriebsetzung erst den ungestörten Gang des Wirtschaftslebens der betroffenen Gebiete ermöglichen wird. Unter deutscher Verwaltung mit bewährtem deutschen Personal würde, wie sicher behauptet werden kann, diese Arbeit bereits im besten Zuge sein. Da auch die Wiederaufnahme von Reparationen nicht in letzter Linie die Transportfrage ist, denn zu allererst muß der Eisenbahnverkehr in Gang und auf die möglichste Höhe gebracht werden, da ohne Möglichkeit geregelter Zufuhr von Rohstoffen, unbehinderter Abfuhr der geförderten Kohle und des freien Austausches der erzeugten Produkte jeder Versuch, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, sich bereits in seinen Anfängen totlaufen müßte. Daran dürfte nach neunmonatiger Abschnürung von Rhein und Ruhr kein Zweifel mehr möglich sein. Der einzige Weg, dieses Ziel glatt und schnell zu erreichen, wäre die sofortige Rückkehr des sachkundigen Verkehrspersonals. Ein solches Verfahren lehnt jedoch Frankreich ab, obwohl es auf deutscher Seite weder bei dem Arbeitgeber noch bei dem Arbeitnehmer an dem guten Willen fehlt, und sucht nach Einstellung des passiven Widerstandes auf deutscher Seite die französische und belgische Eisenbahnregie erst richtig in den Sattel zu heben. Vor Aufgabe des passiven Widerstandes konnte die Regie den Zweck haben als politisch-militärisches Kampfmittel; heute ist für sie in dieser Form kein Grund mehr vorhanden. Sie dient nur noch dem Zweck der politischen Abschnürung und Bildung eines selbständigen Rhein- und Ruhreisenbahnnetzes unter dem ausschlaggebenden französischen Einfluß — darüber hat der französische Vorsitzende der Rheinlandkommission, Tirard, seinen Ausfragern gegenüber kein Hehl gemacht.

Die jetzigen Hemmungen der Arbeitsaufnahme und Wiederherstellung des Wirtschaftslebens sind in erster Linie auf solche französische Absichten und Bedingungen der Maßnahmen zurückzuführen. Veranlaßt durch die Bedrängnis des besetzten Gebietes, hat der Reichsverkehrsminister das Personal zur Aufnahme des Dienstes bei den Dienststellen der Regie aufgefordert. Die Regie erklärt lediglich einen gewissen Prozentsatz des deutschen Personals wieder einstellen zu wollen. Sie befindet sich entweder noch im Irrtum über die Ansprüche des rheinisch-westfälischen Wirtschaftslebens an den Verkehr oder es ist von vorneherein nicht ihre Absicht, den Verkehr im alten Umfange wieder zuzulassen. Jedenfalls scheint ihr Interesse an der schnellen Wiederbelebung nicht das gleiche wie das Deutschlands zu sein. Auch harren noch Tausende der Ausgewiesenen der Rückkehr, noch schmachten wackere Eisenbahner in den Gefängnissen, ohne daß die Regie deren Rückkehr erlaubt. Die deutsche Regierung wird kein Mittel unversucht lassen, um diese ihrer Arbeit und Freiheit wiederzugeben. Auf Frankreich aber fällt die Verantwortung dafür, daß die Herstellung normaler Verkehrsverhältnisse im Rhein- und Ruhrgebiet zugunsten der deutschen Wirtschaft und zugunsten aller an den deutschen Reparationen interessierten Länder seither gescheitert ist.

*

Wir geben diesen Beschwichtigungserguß im Wortlaut wieder, da er ungewollt den ganzen Zusammenbruch der Novemberrepublik allen sichtbar vor Augen führt. Alle verlogenen Versprechungen auf Verständigung sind als solche entlarvt worden, der ganze nur passive Widerstand steht da als großer Betrug, alle Opfer des deutschen Volkes waren umsonst. Der Reichstag aber, der diese ganze Politik zu verantworten hat, die Parteien des Novemberverrats, sie schützen sich durch eine parlamentarische Diktatur vor dem gerechten Gericht. Das möge eine Zeitlang noch gehen. Da aber Betrüger keine Engel und Feiglinge keine Helden werden, so wird das Unheil nicht geringer, sondern größer werden.

„Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet", schrieben Ebert, Scheidemann und Landsberg in ihrem Manifest vom 9. November 1918. Die „Befreiung" ist da, nur nicht des deutschen Volkes. Das sitzt in französischen Kerkern, oder irrt vertrieben und noch dazu verspottet im Reich umher oder wird von hebräischen Wucherern und ihren parlamentarischen Zuhältern ausgeplündert und verhöhnt.

Das ist die Novemberrepublik.

Arbeitslosendemonstrationen in Berlin

tu. **Berlin,** 16. Okt. Vor dem Berliner Rathaus hatte sich heute vormittag eine größere Menschenmenge angesammelt, die fortwährend Verstärkungen erhielt. Die Schutzpolizei drängte die auf rund 5000 Menschen angewachsene Menge in die Seitenstraßen ab. Die Geschäfte in der weiteren Umgebung des Rathauses sind alle geschlossen. Eine Deputation der demonstrierenden Arbeitslosen ist in das Rathaus gegangen und verhandelt dort in Abwesenheit des Bürgermeisters mit dem Stadtrat.

Auch vor dem Schöneberger Rathaus ist es heute zu neuen Ansammlungen gekommen, die jedoch durch die Polizei zerstreut werden konnten. In der Rottstraße wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Polizei drei Personen schwer verletzt.

Die Schutzhaft über Oberstleutnant Roßbach

tu. Berlin, 16. Okt. Da die Haftentlassung Roßbachs durch den Staatsgerichtshof mit der Maßgabe erfolgte, jeden Aufenthaltswechsel dem Gerichte anzuzeigen, so müßte der Aufenthalt Roßbachs ziemlich bekannt werden, vorausgesetzt, daß er angesichts der vom Reichswehrminister gegen ihn verhängten Schutzhaft sich an diese Bedingung des Staatsgerichtshofes hält. Wir nehmen an, daß Roßbach sich, einmal in Freiheit, nicht mehr in Geiselhaft begeben wird.

Die Verhandlungen gegen die Küstriner

tu. **Kottbus,** 16. Okt. Den vierzehn Führern des Küstriner Putschversuchs ist die auf „Hochverrat" lautende Anklage gestern zugestellt worden. Für die Verhandlung, für die vorläufig zwei Tage vorgesehen sind, sollen umfassende Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. So wird für den Prozeß ein ungewöhnlicher Verhandlungsraum — die Kirche des Kottbuser Zentralgefängnisses — ausgewählt werden. (Man hätte eine Synagoge in Berlin wählen sollen.) Um Kundgebungen außerhalb der Verhandlung unmöglich zu machen, sollen während der Dauer des Prozesses Reichswehrabteilungen nach Kottbus gezogen werden. Schon jetzt ist damit zu rechnen, daß mindestens für einen Teil des Prozesses die Öffentlichkeit wegen „Gefährdung der Staatssicherheit" ausgeschlossen werden dürfte. Das Zeugenaufgebot für die Verhandlung vor dem Ausnahmegericht wird ziemlich umfangreich sein. Die Verteidigung der Angeklagten liegt fast ganz in der Hand Kottbuser Anwälte, nur der Führer des Küstriner Putsches, Major a. D. Buchrucker, wird vom Rechtsanwalt Böttger, Berlin, dem Anwalt des Freiherr von Wangenheim im Jagow-Prozeß, verteidigt. Für Buchrucker soll auch ein psychiatrischer Sachverständiger geladen werden.

Landwirtschaft und Industrie für die Währungsbank

tu. **Berlin,** 16. Okt. Wie die „B. Z. am Mittag" aus landwirtschaftlichen Kreisen hört, ist man dort der Überzeugung, daß die neue Währungsbank die größte Sicherheit bietet, die überhaupt in Deutschland möglich ist. Auch in Industrie- und Handelskreisen ist man der Meinung, daß, soweit die Deckungsfrage in Betracht kommt, die Rentenbank die beste Zwischenlösung des Währungsproblems darstelle.

Die Ruhrkohlenlieferung an Holland

tu. **Essen,** 16. Okt. Die Franzosen hatten den Zechen, welche Kohlen für Holland liefern, auf 14 Tage den Abtransport dadurch unmöglich gemacht, daß sie den Zechen die notwendigen Gleise nicht freigaben. Heute liegt nun eine neue Verfügung der Kohlenregie vor, wonach von morgen ab die Gleise wieder freigegeben werden müssen.

Der uneigennützige Landesvater

Wie das „Berliner Tageblatt" unter dem 15. Oktober berichtet, hat der Reichspräsident in einer Zeitschrift an den Reichskanzler mitgeteilt, daß er in Hinblick auf die Finanzlage des Reiches und den Ernst der Zeitverhältnisse künftig **bis auf weiteres** auf die Hälfte der ihm nach dem Reichshaushaltsplan zustehenden Aufwandsgelder Verzicht leiste.

Herr Ebert macht in Popularität! Diese Anwandlung zur Sparsamkeit kommt zwar etwas spät, aber sie kommt, das muß man anerkennen! Immerhin wird Genosse Ebert nach diesem Verzicht bei seinem Riesengehalt sich den Leibriemen noch nicht enger chnallen müssen, wie Millionen seiner Landeskinder, die unter seiner glorreichen Präsidentschaft, die mit dem Fluch des 9. November gezeichnet ist, sich kein Stück Brot mehr kaufen können.

Die Kommunisten an der Arbeit

tu. Berlin, 16. Okt. Wie erst jetzt bekannt wird, hat in den letzten Tagen in Berlin eine geheime Sitzung des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei Deutschlands stattgefunden, auf der die Richtlinien für die Übernahme der Regierung festgelegt wurden.

Sie bestehen in einem Aufruf an die Bauernschaft für freiwillige Abgabe von Getreide und Lebensmitteln. Versagt dieser Aufruf, so sollen bewaffnete Arbeiter die Lebensmittel beschlagnahmen. Die gesamte nichtkommunistische Presse wird verboten und alle nichtkommunistischen Führer werden festgenommen. Wird der neuen kommunistischen Regierung von einer Seite oder irgendeiner Person Widerstand entgegengesetzt, so tritt rücksichtslos die Todesstrafe ein.

Unterdes aber erklärt in Hamburg, Thüringen und Sachsen die Partei Ebert ihre Solidarität mit den Bolschewisten.

Landesverband vaterländischer Verbände Württembergs

tu. **Stuttgart, 16. Okt. Die Deutschnationalen in Württemberg haben einen „Landesverband der vaterländischen Verbände" gegründet, in welchem die Bismarckjugend mit Nationalsozialisten, Alldeutschen usw. zusammengehen. In nächster Zeit soll ein „Deutscher Tag" in Stuttgart veranstaltet werden.**

Eine Ansprache Ludendorffs in Schlesien

tu. **Breslau,** 16. Okt. Bei einer Denkmalsfeier für den Fliegerhelden Manfred Frhr. v. Richthofen in Lilitsch hielt General Ludendorff eine Ansprache, in der er sagte: Die Erinnerung an die Toten verpflichtet zu neuen Taten in der Zukunft. Wir müssen wieder ein geschlossenes Volk in deutschem Leben und deutschen Gedanken werden und wieder wehrhaft auf der Grundlage der Sitte und der Kampfschule des alten Heeres.

Schon wieder eine Tariferhöhung der Reichsbahn

tu. **Berlin,** 15. Okt. Ab 18. Oktober werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahntarife im Personenverkehr 600 Millionen und im Güterverkehr 1 Milliarde betragen.

Nachklänge zum Düsseldorfer Verrätertag

tu. **Paris,** 16. Okt. Zu den Düsseldorfer Unruhen wird jetzt noch mitgeteilt, daß die Besatzungsbehörden 16 „Rädelsführer" festgenommen haben, die, wie sich nachträglich herausgestellt hätte, alle Mitglieder der Kommunistischen Partei seien. Sie werden zum größten Teil wegen verbotenen Waffentragens vor ein Kriegsgericht gestellt; zum andern Teile, soweit ihnen Straftaten nachgesagt werden können, der deutschen Polizei ausgeliefert.

Das Zusammentreffen Stresemanns mit Dr. Seipel

tu. **Prag,** 16. Okt. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel, der gestern von hier nach Vorarlberg abgereist ist, trifft am Donnerstag mit dem deutschen Reichskanzler Dr. Stresemann in Bregenz zusammen.

Sachlieferungen und Tributfrage

tu. **Paris,** 16. Okt. Die französische Regierung ist, wie aus einer amtlichen Havasnote hervorgeht, nicht gewillt, entgegen der in Berlin verbreiteten Anschauung, die Industrie für die Kohlenlieferungen auf das „Reparations"-konto irgendwie zu entschädigen. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß kraft der zwischen den Besetzungsmächten und den Industriellen getroffenen Übereinkünfte diese Lieferungen an Frankreich und Belgien **kostenlos** zu erfolgen haben. Aufgabe der Industrie werde es sein, von der Reichsregierung früher oder später eine entsprechende Entschädigung zu verlangen. Im übrigen kommt die Auffassung des Quai d'Orsay noch in nachstehenden Äußerungen des „Temps" zum Ausdruck: Sagen wir es frei heraus, daß, wenn der Kanzler ein Programm hat, um die Bezahlung der Materiallieferungen des Reiches zu sichern, nichts leichter ist, als darüber ein Übereinkommen herbeizuführen; sobald die letzte Phase des Widerstandes im besetzten Gebiet geschwunden ist, braucht die Reichsregierung ihr Programm nur der Reparationskommission direkt oder durch Vermittlung der verbündeten Regierungen zuzustellen.

Belgien und die Tributkommission

Brüssel, 16. Okt. Die belgische Regierung hat in Paris, London und Rom bekanntgegeben, daß sie Herrn Delacroix beauftragt habe, die Reparationskommission mit dem belgischen Sachverständigenplan zu befassen.

tu. **London,** 16. Okt. Die britische, französische und italienische Regierung haben die Vorschläge der belgischen Regierung angenommen, wonach der Plan Belgiens zur Eintreibung der Geldzahlungen von Deutschland der Reparationskommission zur Prüfung überwiesen werden soll.

„Daily Telegraph" schreibt dazu, jedenfalls sei der Plan nicht als Regelung der Reparationen unterbreitet worden, denn er beschäftigt sich nicht mit solcher vitalen Angelegenheit, wie die Stabilisierung der deutschen Währung, noch mit der Frage des Moratoriums, sondern beschränke sich einfach auf die vorgesehenen Methoden der Geldeintreibung.

Der Säuberungsprozeß in Spanien

tu. **Madrid,** 16. Okt. Die strengen Maßnahmen des Direktoriums gegen die früheren Beamten wegen nachgewiesener Schädigung des Staatsinteresses werden fortgesetzt und finden überall im Lande große Zustimmung.

Der zweite Dolchstoß

Machiavelli, der große italienische Denker und Staatsmann der Renaissance, schrieb schon vor 400 Jahren über die Franzosen: „Die Franzosen sind von Natur mehr hitzig als mutig oder gewandt; und wenn nur ihrer Hitze beim ersten Angriff widerstanden wird, so werden sie nachher zahm und verlieren so den Mut, daß sie feige werden, wie Weiber. Überdies können sie anhaltende Strapazen und Mühseligkeiten nicht ertragen, und auf die Länge werden sie so nachlässig, daß es leicht ist, sie in Unordnung zu bringen und sie zu überwältigen. **Wer demnach Franzosen überwinden will, der sichere sich und stehe fest gegen ihren ersten Anlauf, und er wird durch Aufhalten und In-die-Längeziehen sie überwältigen."** Machiavelli hat also schon damals die Franzosen gekannt und gewußt, wie man gegen sie verfahren muß, um sie auf die Knie zu zwingen. Energie und zäher politischer Wille, das ist es, was den Sieg verleiht, und auch der Ruhrkrieg hätte einen anderen Ausgang nehmen müssen, wenn sich bei uns nicht anfängliche Energie in weibische Angst und Feigheit bei dem im schwarzrotgoldenen Lager stehenden Teil des Volkes gewandelt hätte, wenn man auf die Zähne gebissen hätte und die ganze Zeit des passiven Widerstandes benutzt hätte, um für den Tag gewappnet zu sein, wo die Geduld und Langmut des Volkes ein Ende findet. Dann hätte nicht Mutlosigkeit, Verzweiflung und Lethargie Platz gegriffen, allen vor Augen hätte der Tag der Abrechnung geschwebt, von dem aber Regierung und Parteien sich einbildeten, er würde uns wie gebratene Tauben ohne Vorbereitung und Zutun eines schönen Tages in den Mund fliegen. Die Geschichte dieses Wahns bildet die Tragödie des deutschen Volkes, das nun dem zweiten Dolchstoß der Novemberverbrecher und seiner schwarzgoldenen Trabanten zum Opfer gefallen ist.

Unsere inneren und äußeren Feinde haben es von jeher meisterhaft verstanden, den Illusionismus und Idealismus des deutschen Volkes für ihre Zwecke und Machtziele auszunutzen und einzuspannen. Die 14 Punkte Wilsons, die bedingungslose Niederlegung der Waffen in der Hoffnung auf Völkerversöhnung, zeigen am deutlichsten, wie mit unserem Hang zu Illusionen Schindluder getrieben wurde. Aber auch während des passiven Widerstandes war dies nicht weniger der Fall. Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, wo Poincarés Ruhrpolitik in der Kammer mit 505 gegen 67 Stimmen gebilligt wurde, war es die „Germania", das führende Blatt des Zentrums, im Bunde mit der „Vossischen Zeitung" des Juden Bernhard, die am 4. Juli 1923 gemeinsam (!!) am selben Tag steif und fest behaupteten, **der passive Widerstand sei auf dem Wege, zum Siege zu führen.** Man müsse ihn nur durchhalten bis zu den französischen Wahlen, dann werde die Herrlichkeit Poincarés schon von selbst zusammenbrechen. Solche Hoffnungen zu erwecken, wäre schon recht gewesen, wenn nicht dieselben Kreise selbst zugleich an der Unterwühlung der Ruhrfront gearbeitet hätten, wenn man den Ruhrkrieg nicht nur mit der Notenpresse geführt und alle Notwehrakte gleichzeitig in Grund und Boden verflucht hätte. Nun, man hat den passiven Widerstand durchgehalten und ihn noch vor den Wahlen in Frankreich liquidiert, weil er sich an der Erbärmlichkeit der schwarzrotgoldenen Heimkrieger totlief. Derselben Heimkrieger, die im Januar und Februar d. J. das Volk gegen Poincaré und zum passiven Widerstand anstachelten, die ankämpften gegen alle, die die Ruhrkrise schon damals durch Verhandlungen gelöst wissen wollten. Unter keinen Umständen Verhandlungen mit Frankreich, schrien sie. Das verlangen nicht nur die ††† „Alldeutschen" oder Nationalsozialisten, nein, um nur ein Beispiel zu nennen, auch der Genosse Stampfer vom „Vorwärts" wandte sich in der „Rheinischen Zeitung" vom 8. Februar 1923 gegen alle Verhandlungswinsler. Im Augenblick, so meinte Stampfer, könne gar nicht gesagt werden, **mit wem** wir verhandeln wollen, weil wir auch Belgien gegenüber „verpflichtet" seien. Selbst aber, **wenn wir mit Poincaré allein verhandeln wollten,** müßten die Verhandlungen entweder scheitern oder zu einem Ergebnis kommen, das **für Deutschland ganz unerträglich ist. Der Verzicht auf weiteren Widerstand könne im Augenblick kaum ein anderes Ergebnis haben, als zerschmetternden Mißerfolg der deutschen Unterhändler und fortschreitenden Verfall.**

Was Stampfer hier als Folge der Aufgabe des passiven Widerstandes andeutete, ist jetzt mit furchtbarer Wucht auf uns hereingebrochen. Hereingebrochen durch dieselben Leute, die vor den Gefahren selbst warnten! **Sie haben gewußt, wie es kommen muß, und trotzdem haben die Novemberverbrecher mit bewußter Klarheit die Ruhrkatastrophe herbeigeführt.** Für sie sind sie verantwortlich.

Einer der Hauptschürer des passiven Widerstandes war der sozialdemokratische Ruhrbergarbeiterführer Nikolaus Osterroth, Mitglied des Preußischen Landtags. Er schrieb sogar ein Schriftchen mit dem Titel: „Der deutsche Arbeiter und der Ruhreinfall" (erschienen im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W 35). Auch dieser Herr wußte ganz genau, wohin die Kapitulation an der Ruhr führen muß. Er schreibt (S. 13):

„Die Kapitulation würde bedeuten: Verewigung der Sklaverei, Beschleunigung des großen Absterbeprozesses im deutschen Volk, der bereits seit Jahren begonnen hat, würde das Wort Clemenceaus buchstäblich wahr machen, wonach 20 Millionen Deutsche zuviel da sind."

Und weiter schreibt Osterroth: „Das deutsche Volk hätte sich selbst aufgegeben, hätte sein Recht auf Leben in der Gegenwart und Zukunft verneint, wenn es anders gehandelt hätte. **Die Kapitulation** vor franko-belgischen Tanks und Baionetten wäre **gleichbedeutend gewesen mit dem Ende der deutschen Industriewirtschaft,** die doch die wichtigste Lebensquelle für 60 Millionen deutscher Volksgenossen ist." Gleichzeitig betont Osterroth, daß es Poincaré nie und nimmer um Reparationen zu tun sei, sondern um die Vernichtung Deutschlands. Er malt es den deutschen Arbeitern mit eindrucksvollen Wor-

ten aus, was einträte, wenn kapituliert würde: „Sozialpolitisch **bekäme es die deutsche Arbeiterklasse** und die deutsche Gesetzgebung mit der **rückständigsten und brutalsten Kapitalistenclique der Welt zu tun.** Auf gewerkschaftlichem Gebiet würden sich die Arbeiter im Kampf mit Gegnern, die jenseits der Vogesen sitzen, und ihre Unternehmungen unter den Schutz französischer Baionette stellen, **den Kopf einrennen.** — — Die Arbeiter an der Ruhr und die hinter ihnen stehenden Hand- und Kopfarbeiter wissen, daß ihr Abwehrkampf notwendig ist vor allem im Interesse der deutschen Industriearbeiter. Die deutsche Wirtschaft, um deren **Selbstbehauptung** der Abwehrkampf geführt wird, ist nicht zuletzt **ein Lebensgut der deutschen Arbeiter.** — — Der Abwehrkampf an der Ruhr und am Rhein dient der Erhaltung der deutschen Wirtschaftshoheit, der Unabhängigkeit der deutschen Lebensquellen, der sozialen Freiheit und Aufstiegsmöglichkeit der deutschen Arbeiterschaft, der Freiheit und Sicherung der ganzen Zukunft des deutschen Volkes. **Und darum gibt es kein Erlahmen in diesem berechtigtsten Abwehrkampf,** bis die bessere Einsicht jenseits der Vogesen einzieht."

Das genügt! An Erkenntnis hat es also nicht gefehlt! Und trotzdem haben dieselben Leute, die so schrieben, die „Freiheit und Sicherung der ganzen Zukunft des deutschen Volkes", die „soziale Aufstiegsmöglichkeit und Freiheit der Arbeiterschaft" verraten und verschachert, weil man zu feig und zu erbärmlich war, aus dem Ruhreinfall die einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen, die ein Volk, das noch auf Ehre hält, hier allein ziehen kann. Fluchwürdigen Verrat haben die sogenannten deutschen Arbeiterführer trotz besserer Einsicht an der Arbeiterschaft begangen, die nun seit Abbau des passiven Widerstandes mehr denn je unter dem Joch der französisch-belgischen Baionette schmachtet. Und Poincaré denkt gar nicht daran, sich in Unterhandlungen einzulassen, ihm waren die Führer des deutschen Volkes in ihrem verbrecherischen Wahn gut genug dazu, auf einfache Weise seiner Machterweiterung dienlich zu sein. Schon heißt es, daß Deutschland die französischen Ruhrkosten bezahlen muß, was der Annektion des Ruhrgebietes vollständig gleichkommt. Auch das wird Stresemann und seine schwarzrotgoldenen Handlanger unterschreiben, um sich mit der Bestie Poincaré zu „versöhnen".

Der zweite Dolchstoß war die notwendige Folge des ersten. Wer sich willenlos einer waffenstarrenden Welt preisgibt, der hat kein anderes Los zu erwarten und verdient. Es liegt eine tiefe Tragik in den Worten, die der Genosse Heilmann in der „Görlitzer Volkszeitung" (1. Februar 1923) schrieb: **„Wäre Deutschland ein waffenstarkes Land, es hätte sicherlich die Franzosen nicht ohne Gegenwehr ins Ruhrgebiet einmarschieren lassen. Heute aber ist Deutschland ein waffenloses Land."** Ja, warum ist es ein waffenloses Land? Weil die Novemberverbrecher zu feig, zu gemein und unehrlich sind, zuzugeben, was sie zum Teil längst einsehen: Wir haben geirrt 1918, als wir Deutschland entwaffneten. Wir wollen die Folgen unseres Irrtums jetzt nach Möglichkeit wieder gut machen, um uns die Freiheit wieder zu erringen, wir wollen uns bekennen wieder zu dem Evangelium des freien Germanentums im „Faust", das, in die Tat umgesetzt, uns allein Rettung bringen kann in einer waffenstarrenden Welt:

„Das ist der Weisheit letzter Schluß,
Nur der erringt sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß."

Alfred Miller.

Deutschland im Völkerbund

„Es prüfe, wer sich ewig bindet!"
Von unserem σ-Mitarbeiter.

Der Feldzug, den gewisse Politiker und andere Leute für den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund führen, dürfte durch den italienisch-griechisch-albanischen Konflikt an „Prestige" ebensowenig gewonnen haben als der Völkerbund selbst.

Daß die deutschen Anwärter auf einen

Posten im Völkerbund,

die sich natürlich ebenfalls unter den Werbern befinden, keine schlechte Nase haben, steht fest. Finanziell ist ein Pöstchen in Genf gar nicht so übel, noch dazu, wenn man an die fortwährenden inneren Krisen des Deutschen Reichs, an die unaufhörlichen Preissteigerungen und langsam nachhinkenden Gehaltsaufbesserungen denkt... Da ist es dann doch schon gemütlicher in der Schweiz!

Um sich ein Bild von den

Kosten des Völkerbundes

zu machen, braucht man nur den Genfer Haushaltsplan („Budget" genannt) zu durchblättern.

Einnahmen und Ausgaben halten sich mit rund 25 000 000 Goldfranken die Wage. Unter den Ausgaben sind vor allem

die Gehälter

zu erwähnen, die bei einigen Herren und Damen eine fürstliche Höhe erreichen.

Der Generalsekretär (Sir Eric Drummond) erhält 4000 engl. Pfund = 100 880,— Schweizer Franken. An „Repräsentationskosten" bezieht er weitere 2500 engl. Pfund = 63 050 Schweizer Franken. Dazu erhält er eine weitere Summe von 1000 engl. Pfund = 25 220,— Franken, die ihn jährlich für die Verlegung seines Wohnsitzes nach Genf entschädigen soll. Der Generalsekretär kostet dem Völkerbund also im ganzen alle Jahre 189 150,— vollwertige Schweizer Franken!

Die besondere Sekretärin des Generalsekretärs dürfte mit ihren 15 000,— Schweizer Franken im Jahre wohl auch befriedigt sein. Die Privatsekretärin des stellvertretenden Generalsekretärs steht auf der gleichen Gehaltsstufe, woraus zu schließen ist, daß der Völkerbund die Damenarbeit sehr hoch einschätzt!

Der stellvertretende Generalsekretär ist natürlich etwas weniger bedacht: er gibt sich mit „nur" 100 880,— Schweizer Franken zufrieden und ist damit noch viermal teurer als ein Schweizer Bundesrat!...

Die beiden General-Untersekretäre beziehen jeder 88 270,— Franken.

Bei den „Repräsentationskosten" („Kleider machen Leute!") findet sich noch ein Posten „fonds communs" mit 63 050,— Franken, dem weiter keine Erklärungen beigefügt sind.

Daneben finden wir eine schöne Zahl von Posten mit (in runden Zahlen) 50 000,—, 30 000,—, 25 000,— 20 000,— und 15 000,— Schweizer Franken. Der Beamte, der dem „Büro für Zeitungsausschnitte" vorsteht, ist mit 12 600,— Franken besoldet, ein Redakteur mit 24 000,—, ein anderer mit 15 000,— und zwei weitere Redakteure mit zusammen 34 400,— Franken. Womit wir die Gehälter vergleichen möchten, die bei täglich erscheinenden Zeitungen für verantwortliche Posten üblich sind. Wenn da überhaupt ein „Vergleich" möglich ist!

Die Verteilung der Völkerbunds-Dokumente, bei der auch einige Damen mit Prinzessinnen-Allüren mitwirken, verschlingt ebenfalls ungeheuer viel Geld:

Dienstchef 15 300,—; Stellvertreter 12 225,—, 3 Beamte 1. Klasse 31 648,—, 3 Beamte und Beamtinnen (genannt: commis) 26 900,—, 2 weitere commis 11 315,—, 2 weitere commis 12 345,— Franken usw.

Unter den allgemeinen Ausgaben sind die „Sitzungsberichte" (Comptes rendus) und die „Zeitungsausschnitte" in einen Posten zusammengefaßt (25 000,— Franken), was wohl so viel besagen will, daß der vielgenannte

Jude Grünberg,

Leiter des Büros „Argus" (Zeitungsausschnitte, Übersetzungen, Maschinenschreibarbeiten usw.) immer noch der Mittelsmann des Völkerbundes ist. Sollte daraus auf jüdische Protektion geschlossen werden dürfen?

Beachtenswert für Deutschland sind die Posten „**Kurierdienst zwischen Genf und Paris**" sowie „Kurierdienst zwischen Paris und London". Dieser Kurierdienst zeigt doch wohl, wo die politischen Zentralen des neutralen Völkerbundes sich befinden...

Wofür die hohen, fast unerschwinglichen Mitgliedsbeiträge verschwendet werden, geht aus der Tatsache hervor, daß der Völkerbund oft recht unnütze und ganz überflüssige „Arbeit" leistet.

So hat z. B. der frühere Übersetzer der Völkerbundsversammlungen, Dr. Edm. Privat in Genf, der zugleich Führer der Esperanto-Gesellschaft ist, alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Völkerbund für das

„Esperanto"

einzuspannen. Es ist diesem Herrn schließlich gelungen, die Sache „durchzudrücken". Als das Esperanto dann auf der Tagesordnung der 3. Völkerbundsversammlung stand, trat er plötzlich als — Delegierter Persiens auf und versuchte, den Bericht des Völkerbund-Sekretariates über „Esperanto als internationale Hilfssprache" zur Annahme zu bringen, den gleichen Bericht, an dem er persönlich (als „Begutachter"!) mitgearbeitet hatte. Unter heftigen Kritiken und Beanstandungen seitens einiger Regierungsvertreter gelang dies schließlich und die Esperantisten sprachen zwei Jahre lang in den schönsten Worten über den Völkerbund und das hohe Ideal dieser Institution. Seit dem 1. August 1923 hat sich die Haltung der Esperantisten plötzlich geändert. Vielfach erklärt man, daß der Völkerbund ja „doch nicht ernst zu nehmen" sei... Was ist geschehen? Nun denn: der „Ausschuß für geistige Zusammenarbeit" des Völkerbundes, der um ein letztes Urteil angegangen war, hat am 1. August 1923 das Esperanto nach genauer und wissenschaftlicher Prüfung — zurückgewiesen! Zuerst eitle Freude über den großen Völkerbund, diese „höchste Instanz des internationalen Lebens", und jetzt — ironisches Achselzucken. So also sehen die Esperantisten aus!

Wir aber stellen fest: im Jahre 1922 stimmte der Völkerbund für das Esperanto, und im Jahre 1923 dagegen.

Und wir fragen: **Was hat der ganze nutzlose Esperantorummel gekostet? Wieviel Geld hat man für nichts zum Fenster hinausgeworfen? Wieviel Zeit hat man für nichts verbummelt?**

Es soll bei dieser **Kostenfrage nicht vergessen** werden, daß der Generaluntersekretär, Dr. Nitobe, mit seiner Sekretärin, Miß Stafford, und mit einem Herrn Fujisawa offiziell am Esperantokongreß in Prag (1921) teilnahm, um sich über das Esperanto zu unterrichten, daß ein Vertreter des Völkerbundes an den Esperantokongreß in Helsingfors (1922) abgeordnet wurde, — daß der Völkerbund einer Esperanto-Lehrerkonferenz (1922) seine Räume zur Verfügung stellte und sie durch eine herrliche Rede des Generalsekretärs, Sir Eric Drummond, eröffnen ließ. Es sei ferner nicht vergessen, daß das Internationale Arbeitsamt (das vom Völkerbund abhängig ist) bereits unzählige Flugschriften in Esperantosprache drucken und versenden ließ, und daß dieses gleiche Arbeitsamt sich immer noch weigert, das Deutsche als dritte Amtssprache (neben Englisch und Französisch!) gelten zu lassen, trotzdem Deutschland (wie Österreich und die teilweise deutschsprache Schweiz) vollwertiges Mitglied des Arbeitsamtes ist[1].

Bereits hat die Opposition gegen das übertriebene Finanzgebaren des Völkerbundes eingesetzt. In den Ausschußsitzungen, die zur Zeit in Genf abgehalten werden, ist manches scharfe Wort gefallen. Vorläufig ist jedoch keine große Änderung zu erhoffen, denn gewisse Völkerbundsapostel (wie Lord Robert Cecil) meinen, daß **sehr viel Geld** dazu nötig sei, um eine **politische Beeinflussung** der Völkerbundsbeamten zu verhindern und dem Völkerbunde seine strikte „Neutralität" in politischen Dingen zu sichern. Wir haben's ja am eigenen Leibe gespürt!

[1] Über die Zulassung der deutschen Sprache werden wir noch einen besonderen Artikel bringen, der hoffentlich dem deutschen Volke endlich die Augen öffnen wird! (Red.)

Jüdische Landpolitik und deutsche Auswanderung

In der heutigen Zeit der furchtbarsten wirtschaftlichen Verarmung des deutschen Volkes regt sich in Millionen deutscher Herzen der dringende Wunsch, auszuwandern und in überseeischen Ländern ein neues Dasein zu beginnen, weil im Vaterlande die Vorbedingungen für ein wirtschaftliches Fortkommen in den weitesten Kreisen der Bevölkerung nicht mehr vorhanden sind. Diese leider nur zu wahre Tatsache hat das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Punkt 3 berücksichtigt, in dem Land und Boden (Kolonie) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedelung unseres Bevölkerungsüberschusses gefordert wird. Der Erfüllung dieser Forderung stehen jedoch zwei gewichtige Gründe entgegen, nämlich der Mangel an Mitteln zur Auswanderung und, so unglaublich wie es klingt, der Mangel an Ländern, die zur Aufnahme des deutschen Bevölkerungsüberschusses geeignet sind. Diese beiden Gründe werden wir in späteren Aufsätzen noch ausführlich zu behandeln haben, da sie auf eine Fülle von Ursachen zurückzuführen sind, deren Kenntnis für die gegenwärtige Lage der deutschen Volkswirtschaft und für die Möglichkeit ihrer Besserung von Bedeutung sind. Heute wollen wir uns nur darauf beschränken, eine der Ursachen für den zweiten Grund zu beleuchten.

Von der Voraussetzung ausgehend, daß es für den deutschen Auswanderer nicht genügt, in seiner neuen Heimat lediglich ein Daseinsminimum zu finden, in welchem er kärglich sein und der Seinigen Leben fristen kann, sondern daß für ihn eine Auswanderung nur dann Zweck hat, wenn er im fremden Lande eigenen Grund und Boden zu erwerben in der Lage ist, den er durch Fleiß und Geschicklichkeit im Laufe der Jahre zu einem schuldenfreien Besitztum ausgestalten kann, sollte man annehmen, daß in den dünn bevölkerten südamerikanischen Republiken, besonders in den riesigen unbebauten Landstrecken Argentiniens, genügend Grund und Boden zu billigem Preise zu finden wäre, welcher einer solchen Voraussetzung entspräche. Vor etwa 20 Jahren war dies noch der Fall, da man in den westlichen Provinzen der Republik, die sich von Norden nach Süden am Ostabhange der Kordillerenkette über mehr als 25 Breitengrade erstrecken, fruchtbare und günstig gelegene Ländereien zum Preise von ½ bis 2 Papierpesos für den Hektar kaufen konnte, was in unserer früheren deutschen Goldwährung einem Preise von 62—250 M. für ein Gut von 500 Morgen entsprach. Einen solchen Preis konnte zu Anfang dieses Jahrhunderts fast jeder deutsche Auswanderer aufbringen, sei es, daß er ihn aus seinen früheren Ersparnissen bar erlegen oder, wenn er im fremden Lande sich anfänglich mit einer dienenden Stellung begnügte, aus neuen Ersparnissen zurücklegen konnte. In Betracht kamen hauptsächlich die Provinzen San Juan, Mendoza, Neuquen, Rio Negro, Chubut und Santa Cruz. Es war damals keine Seltenheit, daß fleißige deutsche Ansiedler schon nach zwei bis drei Jahren wohlhabende Leute geworden waren, was nicht weiter verwunderlich war, wenn man hört, daß z. B. in den jungfräulichen Landflächen nördlich und südlich vom Rio Limay (einem Nebenflusse des Rio Negro) Hafer einen 250-fachen Ertrag brachte. Es ist eine beglaubigte Tatsache, daß die Grundbesitzer sich nicht damit befaßten, den Hafer zu mähen und einzufahren bzw. auszudreschen, weil dies zu viel Arbeitslohn gekostet hätte, sondern daß sie einfach ihre Pferde kreuz und quer durch das Haferfeld jagten und dann die ausgefallenen Haferkörner in die Erntewagen einschaufelten; was an Körnern liegen blieb, bildete die Aussaat für die nächste Ernte ohne jede weitere Bestellung.

Alles dies änderte sich mit einem Schlage durch das Vorgehen der berüchtigten Alliance Israélite Universelle in Paris. Der Name dieser Zentralstelle des Judentums ist in Deutschland viel zu gering bekannt, und es dürfte sich daher lohnen, ihr einige Zeilen zu widmen. An der Spitze der Alliance steht ein Verwaltungsrat, der sich aus den hervorragendsten Juden aller Länder zusammensetzt. Das deutsche Mitglied des Verwaltungsrates ist (oder war wenigstens bis zum Ausbruch des Weltkrieges) der bekannte Berliner Textil-Großkaufmann James Simon, der sich durch den Besitz einer wundervollen Villa in der Tiergartenstraße und ferner dadurch auszeichnete, daß ihm eine deutsche Universität (Berlin) den Titel eines Ehrendoktors verlieh. Und dabei kann man sich keinen ärgeren Feind des Deutschtums vorstellen, als die Alliance Israélite Universelle in Paris, die mit der ebenso berüchtigten Freimaurer-Großloge „Grand Orient" in Paris in engster Verbindung steht.

Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts kaufte nun die Alliance Israélite Universelle viele Millionen Hektar Landes in den genannten Provinzen Argentiniens auf und legte somit über zwei Milliarden Franken in argentinischem Grundbesitz an. Vom jüdischen Standpunkt aus war dies eine sehr schlaue Politik, die weiter nichts als eine Vorbereitung für den kommenden Weltkrieg bedeutete; denn die Alliance Israélite Universelle war die Verwalterin der Überschüsse aus den in aller Herren Ländern vom Judentum zusammengegaunerten Kapital, und diese Überschüsse wurden als stille Reserve für Judaan in Argentinien für den Fall weggepackt, daß der Krieg gegen Deutschland schief ging. Die unmittelbare Wirkung der jüdischen Landkäufe in Argentinien war indessen eine ungeheure sprunghafte Steigerung der Bodenpreise in diesem Lande, zumal da gleichzeitig eine wüste Bodenspekulation an der Landbörse zu Buenos-Aires einsetzte. Nicht nur Kaufleute und Großgrundbesitzer, sondern fast jedes Dienstmädchen, jeder Angestellte und jeder Landarbeiter spekulierten in Grundstücken. Die weitere Folge davon war, daß verschiedene französische Banken, die sich ebenfalls mit wechselndem Glück an solchen Spekulationen beteiligt hatten, vor dem Weltkriege finanziell am Rande des Abgrundes standen und nur durch den Ausbruch des Krieges vor dem völligen Zusammenbruch gerettet wurden.

Es ist nichts Neues, wenn wir behaupten, daß das Judentum eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung nur zu zerstören, aber nicht aufzubauen versteht. Den Beweis hierfür hat nicht nur Rußland, sondern auch Argentinien geliefert. Recht drastisch illustriert wird die Behauptung durch die tieftraurige Tatsache, daß der Deutsche Klub in Buenos-Aires, um die ankommenden deutschen Auswanderer vor dem allergrößten Elend zu bewahren, die deutsche Kirche in Buenos-Aires als Unterkunftsraum zur Verfügung gestellt hat. Auf dem nackten Fußboden lagern dort die bejammernswerten Gestalten, die morgens in aller Frühe ausgehen, um Arbeit als Straßenreiniger, Hausknechte oder Landarbeiter zu suchen. Auf das grenzenlose Elend der deutschen Auswanderer in Argentinien wie in anderen amerikanischen Ländern behalten wir uns vor, in einem späteren Aufsatze ausführlich zurückzukommen. Festgestellt sei aber schon jetzt, daß die Schuld daran fast ausschließlich das Judentum trägt.

Wie die Alliance Israélite Universelle in Paris die Möglichkeit einer kritischen Zeit für das Judentum voraussah, wenn das deutsche Kaiserreich siegen sollte, so auch heute wieder. Anscheinend haben die nationalen Vorgänge in Italien und Spanien sowie nicht zum wenigsten die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland, deren Größe und Bedeutung selbstverständlich den Leitern des Judentums wohlbekannt sind, den Anstoß zu weiteren Vorsichtsmaßnahmen gegeben. Wie uns aus einer sonst stets zuverlässigen Quelle in Paris gemeldet wird, beabsichtigt die Alliance Israélite Universelle den Ankauf ausgedehnter Landstrecken in den afrikanischen Zukunftsländern, insbesondere in der autonomen portugiesischen Kolonie Angola an der afrikanischen Westküste. Die Wahrheit dieser Nachricht vermögen wir leider nicht nachzuprüfen, doch erscheint sie äußerst wahrscheinlich, einmal auf Grund des früheren Vorgehens in Argentinien und sodann in Verbindung mit nachstehenden Tatsachen, deren Beurteilung wir getrost unseren Lesern überlassen müssen.

In Hamburg hat sich durch den Zusammenschluß von deutschen Auswanderungslustigen eine eingetragene Genossenschaft gebildet, der auch deutsche Kaufleute und industrielle als unterstützende Mitglieder beigetreten sind. Die Genossenschaft, welche die Ansiedlung von deutschen Auswanderern auf den zukunftsreichen Hochländern von Angola ins Auge gefaßt hat, fand für ihre Ziele das volle Verständnis der Regierung Cuno. Dies änderte sich mit einem Schlage bei dem Regierungswechsel, und mit der Kanzlerschaft des Herrn Dr. Stresemann setzte eine intensive und nach jüdischem Muster heimlich arbeitende Agitation gegen die Bestrebungen der erwähnten Genossenschaft ein. Ihren Ausgang nahm die Agitation von dem Reichswanderungsamt in Berlin, welches sich nicht scheute, zu persönlichen Anwürfen gegen den Leiter der Genossenschaft zu greifen, um die Arbeit der letzteren lahmzulegen. Daß dabei auch die Zukunftsaussichten in Angola, im schroffsten Gegensatz zu den früheren eigenen Berichten des Reichswanderungsamtes, schlecht gemacht wurden, um den Aufruf der Genossenschaft als unwahr darzustellen, obwohl die Zeugnisse hervorragender deutscher Afrikaforscher die Wahrheit bezeugen, sei hier nur nebenbei bemerkt. Man kommt also unwillkürlich zu dem Schlusse, daß die Auswanderung von Deutschen nach Anlola verhindert werden soll. Wären wir noch im Besitze unserer früheren Kolonien, insbesondere von Deutsch-Ostafrika, welches ebenfalls größere, zur Besiedlung durch deutsche Bauern und Handwerker geeignete Landstrecken aufweist, so könnte man verstehen, daß die Auswanderung nach einer portugiesischen Kolonie verhindert werden soll, um sie vielleicht nach den deutschen Kolonien zu lenken. Dem steht allerdings entgegen, daß vor dem Weltkriege die Auswanderung nach Deutsch-Ostafrika systematisch verhindert wurde. Stellt man sich vor, daß der kühne Verteidiger von Deutsch-Ostafrika, General von Lettow-Vorbeck, während des Krieges auf 50 000 anstatt auf 300 deutsche Ansiedler sich hätte stützen können, so wäre es keiner Macht der Welt gelungen, uns Deutsch-Ostafrika zu entreißen. Nun haben wir aber unsere Kolonien verloren, vorläufig wenigstens und auf absehbare Zeit; warum sollen also unsere Auswanderer nicht nach der portugiesischen Kolonie Angola gehen, welche Paul Rohrbach als das „afrikanische Zukunftsland" bezeichnet hat. Die Antwort liegt recht nahe. Deutsche Bauern, in größeren Massen in Angola angesiedelt, bilden eine Gefahr für eine beabsichtigte Herrschaft des Judentums in Angola. Dazu kommt ein merkwürdiges Zusammentreffen weiterer Nachrichten. Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth hat einen wirtschaftlichen Vertrag mit den Moskauer Sowjetjuden abgeschlossen, dessen Inhalt streng geheimgehalten wird. Der „Berliner Lokalanzeiger" weiß von einer Neugründung zu berichten, die von der Maschinenfabrik Freund in Verbindung mit dem Bankhause Bleichröder ins Leben gerufen ist, und die Verschleppung von deutschen Ansiedlern nach Rußland beabsichtigt, ausgerechnet nach Rußland, wo Hunderttausende von deutschen Ansiedlern während der russischen Revolution teils hingemordet, teils verhungert sind. Als Zweck der Neugründung wird der Absatz von landwirtschaftlichen Maschinen (natürlich der erwähnten Maschinenfabrik Freund) in Rußland und somit eine Förderung des deutschen Exports angegeben!

Hält man nun die in vorstehenden Zeilen beleuchteten Tatsachen zusammen, nämlich: die jüdische Landpolitik in Argentinien, die beabsichtigte Erwerbung gewaltiger Ländereien in Angola durch die Alliance Israélite Universelle in Paris, die Hetze gegen die vaterländischen Siedlungsbestrebungen in Angola, den Abschluß des Geheimvertrages durch Herrn Dr. Wirth und die Neugründung seitens der Gruppe Freund-Bleichröder, so gelangt man zu Schlüssen, die jeder denkende Leser selbst ziehen kann.

Man kann sich zum deutschen Auswanderungsproblem stellen wie man möge, namentlich glauben wir, daß alles Aktive heute in die völkischen Kampfbewegungen hineingehört. Trotzdem ist es von höchster Wichtigkeit, den Überfluß deutschen Blutes nicht in aller Welt verfließen zu lassen, sondern die Kolonisation dort zu fördern, wo sie für die Zukunft von kolonialem Wert sein kann. Auch dies ist ein, so sonderbar es klingen möge, zunächst ein innerpolitisches Problem. Erst wenn es wieder eine deutsche Regierung geben wird, werden sich auch Wege finden, deutsche Ansiedler dorthin zu lenken, wo sie fürs deutsche Volk von Wert sein können.

„Adieu!"

So heißt die Überschrift eines Aufsatzes der französisch-völkischen Wochenschrift „La vieille France" (das alte Frankreich), die in Paris erscheint. Der Herausgeber, Urbain Gohier, hat das Blatt sieben Jahre lang, fast nur aus eigenen Mitteln bestritten und darin Woche für Woche unnachsichtlich die Politik der Talmud-Rasse in Frankreich und in der ganzen Welt aufgedeckt. Jetzt ist er — bei der ungeheuren Steigerung der Papier- und Druckpreise, die auch außerhalb Deutschlands die verbündete Judenschaft durchgesetzt hat — außerstande, weiterzuarbeiten. Juda erlebt also in Frankreich den Triumph, daß es seinem schärfsten Gegner die Waffe entwunden, d. h. ihm die Möglichkeit genommen sieht, länger für Recht und Wahrheit gegen die ungeheuerlichsten Lügen öffentlich in einer Zeitung aufzutreten. Das ist bitter, sehr bitter, besonders auch, daß sich die Franzosen das so ruhig gefallen lassen und nicht gleich zu Hunderten und Tausenden ihrem Vorkämpfer beispringen. Und gerade den Franzosen hätte es auch weiterhin so gut getan, immer wieder das zu hören, was Gohier predigte; nämlich: Nehmt Juden in Schutzhaft und beschlagnahmt alle ihre Vermögen, dieses Diebsgut, das sie euch gestohlen haben, und mit dem Golde der Rothschilds allein könnt ihr dann alle eure Kriegsschulden bezahlen; ferner: Verbindet euch mit den Völkern der weißen Rasse zu einem Kreuzzuge gegen den gemeinsamen Tod- und Erbfeind, das ist nicht der Deutsche, sondern das ist der Jude, der uns alle untereinander aufhetzte, nur um sich selber das Gut und Blut der kriegszerfleischten Nationen anzueignen. — Und Woche für Woche, Seite für Seite belegte Gohier diese seine grundsätzlichen Ansichten von der Gemeinschädlichkeit und der Weltgefahr der Rasse mit unwiderleglichen Beweisen, indem er eben aus den Nachrichten, die ihm aus allen Ländern, besonders England und Amerika, und aus der jüdischen Presse zuflossen, die wirtschaftlichen und politischen Taten der Hauptverbrecher bloßlegte.

So bieten die 344 Hefte der „Vieille France" zugleich den wertvollsten geschichtlichen Stoff für alle, die sich mit der Frage befassen. Aber der Judenbann liegt noch so schwer über Frankreich, daß man den Propheten nicht hören wollte. Das Land ist ja seit 1789 besonders übel von den Hebräern zugerichtet und nun bereits länger als ein Jahrhundert unter der Regierung der Rothschilds von einem Skandal in den andern, von einem Verbrechen ins andere gestürzt worden. Man denke an den fürchterlichen Dreyfusprozeß 1897, einen Rummel, der achtzehn Monate lang das Volk nicht zu Atem kommen ließ. Und Gohier sagt: „Gesetzt ich wäre ein Arzt und sähe einen lieben Freund an tausend Leiden dahinsiechen, die alle aus einer einzigen Ursache kommen. Ich kläre ihn darüber auf und zeige ihm, wie er gesunden kann, wenn er uns das und das dagegen tut. Er aber will nicht, er nennt mich einen Narren und Charlatan: ich sei voller Vorurteile und gehörte nicht der medizinischen Akademie an, ich hätte auch keine Auszeichnungen; er fühle sich ja ganz wohl, und sein gutes Aussehen errege allgemein Erstaunen, meine Diagnose aber sei so töricht und beleidigend, daß er nichts mehr mit mir zu tun haben wolle. — Es ist gewiß nur billig, wenn es seinem Freund dann dank seiner Verblendung und Undankbarkeit immer schlimmer geht; ich kann mich auch damit beruhigen, daß ich ja recht behalte und daß er für seine Dummheit nach den Naturgesetzen bestraft werden wird; aber, sagt Gohier am Ende, mein kranker Freund, das ist ja mein Land, mein Volk! — Um Frankreich aus den Klauen des jüdischen Vampyrs dieser Finanzhebräer zu retten, hat er alles hingegeben, und nun zum Schluß rührt sich keine Hand, diesen Volksarzt seinem Berufe zu erhalten. Wir bedauern es auch deshalb, weil Gohier bei seiner Klarheit im Laufe der Zeit sicher auch die Lage Deutschlands richtiger beurteilt und gewiß erkannt und es seinen Landsleuten eingeschärft hätte, daß — das, was sie von Deutschland öffentlich zu sehen kriegen, schon zu Wilhelm II. Zeiten ja gar nicht Deutschland, sondern Jud-land gewesen ist, nicht Germany, sondern Jew-many, wie das auch manche Engländer längst eingesehen haben.

Die Juden werden also jubeln, nicht nur in Frankreich, auch anderswo: denn ein „Rosche", ein Feind ist erledigt! Aber Gohier wird nicht der Ruhe pflegen und noch genug Mittel und Wege finden, um den Schuften ans Leder zu kommen: „Ich bin nicht tot, und meinen Gesinnungsgenossen rufe ich mit Shakespeare zu, daß sie noch von mir hören werden, und zwar nichts anderes, als was sie früher von mir hörten. Ich zähle sechzig, und bin noch gut für zwanzig Schlachtenjahre!" — Vielleicht ist Gohiers Blatt gerade zur rechten Zeit eingegangen, wo jetzt der Worte wahrhaftig genug gewechselt sind und Taten einsetzen werden, die möglicherweise auch das schlafende Frankreich plötzlich wie eine Furie aufspringen

---

„Es liegt am Tage, daß sich aus toten Stoffen kein lebendiger Körper, aus ungerechten, eigennützigen und einseitigen Menschen kein gerechter, uneigennütziger und liberaler Mensch zusammensetzen läßt. Freilich ist das eben ein Irrtum einer einseitigen Majorität, und es wird noch lange Zeit vergehen, ehe man sich von dieser simplen Wahrheit überzeugen wird. Eine so beschaffene Majorität wird nicht die Vortrefflichsten, sondern im Durchschnitt nur die Borniertesten und die Weltklügsten wählen. Unter den Borniertesten verstehe ich solche, bei denen Mittelmäßigkeit zur fertigen Natur geworden ist, die klassischen Muster des großen Haufens. Hier wird sich kein Geist entzünden — am wenigsten ein reiner. Ein großer Mechanismus wird sich bilden, ein Schlendrian, den nur die Intrige bisweilen durchbricht. Die Zügel der Regierung werden zwischen den Buchstaben und mannigfaltigen Parteimachern hin und her schwanken. Die Despotie eines einzelnen hat denn doch vor dieser Despotie noch den Vorzug, daß man wenigstens dort an Zeit und Schuhen erspart — wenn man mit der Regierung zu tun hat — und jene doch mit offenen Karten spielt, da man hier nicht immer gleich weiß, bei wem gerade den Tag die Regierung anzutreffen ist und welche Wege die vorteilhaftesten dahin einzuschlagen sind."

Novalis.

Notwende

Vom Aufstieg des germanischen Abendlandes

Unter diesem Titel hat Heinrich Krieger im Verlage von Georg Westermann in Braunschweig soeben seinem deutschen Volke eine bedeutsame Gabe dargebracht. Es ist nicht leicht, in einer kurzen Anzeige eine deutliche Vorstellung von Form und Inhalt dieses Buches zu vermitteln. Heinrich Krieger hat sich die Aufgabe gestellt, die neuesten Anschauungen der Wissenschaft über das Werden unseres Planeten, über die Entwicklung und die Wanderungen unserer germanischen Rasse, sowie über die Analogien zwischen der Evolution der Zelle bis zum Menschen und den Schicksalen der Menschheit im allmählichen Stufengang von der Wildheit bis zur höchsten Kulturhöhe in dichterisch gestaltender Form darzustellen. So hat er, das Märchen von der Eiszeit zerstörend, die Urgeschichte der Erde und die Frühzeit der nordischen Rasse in eine rhythmische Prosa gekleidet, die an die Form der eddischen Skaldenpoesie anklingt. So gießt er seinen glühenden Zorn wider die Zinsknechtschaft in eine Predigt des Bruders Berchtold von Regensburg in der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts. Seine Auseinandersetzung mit den religiösen Strömungen der Gegenwart kleidet er in ein wildphantastisches Traumgesicht. und seine Meinung endlich über den wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruch des gegenwärtigen Deutschlands bringt er zu dramatischer Anschaulichkeit durch die vernichtend witzige Darstellung einer internationalen Schwurgerichtsverhandlung gegen den „Grafen Pfennig", in welchem er die wirtschaftliche Vernunft des Mittelalters verkörpert. In diesem Schlußkapitel, das noch einmal zusammenfassend unserem Volke seine Sünden vorhält und ihm den Weg zum neuen Aufstieg weist, ist der Ankläger ein Amerikaner, Vertreter des „kapitalistischen Liberalismus, die Geschworenenbänke bevölkert „Wallstreet", und der Verteidiger ist der „Asiate" Dr. Ott-Si-Phem — hebräisch von hinten gelesen also Satan in eigener Person!

Ein starker Haß gießt Feuer in Kriegers stürmischen Dichterodem. Er haßt die Knechte und leitet alles Unheil des Niederganges aus dem Herabsteigen der Herren zu den Knechten ab; er haßt die „Leute" im Gegensatz zu den Begriffen Volk und Persönlichkeit; er haßt die spießerhafte friedfertige Schafsgeduld und preist den Streit als Bringer alles Guten. In diesem Sinne singt er sogar Satan ein hohes Lied als der Verkörperung der Macht, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Er erkennt als Grundgesetz der Natur den Satz: Dein Tod ist mein Leben, und verficht die Anschauung, daß allen Religionsstiftern und Kirchen zum Trotz das Wesen Gottes immer noch unerkannt sei. Sein glühendster Haß aber gilt wohl dem Zinswucher und dem Ghetto der Großstadt. Das Wort Jude kommt in dem ganzen Buche nicht vor — aber die Stellung des Dichters zu dem Weltproblem der Befreiung von der Judenknechtschaft geht deutlich genug hervor aus seiner Verwendung der Allegorie Wallstreet. Prachtvoll ist auch des Dichters heiliger Zorn, mit dem er für die rassische Würde und Bedeutsamkeit der Sprache eintritt im Gegensatz zur Sprechweise, d. h. dem leeren Kauderwelsch, das im Munde der gedankenlosen Leute daraus geworden ist. So gibt auch diese tiefe Sprachauffassung dem Titelworte „Notwende" eine ganz neuartige Bedeutung. Wir befinden uns jetzt wieder in dem Zustand solcher Notwendigkeit: Die Not erscheint notwendig, um unser Geschick zum Besseren zu wenden.

Das einzige, was vielleicht gegen diesen dichterischen Anti-Spengler einzuwenden wäre, ist seine Schwerverständlichkeit. Kriegers Notwende ist nichts weniger als Unterhaltungslektüre. Es ist ein schweres, ernstes Männerbuch, das mit einmaligem Durchlesen nicht abzutun ist. Ein jeder Satz will nachgedacht sein, und selbst der Genuß an der dichterischen Formgebung, an der hohen Schönheit des Sprachgewandes, stellt sich erst ein, wenn man sich das Sinnverständnis erarbeitet hat. Ich glaube, eine feine Bosheit des Verfassers darin erblicken zu müssen: er wollte es wohl den Leuten nicht so bequem machen, er wollte seine Leserschaft von vorneherein durchsieben; vielleicht verbot ihm auch schon ein gewisser herrischer Dichterhochsinn, sich allzu gemein-verständlich zu machen.

Aber gerade darum, weil das Werk so reich und tief und schwer ist, muß es um so wärmer empfohlen werden als eines von den wenigen, das es sich auch bei den heutigen Millionenpreisen zu kaufen lohnt, um in den dauernden Besitz geistig reger, denkreifer und denkfreudiger deutscher Familien überzugehen.

Ernst von Wolzogen.

Zum Nachdenken

Bekanntlich haben die Engländer und Franzosen im Kriege gegen China nicht übel gehaust, und Plünderung wurde sogar „befohlen". So war auch der große kaiserliche Palast in Peking der Plünderung überlassen worden und daraufhin dem Erdboden gleichgemacht. Es ist nun sehr interessant, was Feldmarschall Lord Wolseley in seinen Memoiren „Die Geschichte eines Soldatenlebens", Band II, Seite 68/69, hinsichtlich dieser Ausschreitungen „hochzivilisierter" Nationen darüber sagt: „Der große, wesentliche Zweck unserer Politik war, ganz China klar zu machen, daß wir die unermeßlich stärkere, mächtigere Nation waren. Mochten sie uns Barbaren schimpfen, wenn es ihrer Eitelkeit gefiel, aber wir mußten allen Schichten der Bevölkerung die Überzeugung beibringen, daß unsere überlegene militärische Stärke für die Zukunft die sicherste Bürgschaft des Friedens sei."

Derselbe Wolseley schreibt im II. Bande Seite 133: „Meine Sympathie hat von Kindheit an stets dem streng nationalen Squire gehört, welcher, um einen Toast ersucht, folgende Rede vom Stapel ließ: „England hoch (Beifall), möge es immer recht haben (noch größerer Beifall), aber beim Himmel, meine Herren, England hoch, ob es recht hat oder unrecht!" (Betäubender Beifall.)

„In dem großen amerikanischen Kampfe, von welchem ich spreche, drückte die Gesinnung des altmodischen Squires für England gleichzeitig die Gefühle der Nord- und Südstaaten für die Sache aus, welcher sie sich gewidmet hatten. Der wahre Patriot aller Völker muß sicherlich solch ein inniges Gefühl kräftigen Volksbewußtseins aufrichtig achten, denn es ist der einzige sichere Grund, auf welchem die Nationen ihre Größe dauernd behaupten können. Und mit gleicher Zuversicht darf ich behaupten, daß dadurch daß dieses Gefühl die Herzen des Volkes der Vereinigten Staaten so tief beeinflußt hat, dieses zur ersten Nation der Welt geworden ist, viel größer als Washington oder seine hervorragenden Kollegen jemals hoffen oder träumen könnten."

*

... Das letzte Telegramm enthielt die erschreckende Nachricht, daß die französische Armee bei Sedan vernichtet oder gefangengenommen worden war, und daß Kaiser Napoleon sich ergeben hatte und Gefangener im deutschen Lager war. Ich übersetzte das Telegramm für die Voyageurs bei mir ins Französische, aber sie wollten es nicht glauben. Sie konnten es nicht fassen, daß das Land ihrer stolzesten und liebsten Traditionen in den Staub gedemütigt und von der hohen Stellung, welche es bisher unter den Nationen eingenommen hatte, herabgeworfen worden war. Sie waren in dem Glauben aufgewachsen, daß die Franzosen die größte Nation Europas waren.

Ihre ehrliche, wenn auch sentimentale Liebe für „das schöne Frankreich" war sehr rührend und erhöhte sie in meiner Achtung. Möchte in den Wildnissen des Kanadischen Waldes ein moderner Psalmist Zeuge dieser merkwürdigen Szene gewesen sein und berichtet haben, wie diese braven, gefühlvollen Voyageurs geweint haben, als sie sich nachts hinwarfen und an die frühere Größe des Landes ihrer Vorfahren dachten und sich dessen jetzigen niedergedrückten und hilflosen Zustand vorstellten.

(Feldmarschall Wolseley, die Geschichte eines Soldatenlebens, Band II, Seite 185.)

... aber der größte Teil unserer gebildeten und praktischen Offiziere hatte schon aus der Lehre, welche Europa durch den französ.-deutschen Krieg erfahren hatte, daß wir unser Armeesystem ändern oder **aufhören müßten, eine große Macht zu sein.** (Wolseley, II, 213.)

... aber dem gebildeten (englischen) Soldaten dienten die raschen Fortschritte und großen Erfolge der preußischen Armeen als eine sehr ernste Lehre. Die Kriegsgeschichte hatte ihn schon lange gelehrt, daß Völker, welche sich auf papierne Verträge mehr verlassen als auf ihre eigene wohlorganisierte Land- und Seemacht, schließlich untergehen müssen. (Wolseley II, 217.)

*

Eine Nation ohne Ruhm ist wie ein Mann ohne Mut, eine Frau ohne Tugend. Er nimmt den ersten Platz in unserer Schätzung nationalen Rufes ein. Alle Staaten verlangen eifrig danach, und entschieden ist er auch ein starker Faktor im Bewußtsein nationaler Kraft, welcher die Achtung von Freund und Feind fordert. Er ist ein Erbstück von unschätzbarem Werte für das Volk, welchem ihn die Welt gewährt und welches bereit ist, lieber zu kämpfen, als seinen Verlust zu wagen. Wenn die Nation, welcher er einst allgemein zugestanden wurde, anfängt, darüber als unwichtig zu spotten und seinen Wert lächerlich zu machen, ist die Zeit der Größe jener Nation sicher vorüber: ihre männliche Lebenskraft ist im Abnehmen, ihre moralische Ader verdorben. Wenn sie in dieser Abwärtsbewegung nicht gehemmt wird, wird diese Nation bald in einen kraftlosen und saftlosen Zustand geraten und dann aufhören, ihren Anteil an der Leitung der großen Weltangelegenheiten zu haben. (Wolseley II, 354.)

Französische Voraussicht und deutsche Rückständigkeit

In Koblenz erfolgt seit einiger Zeit durch die Franzosen jeden Abend zwischen 6 und 7 Uhr die Übermittlung des Radio-Eiffelturm-Konzertes. Große Massen hören diesen Veranstaltungen zu, die durch einen großen Lautsprecher der Straße zugänglich gemacht werden. Außerdem gibt der Eiffelturm Unterrichtsstunden in der französischen Sprache, so daß jeder umsonst Französisch lernen kann. Solche großzügige Werbung wird und muß natürlich mit der Zeit für die Veranstalter wirken. In Deutschland treibt man das Gegenteil. Man macht nicht nur keine Anstalten zu ähnlicher Ausnutzung der drahtlosen Nachrichtenverbreitung, sondern hindert und knebelt sie, wo und wie es nur geht. Die Gesetze, die man jetzt berät, ehe die Öffentlichkeit auch nur in geringstem Umfang zum drahtlosen Mithören zugelassen wird, sollen, wie man hört, sehr engherzig gefaßt sein und jeder Weitblick, den die Franzosen nach den obengenannten Tatsachen besitzen, vermissen lassen. Wenn Deutschland jetzt schon in vielem auf der Stufe eines nichts geltenden Kleinstaates angelangt ist, muß es doch nicht mit allen Mitteln versuchen, in jeder Beziehung und überall der Letzte zu sein.

lassen, daß es dem Würger endlich an die rote Gurgel fährt. Die Zukunft birgt noch eine Fülle niegeglaubter, ungeahnter herrlicher Möglichkeiten, und zwar gerade in der Judenfrage. Auf diesem Felde, Mr. Gobier, waren wir mit Ihnen immer einer Meinung, und wir haben manche Ihrer Anregungen unsern Lesern übermittelt, wie Sie ebenso in Ihrem Blatte öfter auf unsern Führer Hitler und den „Völkischen Beobachter" hingewiesen und ddas Verständnis für die rassische Freiheitsbewegung in Deutschland unter den Franzosen gefördert haben. Ihr „Adieu" beantworten wir Deutschen mit einem siegesgewissen „Auf Wiedersehen!"

Auch ein „Deutscher"

Die „Freien Kirchenstimmen" (Mähr.-Schönberg) drucken den „Notschrei einer deutschen Frau" aus der „Hessischen Landeszeitung" vom 5. Juli d. J. ab. Es sind dort die furchtbaren Qualen der Deutschen im Ruhrgebiete geschildert. Infolge dieses Artikels kündigt ein Schweizer, kein Franzose, kein Italiener, sondern ein Deutscher, den Bezug des Blattes und begründet die Kündigung wie folgt:

„Als Christkatholik, der sich stets bemüht, den einzig richtigen Weg zu suchen und wenn möglich zu geben, muß ich Ihnen mitteilen, daß ich genug habe von Ihren schlechten, tendenziösen Artikeln über die Franzosen. Die Behandlung, welche die Franzosen den Deutschen angedeihen lassen, ist bei weitem nicht so schlimm. Vielleicht wissen Sie, wie barbarisch die Deutschen gehandelt haben während der Jahre 1914—1918. An uns Christkatholiken ist es bestimmt erste Pflicht, Liebe zu säen. Was Sie aber mit Ihren Leitartikeln tun, ist gemeiner Haß pflanzen."

In einem zweiten Schreiben sagt der Deutsche und tief überzeugte „Christkatholik", der sich stets „nach den Werken Christi" richtet:

„Der ‚Tiger' Clemenceau war im wichtigen Augenblicke auf dem richtigen Platze. Er drückte dem Defaitismus, der alles zu vernichten drohte, den Kopf ein, und Frankreich hatte das Recht, farbige Truppen am Rhein zu verwenden."

Wo gibt es einen Franzosen, der so über sein Volk spräche wie dieser — „Deutsche" über Deutsche?

Auch der „Bayer. Kurier" warnt vor dem „unchristlichen" Haß.

Ein Jude als christl.-soz. Kandidat

Die Deutschösterr. Tageszeitung" schreibt darüber:

„Die Nachricht, daß die angeblich antisemitischen Christlichsozialen den Juden Dr. Weinberger in Wien als Wahlwerber aufgestellt haben, hat in allen antisemitischen Kreisen wie eine Bombe gewirkt. Wir sind nun in der Lage, über Dr. Weinberger noch folgendes mitzuteilen: Er ist getaufter Jude, der, um sein „Christentum" ja möglichst deutlich zu demonstrieren, stets einen Rosenkranz in seiner Rocktasche trägt. Seine Frau ist eine Reichsitalienerin. Ein Onkel von ihm, natürlich ebenfalls ein Jude, ist Professor an der Prager Universität, wo er tschechisches Kirchenrecht vorträgt. Die in Wien und Brünn lebenden Verwandten Dr. Weinbergers sind durchwegs Juden, und ein Teil von ihnen heißt sogar Kohn."

Mit dem Antisemitismus der Christlichsozialen ist es also in Wirklichkeit sehr sonderbar bestellt — er ist ein Schwindel! Ein famoses Gegenstück zur auchnationalen Bayer. Volkspartei und ihres übervölkischen Freundes, des Sanitätsrats Dr. Pittinger.

*

Der deutsche Geschäftsträger bei Poincaré

tu. **Paris**, 16. Okt. Der Besuch des deutschen Geschäftsträgers bei Poincaré, wie ihn der Außenpolitiker des „Petit Journal" ankündigte, ist nicht erfolgt, vielleicht nur aus dem Grunde, daß der französische Ministerpräsident erst am späten Abend aus Sampigny zurückkehrte. Poincaré wird am Dienstag den Ministerpräsidenten Masaryk begrüßen und dürfte hernach Herrn von Hösch, falls die Reichsregierung tatsächlich neue Schritte bei Poincaré plant, empfangen.

Die britische Reichskonferenz hält eine neue Geheimsitzung

tu. **London**, 16. Okt. Die britische Reichskonferenz hielt gestern nachmittags wieder eine geheime Sitzung ab; die Verhandlungen beschäftigten sich mit dem „Hauptproblem der Reichsverteidigung". Es wurde beschlossen, daß die Verhandlungen geheimgehalten werden. Die Konferenz vertagte sich nach der Geheimsitzung bis zum Mittwoch.

England und die Vereinigten Staaten

tu. **London**, 16. Okt. Gestern wurde im britischen Außenamt ein beachtenswertes Tribunal eröffnet. Es nennt sich „Vergleichskommission für die Geldforderungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten". Dieses Tribunal wurde im Einklang mit der englisch-amerikanischen Konvention gebildet. Das Ziel des Vergleichsgerichtshofes ist, eine Reihe von kleinen, lang ausstehenden Streitfällen zwischen England und Amerika zu regeln.

Die schweizerische Protestnote an Frankreich

tu. **Bern**, 16. Okt. Der schweizerische Bundesrat hat gestern eine außerordentliche Regierungssitzung abgehalten, in der die Antwortnote an die französische Regierung in der Zonenfrage festgestellt wurde. Die Note, die heute nach Paris übermittelt wird, besagt u. a., der Bundesrat lege nochmals feierliche Verwahrung ein gegen die von Frankreich durch Dekret verordnete Verlegung des Zollkordons in den drei Zonen an der schweizerischen Grenze. Der Bundesrat gibt einen geschichtlichen Überblick über die Ereignisse und stellt unter Hinweis auf den früheren Notenwechsel fest, daß er niemals einen Verzicht auf die schweizerischen Rechte in Hochsavoyen ausgesprochen habe, sondern stets seine Vorbehalte vorgebracht habe. Neue Vorschläge, die der Bundesrat seit dem Frühjahr in Bearbeitung hatte, sollten dieser Tage nach Paris übermittelt werden. Der Bundesrat betont, daß von der Wiederaufnahme von Verhandlungen nicht die Rede sein könne, nachdem die französische Regierung mit ihrem Erlaß des Dekrets einen Druck auf die Schweiz auszuüben versuchte. Die Note spricht die Hoffnung aus, daß diese Auffassung bei Frankreich Verständnis finden werde. Der Bundesrat erklärt sich dafür, daß die Streifrage dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag unterbreitet werde.

Bulgarien und Italien

tu. **Rom**, 16. Okt. Der bulgarische Außenminister Kalfoff weilt auf der Durchreise nach den westlichen Hauptstädten hier und stattete dem Ministerpräsidenten Mussolini einen Besuch ab. Die Unterhaltung erstreckte sich auf wirtschaftliche und Handelsbeziehungen der beiden Länder. Dabei wurden auch alle Fragen erörtert, die auch außenpolitisch die beiden Länder gleichzeitig interessieren.
Politik.

Das Chester-Abkommen

tu. **Konstantinopel**, 15. Okt. Die türkische Regierung hat dem Vertreter der Chester-Gruppe jede Verlängerung der Konzession verweigert. Somit muß die Gruppe am 9. November, wie vereinbart, die Arbeiten beginnen.

Letzte Nachrichten

Der deutschnationale Parteitag in Celle verboten

tu. Celle, 16. Okt. Der Parteitag der hannoverschen Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei, der am 13. Oktober in Celle stattfinden sollte, ist kurz vor Beginn verboten worden. Es fand nur eine Sitzung des erweiterten Vorstandes der Partei statt.

Arbeitslosen-Unruhen in Berlin

tu. **Berlin**, 16. Okt. In der Reichshauptstadt kam es heute in verschiedenen Stadtteilen zu Zusammenrottungen der Arbeitslosen, die teilweise einen ernsten Charakter anzunehmen drohten. Ansammlungen vor der Börse, bei denen die zur Börse fahrenden Makler und Bankiers bedroht und auch tätlich angegriffen wurden, veranlaßten den Börsenvorstand, die Hilfe der Schupo in Anspruch zu nehmen. Gegen 11 Uhr wurde die Börse hermetisch mit Polizeikräften abgeschlossen. Erst als man sah, daß die Polizei Herr der Lage war, wurde ein Eingang für die Börsenbesucher freigegeben, doch wurde die schärfste Kontrolle bei den Eintretenden ausgeübt.

Im Devisenverkehr blieben diese Krawalle vorerst ohne merklichen Einfluß. Die weitere Gestaltung der Effektenkurse dürfte in erster Linie von der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Berlin abhängig sein.

tu. **Berlin**, 16. Okt. Vor dem Rathaus in der Königstraße sammelten sich in den Vormittagsstunden eine große Menge, hauptsächlich Arbeitslose und Frauen an. Die Menge versuchte in das Rathaus einzudringen. Eine Deputation wurde jedoch nur eingelassen. Auf der Straße spielten sich indessen sehr erregte Szenen ab, die das Eingreifen der Schutzpolizei notwendig machten. Den Beamten, die in Kraftwagen herbeikamen, war es jedoch nicht möglich, die Menge zu zerstreuen. Die Beamten, die vielfach tätlich bedroht wurden, mußten sich mit aufgepflanztem Bajonett einen Weg durch die Masse bahnen. Eine größere Anzahl von Erwerbslosen wurden dabei durch Hiebe und Stiche verletzt. Erst gegen Mittag gelang es, den Platz zu säubern.

Ein großes Fascistenbankett in Italien

tu. **Rom**, 16. Okt. Der König, die Königin und alle Prinzen werden am 31. Oktober dem großen Fascistenbankett in Polazzo Veniziela beiwohnen. An diesem Bankett werden alle Botschafter und hohen Staatsbeamten teilnehmen. Es handelt sich um den Jahrestag der Übernahme der Herrschaft Mussolinis. Es ist das erste Mal, daß der König an einer fascistischen Feier teilnimmt. Der König und Mussolini werden Ansprachen halten, denen große politische Bedeutung beigemessen wird.

Bethlen gegen die ungarische Freiheit!

tu. Budapest, 16. Okt. Graf Bethlen hielt eine Rede, worin er scharf die Agitation der „Rassenhetzer" verurteilte. Wenn sie den Anschein erwecken wollten, daß der Reichsverweser hinter ihnen stehe, so sei er zur Feststellung ermächtigt, daß die Regierung das volle Vertrauen des Reichsverwesers genieße. Bethlen erklärte, die Regierung strebe eine Politik der außenpolitischen und innenpolitischen Beruhigung an. Die Ursache des schlechten Kronenkurses bestand in der Fernhaltung Ungarns vom europäischen Wirtschaftsverkehr.

So weit ist also Ungarn bereits heruntergekommen, die nationalen Kreise zugunsten der Juden niederzuschlagen.

Ein neues griechisches Kabinett. — Der Militärdiktator beruft ein neutrales Ministerium

tu. **London**, 16. Oktober. Aus Athen wird gemeldet, daß Oberst Gonatas die revolutionäre Regierung niedergelegt hat und durch ein neutrales Kabinett unter dem Vorsitz des früheren Außenministers Politis ersetzt hat. Das neue Kabinett bleibt bis zu den Neuwahlen am Ruder. Voraussichtlich werden die Neuwahlen noch im November stattfinden.

Der belgische Plan

tu. **London**, 16. Oktober. Die „Times" veröffentlicht eine Unterredung ihres Brüsseler Korrespondenten mit dem belgischen Außenminister Jaspar, der auseinandersetzte, daß die belgische Regierung keineswegs die Absicht gehabt habe, das Ruhrgebiet dauernd besetzt zu halten, sondern stets bemüht gewesen sei, die Ruhrbesetzung durch ein System wirksamer Finanzgarantien zu ersetzen. Die Bedeutung der belgischen Vermittlungsaktion komme dadurch am besten zum Ausdruck, daß Stresemann kürzlich in Brüssel erklären ließ, daß er mit wesentlichen Teilen des belgischen Vorschlages einverstanden sei.

tu. **London**, 16. Oktober. Die „Times", sowie „Daily Telegraph" befassen sich mit dem belgischen Vorschlag und kommen zu dem Ergebnis, daß sowohl England wie auch Frankreich dem belgischen Vorschlag nähertreten könnten. Die „Times" stimmt der Erklärung der deutschen Reichsregierung zu, wonach der Währungsreform in Deutschland die Regelung der Reparationsleistungen vorausgehen müßte.

Präsident Masaryk in Paris

tu. **Paris**, 16. Okt. Der Präsident der tschechoslowakischen Republik ist heute vormittag zu einem offiziellen Besuch hier eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Poincaré sowie von allen Spitzen der Behörden in feierlicher Weise empfangen. Eine große militärische Abteilung war aufgeboten, um dem Gast die Ehrenbezeigung zu erweisen. In Begleitung des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten befand sich der tschechische Außenminister Benesch. Die Gäste nahmen am Quai d'Orsay Wohnung. Der Aufenthalt ist auf zwei Tage berechnet.

Die Pariser Presse veröffentlichte schon seit einigen Tagen spaltenlange Artikel über den Besuch Masaryks, und weisen darauf hin, daß die Tschechoslawokai über eine bedeutende Armee verfügt, deren Organisation unter der Leitung französischer Generale steht.

Keine englische Anleihe

tu. **Paris**, 16. Okt. Der Londoner „Temps"-Berichterstatter dementiert das Gerücht, wonach die englische Regierung die Ausgabe einer Reparationsanleihe zugunsten Deutschlands beabsichtige. Das englische Kabinett habe, nachdem es der Prüfung der belgischen Sachverständigenentwürfe vom 11. Juni zustimmte, nicht die Absicht, die Initiative des belgischen Verbündeten nachträglich irgendwie zu behindern.

Aus München

Neue antikommunistische Verordnungen

München, 16. Okt. Durch Verordnung des Generalstaatskommissars vom 16. Oktober 1923 werden allen Schülern öffentlicher und privater Schulen die Teilnahme an kommunistischen Vereinigungen und Veranstaltungen verboten. Die bestehenden kommunistischen Jugendvereinigungen werden aufgelöst. Die kommunistische Werbetätigkeit in Wort und Schrift wird in Schulen oder gegenüber Schülern verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe in unbeschränkter Höhe erkannt werden kann, bestraft. In gleicher Weise wird bestraft, wer öffentlich, insbesondere durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder Darstellung zum Widerstand gegen Schuleinrichtungen oder Anordnungen der Schuleinrichtungen aufreizt oder auffordert, unwahre oder entstellte Tatsachen öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Schuleinrichtungen oder Anordnungen der Schulverwaltung verächtlich zu machen. Der Versuch ist strafbar. Die gleiche Strafe ist angeordnet für Eltern, Pflegeeltern, Vormünder, Dienst- oder Lehrherrn, die wissenlich dulden, daß ihre Kinder, Pflegekinder, Mündel, Dienstboten oder Lehrlinge, die Schulen besuchen, einem Verbot dieser Anordnung zu widerhandeln. Gegen Schüler kann an Stelle der Gefängnisstrafe auf Haft-, in leichteren Fällen auf Geldstrafe allein erkannt werden.

Massenverhaftungen von Kommunisten

München, 16. Okt. Zu der vor einigen Tagen im Münchener Gewerkschaftshaus vorgenommenen polizeilichen Aktion wird jetzt mitgeteilt: Die Münchener Polizei erhielt davon Kenntnis, daß sich im kommunistischen Büro im Gewerkschaftshaus Leute mit Führern von roten Hundertschaften sammeln, und daß dorthin auch Gelder für diese Zwecke gebracht werden. Sie hielt deshalb Nachschau und nahm 12 anwesende Personen fest. Auch wertvolles Schriftmaterial wurde beschlagnahmt.

Der Grenzzwischenfall bei Hirschberg

München, 16. Okt. Von amtlicher bayerischer Seite wird heute in längeren Ausführungen einer Mitteilung des Presseamtes Thüringen entgegengetreten, die über den bekannten Vorfall bei Hirschberg a. d. Saale eine unzutreffende Darstellung gibt, als ob von bayerischer Seite aus eine mehr oder minder kriegerische oder wenigstens militärische Operation gegen Thüringen unternommen worden sei. Der Ausgangspunkt der Vorgänge war, daß die thüringische Polizei am 9. Oktober in Hirschberg 15 nationalsozialistisch gesinnte Angehörige der Lederfabrik festgenommen und aufs Rathaus geführt hat. In der Nacht zum 10. Okt. bezogen darauf rote Hundertschaften aus Thüringen in Bayern Vorpostenstellungen bei der „Waldluft" und gegen Lamitz.

In der ganzen Gegend und auch in Hof gingen am nächsten Morgen die abenteuerlichsten Gerüchte, die dazu führten, daß ein nationalsozialistischer Trupp in die Gegend von Lamitz abfuhr. Am Nachmittag des 10. Okt. zeigte sich in Hirschberg wieder größere Unruhe, weshalb die bayerische Bevölkerung einen Einfall neuerdings befürchtete. Darauf wurden 40 Mann Landespolizei an die Grenze auf bayerischen Boden abgesandt. Am 11. Okt. morgens rückte die thüringische Schupo ab, ebenso sind die roten Hundertschaften, die zu ihrer Unterstützung Grenzdienst geleistet hatten, verschwunden und das bayerische Polizeikommando wurde am nächsten Tag gleichfalls zurückgezogen. Der in der Presse mehrfach erwähnte Vorfall mit der Wasserschaukommission beruht auf Wahrheit, und ist ein Zeichen dafür, mit welcher Nervosität man in Hirschberg die Lage betrachtet. Wenn der Vorfall dazu beigetragen hat, die Gemüter etwas zu ernüchtern, so hat auch dieses tragikomische Satirspiel seine Wirkung nicht verfehlt.

Gegen die neuen Reichssteuern

München, 16. Okt. In einer Sitzung der Industriegruppe des Wirtschaftsbeirates der Bayer. Volkspartei wurde eine Entschließung angenommen, die entschiedenen Protest gegen die weitere Anwendung der August-Steuergesetze, besonders gegen die Erhebung der Rhein- und Ruhr-Abgabe und der Betriebssteuer erhebt. An alle Verbände und Gruppen der bayerischen Wirtschaft wird die Mahnung gerichtet, daß sie sich zu geschlossener Abwehr zusammenschließen. Der Bayer. Landtag solle sich sofort nach seinem Zusammentritt mit allen Mitteln gegen die wirtschaftszerrüttenden Steuerlasten wenden.

Gas- und Strompreise

Vorläufige Gas- und Stromgebühren der städt. Werke für Oktober: Gaspreis für einen Kubikmeter 146 Millionen Mark, bei Münzgasmesseranlagen 146 300 000 M.; 1 Wertmarke für Automatengasmesser 86 Millionen Mark. Strompreis für Beleuchtung (Lichtstrom) 80 Millionen Mark für die Kilowattstunde, für sonstige Zwecke (Kraftstrom) 55 Millionen Mark für die Kilowattstunde.

Münchener Beobachter

Der neue Geist

Wenn man früher an dem Regierungsgebäude an der Maximiliansstraße vorbeiging, da machte es einen höchst verschlafenen Eindruck. Selten ging jemand ein oder aus, niemand konnte ahnen, daß hinter den dicht verschlossenen Fenstern dieses festungsartigen Bauwerks die Mühle des Bürokratismus emsig klapperte. Seit einer Woche ist dies anders geworden. Drei Doppelposten unserer wackeren grünen Landespolizei mit Tschako und Gewehr stehen in der Säulenhalle, und beim Haupteingang sieht man auch blaue Polizisten. Selbstverständlich liegt auch im Innern eine starke Abteilung grüner Polizei mit Maschinengewehren. Auch sonst herrscht in den Straßen Münchens jetzt reges militärisches Leben. Von den Provinzgarnisonen wurden Truppenverstärkungen nach München gezogen (etwa gegen „Putschversuche" von rechts, wie das „Katholische Sonntagsblatt für Unterfranken" von Herrn v. Kahr behauptet?) Täglich marschiert die Wache unter klingendem Spiele auf, kurz und gut: Es ist anders geworden, seitdem die bayerische Staatsregierung sich in der Person des Dr. von Kahr ein überragendes Oberhaupt gegeben hat.

Forderungen der Beamtengewerkschaften

Im Kreuzbräu hielt am Montagabend der Landesverband Bayern des Gesamtverbandes Deutscher Beamtengewerkschaften eine stark besuchte Versammlung ab, die zur Beamtenbesoldung, Währungsfragen und Preisanarchie Stellung nahm. Vertreten waren das Kultusministerium, das Ministerium für soziale Fürsorge und das Postministerium, ferner waren zugegen der Abg. Stang und der Stadtrat Weiß. Der Redner des Abends, Dr. Imhof, führte zunächst aus, daß wir heute vor der Frage stehen, ob wir eine Ausbeutungskolonie fremder Völker sein wollen, und ob unsere Regierungen die Handlanger unserer Feinde sein sollen. Das deutsche Wirtschaftsleben macht z. Z. seine größte Krise durch. Das Staatsgefühl der breiten Massen ist vollkommen erschüttert, weil der Staat bei seiner Abwehr der unhaltbaren Zustände sich mit Halbheiten und Pfuscherei begnügt, während die Parlamente nach alter Weise ihre Parteikämpfe weiter für wichtiger als alles andere halten.

Gegen die Rechnung nach Goldmark wandte sich der Redner in scharfer Weise, weil sie ein Schwindel sei. Im September dieses Jahres erhielten die Staatsbeamten der Klasse 7 und 8, welche etwa 350 Friedensmark im Monat bekamen, nur 26,29% dieser Summe, wenn man ihren Papiergeldlohn in Goldmark umrechnet. Die vierteljährlichen Gehaltsvorauszahlungen hat Hilferding den Beamten genommen, weil angeblich durch sie die Inflation vergrößert würde. Hat jetzt vielleicht die Inflation aufgehört? Das Einkommen der Beamten steht mit der Preisbildung nicht im entferntesten mehr im Einklang, und Gehaltserhöhungen sind fast immer bei ihrer Auszahlung schon bei weitem durch das Sinken der Mark überholt. Es ist nicht nur der Friedensvertrag, welcher diese Zustände verschuldet hat, sondern auch das Geschäftsgebaren der Banken und der Großindustrie, des Leih- und Börsenkapitals. Überall schießen Banken wie Pilze aus der Erde, und sie verlangen wucherische Zinsen. Die Beamten verlangen ein wertbeständiges Grundgehalt mit wertbeständigem Ortszuschlag, um in diesem Finanzchaos nicht zu versinken.

Nach der Aussprache wurden folgende drei Forderungen, welche der Reichsregierung und dem Staatskommissar für Bayern übermittelt werden sollen, angenommen: 1. Sofortige Schaffung einer festen Währung durch Heranziehung des Sachbesitzes. 2. Scharfes Eingreifen der Reichsregierung in die Preisbildung der Syndikate und ähnlicher Verbände, damit die Preise in erträgliche Übereinstimmung mit der Kaufkraft der breiten Massen gebracht werden. Kräftigste Wucherabwehr durch die Landesbehörden bzw. die Staatskommissare. 3. Einrichtung von Goldkonten für Beamte und Staatsangestellte als Grundlage einer festen Gehaltspolitik.

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Sowohl im Südwesten als im Nordwesten liegen neue Druckstörungen, die zwar noch nicht unmittelbar zu einer Umbildung der Wetterlage führen, aber doch zu zeitweise stärkerer Bewölkung Anlaß geben werden.

Wettervorhersage für Mittwoch, den 17. Oktober: Pfalz, Nordbayern Bewölkungszunahme, leichte Niederschläge, Südbayern unter Föhneinfluß noch vorwiegend heiter, Nachtfrost.

*

Die gefährdete Kartoffelversorgung. Der Beamtenwirtschaftsbund, der Allg. Verbraucherbund Bayern, die Hauptverbrauchsgenossenschaft, die Warenversorgung der Gemeindebeamten, der Bayerische Eisenbahnerverband, die Deutsche Postgewerkschaft, Abt. Bayern, der Konsumverein Sendling-München, und der Konsumverein München von 1864 machen in einer Eingabe an den Generalstaatskommissar auf die Kartoffelausfuhr nach valutastarken Ländern (insbesondere Holland und England) sowie die ungemessene Preistreiberei der Aufkäufer und auf die durch den Währungsverfall hervorgerufene Neigung der Landwirte, mit der Abgabe der Kartoffel zurückzuhalten, aufmerksam. Die Organisationen geben der Erwartung Ausdruck, daß es dem Generalstaatskommissar durch rücksichtslose Bekämpfung der Preistreiberei und zielbewußte Forderung der Ablieferung seitens der einheimischen Landwirte gelingen möge, die staatspolitisch und volkswirtschaftlich überaus bedenkliche Ernährungskatastrophe der großstädtischen Bevölkerung in letzter Stunde zu bannen.

75 Millionen der Liter Milch. Auf der Grundlage der Butternotierung der Kemptener Börse wurde ab Mittwoch, den 17. Okt., ein Frischmilchpreis frei Molkerei oder örtliche Sammelstelle von 55 Millionen Mark festgesetzt. Im Kleinverkauf wird der Liter etwa 75 Millionen kosten!

Der Übergang zur freien Brotwirtschaft ist nicht ohne Überraschung vor sich gegangen. Das Einheitsbrot, das gebacken wird, kostet die Kleinigkeit von 120 Millionen für das Pfund, also fast das zwölffache des bisherigen Markenbrots und das doppelte des letzten Preises für das „Markenfreie". Die Semmel kostet jetzt 14 Milliönchen.

Milchpantscherinnen. An mehreren Tagen im Juni pantschte die ehemalige, in der Marienstraße 2, nunmehr Fraunhoferstraße wohnhafte, Milchhändlerin Katharina Weinbauer von Langengern die für ihre Kunden bestimmte Milch mit einem Wasserzusatz von 9%. Das Schöffengericht München verurteilte nun die Angeklagte zur Gefängnisstrafe von sieben Tagen und zur Geldstrafe von 500 Millionen Mark, evtl. zu 5 Tagen Gefängnis. — Die in der Belgrad Str. 34/0 wohnhafte Milchgeschäftsinhaberin Maria Altinger von Rottenburg in Niederbayern pantchte ihre Kundenmilch mit 6—12% Wasser. Am 11. Juni vom Inspektor überrascht und zur Anzeige gebracht, verurteilte das Schöffengericht München die Angeklagte zur Gefängnisstraße von fünf Tagen und zur Geldstrafe von 100 Millionen Mark, evtl. zu einem Tag Gefängnis. Der Angeklagten wird für die Freiheitsstrafe von fünf Tagen eine Bewährungsfrist zugebilligt, wenn sie bis zum 1. Jan. 25 Goldmark bezahlt.

Warenzurückhaltung? „Ihr Artikel über die Ungeheuerlichkeit der Münchener Milchpreise gibt mir Veranlassung, auf einen anderen Mißstand hinzuweisen. In ganz Neuhausen ist kein Stück geräuchertes Schweinefleisch, Speck oder dergl. aufzutreiben. Das Bezeichnende dabei ist, daß in fünf Läden übereinstimmend erklärt wird: „In 14 Tagen gibt es wieder." Da liegt es wohl klar auf der Hand, daß die Ware zurückgehalten wird. Schleunigste Abhilfe wäre am Platze."

Neue Portoerhöhung. Zum 20. Oktober treten folgende Posttariferhöhungen ein: Postkarte im Ortsverkehr 2 Millionen, Fernverkehr 4 Millionen, Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 Millionen, 100 Gramm 6 Millionen, 250 Gramm 10 Millionen, 500 Gramm 12 Millionen; im Fernverkehr 10, 14, 16, 18 Millionen. Ein Päckchen 20 Millionen; Pakete bis 3 Kilogramm in der 1. Zone 25, in der 2. 50, in der 3. ebenfalls 50, aufsteigend bis 20 Kilogramm 160, 320, 480 Millionen.

Erhöhung der Tagesverpflegssätze in den städt. Krankenanstalten. Die Gebühren in den städtischen Krankenanstalten einschließlich Sanatorium Harlaching werden ab 15. Oktober 1923 wie folgt erhöht: Tagesverpflegssätze in Sälen: für Einheimische 322 Millionen, für Auswärtige 370 Millionen, Heizzuschlag (1. Oktober bis 30. April) 142 Millionen; 3. Klasse: für Einheimische 354 Millionen, Auswärtige 400 Millionen*, Heizzuschlag 151 Millionen; 2. Klasse 322 Millionen für Einheimische**, für Auswärtige 370 Millionen**, Heizzuschlag 178 Millionen; 1. Klasse für Einheimische 450 Millionen**, für Auswärtige 560 Millionen**, Heizzuschlag 250 Millionen. Vorschuß für Selbstzahler in Sälen 5 Milliarden, 3. Klasse 6 Milliarden, 2. Klasse 8 Milliarden, 1. Klasse 10 Milliarden.

* Ärztehonorar, Heilmittel, Bäder, Massagen, Untersuchung und Behandlung mit Strahlen sind besonders zu bezahlen.
** Außer den vorgenannten Nebenkosten ist auch die Verköstigung besonders zu bezahlen.

Die Gebühren in den städt. Bade- und Bedürfnisanstalten erhöhten sich ab Montag um 50—100%.

Inkrafttreten der neuen Vergnügungssteuerordnung. Der Reichsfinanzminister hat auf Antrag des Deutschen Städtetages auf Grund des § 444 Abs. 3 der Reichsabgabenordnung am 4. Oktober eine Verordnung erlassen, daß die Frist zur Inkraftsetzung der neuen Vergnügungssteuerordnungen um 3 Monate verlängert wird. Die neuen Ordnungen brauchen also erst bis zum 13. Januar 1924 den neuen Reichsratsbestimmungen angepaßt sein. Die Verordnung ist im Reichsgesetzblatt Nr. 96 vom 12. Oktober 1923, S. 986, veröffentlicht.

Den Lebenden

Hört ihr nicht das wehe Rufen,
Brennt euch nicht das wilde Jammern?
Deutschland, deine Söhne können
Ruhen nicht in ihren Kammern!
Nächtlich aus den Gräbern schlagen
Hoch zum Gottesstuhle Flammen.
Tränen, Bitten, Flüche, Klagen
Lodern ein Gebet zusammen:
Laßt uns Tote auferstehen,
Die Lebend'gen sind gebunden,
Immer noch ist deutsche Erde
Ihnen nicht genug geschunden.
Schmiedet Ehr' und Blut zu Waffen,
Die ihr, blond im Wotans Haine,
Freies deutsches Land zu schaffen
Bis zum letzten Meilensteine.
Noch im Tode himmlisch süßes,
Angebetet Land der Länder,
Zehnfach qualvoll sterbe jeder
Deiner Mörder, deiner Schänder.

Auf der „Minnekahda"

Im volkstümlichen Einklassenschiff der Amerika-Linie.

Von F. L.

Hamburg.

Am Roßkai, der Anlegestelle der Amerika-Linie, mitten in einem der neuen größten Hamburger Häfen liegt der Dampfer „Minnekahda" zur Abfahrt bereit. Die „Minnekahda" ist der größte Dampfer, der ausschließlich der Beförderung von Reisenden dritter Klasse dient; ein Schiff, das sich bei den Passagieren bereits einer großen Volkstümlichkeit und Beliebtheit erfreut, denn es stellt einen ganz neuen Typ dar. Stetig haben Reeder und Schiffbauer daran gearbeitet, auch dem weniger bemittelten Reisenden eine angenehme Überfahrt zu verschaffen. Die dritte Klasse auf Seedampfern hat in den letzten Jahren eine sehr große Verbesserung erfahren. Besonders gut wurde diese Aufgabe durch die Einstellung des sogenannten Einklassenschiffes gelöst. Auf der „Minnekahda" ist das früher so berüchtigte Zwischendeck endgültig zu Grabe getragen worden. Wenn Freiligrath dieses prächtige Einklassenschiff noch hätte sehen können, würde er seinem berühmten Auswanderergedicht sicher noch einen Vers hinzugefügt haben. Er hätte das Lob dieses Schiffes gesungen, in dem die Auswanderer nicht mehr wie früher in drangvoller Enge tief unten im Schiffsbau in Massenquartieren hausen und bei Sturm, wenn die Luken geschlossen wurden, schon bei Lebzeiten alle höllischen Qualen der Unterwelt erlitten. Für immer ist diese proletarische „Romantik" verschwunden, und nichts erinnert mehr an das menschenunwürdige Zwischendeck von ehedem.

Nicht nur die Auswanderer der einfacheren Volkskreise aus dem Osten, der Tschechoslowakei, aus Ungarn, Galizien, Serbien usw., sondern auch der bürgerliche Mittelstand, der sich jenseits des großen Teiches eine neue Heimat errichten will, dem es aber an den nötigen Mitteln fehlt, um die hohen Fahrpreise für die Luxusdampfer zu zahlen, werden die „Minnekahda" gern zur Überfahrt benutzen. Bei hervorragender Verpflegung und peinlichster Sauberkeit bis in die entferntesten Ecken des Schiffes werden sie sich glücklich schätzen, daß sie, nicht mehr wie früher bei Ozeanfahrten, durch trennende Schranken vom Betreten der Kajütdecke 1. und 2. Klasse abgehalten werden, wo mit Glücksgütern mehr gesegnete Mitmenschen, umgeben von Luxus, hausen.

Die Einrichtungen des 17 226 Tonnen großen Dampfers sind behaglich und geschmackvoll, zwar ohne besonderen Luxus, aber anheimelnd und wohnlich, obwohl das Schiff für 2200 Reisende Unterkunft bietet. Im Mittelteil der drei Decks erstrecken sich über den größten Teil des Dampfers die gut gelüfteten von Sauberkeit blitzenden Schlafkabinen für zwei, vier und sechs Personen. Gute Betten, ausreichende Waschgelegenheit und praktische Kabinenmöbel machen den Raum zu einer angenehmen Unterkunft. Zur Einnahme der Mahlzeiten dient ein großer Speisesaal, der sich in der Mitte des Schiffes über die ganze Breite desselben erstreckt. An langen Tafeln finden hier 703 Personen gleichzeitig Platz. In der Mitte des Saales pflegt während der Mahlzeiten eine Kapelle zu konzertieren. Die Gesellschaftsräume sind ebenfalls recht behaglich eingerichtet; ein geräumiges Rauchzimmer für die Herren und für die Damen ein Gesellschaftszimmer mit reichhaltiger Bibliothek. Den größten Zuspruch während der Seereise werden jedoch die weit ausgedehnten Decks finden. Das große Vorder- und Achterdeck, ein langgestrecktes Promenadendeck zu beiden Seiten des Mittelaufbaues geben ausreichend Gelegenheit zum Aufstellen der Deckstühle. Ein praktisch eingerichtetes Lazarett, in dem alle Aparate vorhanden sind, die die Krankenfürsorge kennt. Ärzte und Krankenpfleger werden für Erkrankte sorgen. Eine mit allen Hilfsmitteln der Medizin versehene Apotheke sowie ein vollständig eingerichteter Ordinations- und Operationsraum setzen die Ärzte instand, allen vorkommenden Krankheiten wirksam begegnen zu können. Gewaltige Bodentanks sowie andere Tankanlagen sind in der Lage, eine derartige Menge von Frischwasser mitzunehmen, daß damit nicht gespart zu werden braucht. Das gesamte an Bord verwendete Trinkwasser ist sorgfältig filtriert. In den ausgedehnten Küchenanlagen befinden sich außer den Kochkesseln und den riesigen Herden eine elektrisch betriebene Abwaschvorrichtung sowie eine Schiffsbäckerei, in der in absolut hygienischer Weise das Brot und anderes Gebäck täglich frisch hergestellt werden.

Ein Kapitän, ein Stab von nautischen und technischen Offizieren und über 200 Mann Besatzung sind zur Führung und Bedienung der „Minnekahda" notwendig. Eine der wichtigsten Stellen für die Sicherheit des Schiffes und der Passagiere ist der Raum der drahtlosen Telegraphie. Von hier führen die Drähte hinauf zu den zwischen den Masten ausgespannten Antennen, von wo aus die elektrischen Funken die Verbindung mit der Welt aufrechterhalten und den Passagieren täglich ddas Neueste mitteilen. Für die Sicherheit sind noch andere Vorrichtungen getroffen. So bildet der starke Doppelboden mit seinem Tanksystem einen wirksamen Schutz gegen das Eindringen von Wasser in die inneren Teile des Schiffes bei einem eventuellen Leckwerden des Bodens. Schwere, wasserdicht verschließbare Schottentüren verhindern ein Vollaufen mehrerer der durch starke Wände voneinander abgetrennten Schiffsabteilungen. Im ernstesten Falle aber geben die vielen Boote und Flöße genügend Platz, um alle Menschenleben in Sicherheit zu bringen. Ins Auge fallend ist der breite Bau des Dampfers, wodurch selbst bei stürmischem Wetter ein verhältnismäßig ruhiger Seegang gewährleistet wird.

Goethe und das Papiergeld. Eckermann berichtet in Goethes Gesprächen unter dem 27. Dezember 1829: „Heute nach Tisch las Goethe mir die Szene vom Papiergelde. Sie erinnern sich, sagte er, daß bei der Reichsversammlung das Ende vom Liede ist, daß es an Geld fehlt, welches Mephistopheles zu verschaffen verspricht. Dieser Gegenstand geht deutlich durch die Maskerade fort, wo Mephistopheles es anzustellen weiß, daß der Kaiser in der Maske des großen Pan ein Papier unterschreibt, welches, dadurch zu Geldeswert erhoben, tausendmal vervielfältigt und verbreitet wird. In dieser Szene nun wird die Angelegenheit vor dem Kaiser zur Sprache gebracht, der noch nicht weiß, was er getan hat. Der Schatzmeister übergibt die Banknoten und macht das Verhältnis deutlich. Der Kaiser, anfänglich erzürnt, dann bei näherer Einsicht in den Gewinn hocherfreut, macht mit der neuen Papiergabe seiner Umgebung reichliche Geschenke und läßt im Abgehen noch einige tausend Kronen fallen, die der dicke Narr zusammenrafft und sogleich geht, um das Papier in Grundbesitz zu verwandeln. Indem Goethe die herrliche Szene las, freute ich mich über den Glücklichen Griff, daß er das Papiergeld von Mephistopheles herleitet und dadurch ein Hauptinteresse des Tages so bedeutend verknüpft und verewigt." — Nun kam Goethes Sohn hinzu und sprach von einem Cooperschen Roman, den er gelesen. Er wußte nicht, wovon die Rede gewesen war, aber er selbst fing bald an, über preußische Tresorscheine zu reden, die man über den Wert bezahle. Während der junge Goethe so sprach, blickte Eckermann den Vater mit einigem Lächeln an, das er erwiderte; dadurch gaben sie sich zu verstehen, wie sehr das Dargestellte an der Zeit sei. — Es handelt sich hier um eine Szene im 2. Teil des „Faust". Dort heißt es vom Papiergeld u. a.: Ein solch Papier, an Gold- und Perlenstatt, ist so bequem, man weiß doch, was man hat. — Ob Mephisto heute auch noch so sprechen würde?

Wie heute. Sieben Jahre nach des Arminius Tod empörten sich die Friesen. Die Freundschaft, welche diese arglosen Leute den Römern geschenkt hatten, war ihnen übel bekommen. Die Römer behandelten sie wie überwundene und legten ihnen einen Tribut von Ochsenhäuten auf. Olenius, Statthalter am Rhein, verlangte aber nicht gemeine, sondern Häute von Auerstieren, die in Friesland selten waren und legte eine starke Besatzung ins Land. Da mußte das arme Volk alles verkaufen, Haus und Hof, Sklaven, Vieh und endlich sogar die Kinder, um die Menge kostbarer Häute bei anderen Völkern einzutauschen. Wie aber die Not am höchsten gestiegen war, griffen sie zu den Waffen und erschlugen alle Römer im Lande. Diese herzhafte Tat machte ihren Namen das erstemal berühmt. Das Land blieb frei, die Römer nahmen keine Rache. — Aus: Wolfgang Menzels Geschichte der Deutschen.

Pflegt den Sinn für das Schöne! Und pflegt ihn beizeiten! Prägt ihn der Jugend ein! Diese ist die Hauptträgerin derselben, denn mit Recht sagt der große Kunstforscher Winckelmann: „Da die Einbildung, welche zur Empfindung des Schönen in der Kunst mehr als in der Natur gefordert wird, weit feuriger im Jugend- als im männlichen Alter ist, so soll jene Fähigkeit zeitig geübt und auf das Schöne geführt werden, ehe das Alter kommt, in welchem wir uns entsetzen, zu bekennen, es nicht zu fühlen."

Kleine Nachrichten

Vom alten Hoftheater in Koburg. Der Oberbürgermeister der Stadt Koburg, Herr Hirschfeld, ersucht uns, als Erwiderung auf einen Artikel in Nr. 202 unserer Zeitung, zu berichtigen, daß weder er selbst getaufter Jude ist, noch irgendeiner seiner Vorfahren es war. Wir kommen dieser Richtigstellung mit Vergnügen nach, aber dadurch wird die Tatsache, daß am Theater in Koburg so viele Juden verpflichtet werden, nur noch ungeheuerlicher.

Feldgrauer Künstlerbund. Der Feldgraue Künstlerbund hat wohl als erster unter den vaterländischen Vereinen die Teilnehmer an der Befreiung Oberschlesiens, Münchens und die Ruhrkämpfer den Kriegsteilnehmern gleichgestellt. Sie können, soweit sie bildende Künstler sind, die ordentliche Mitgliedschaft erwerben. In dem Bestreben, vaterländische Gesinnung in der Künstlerschaft zu pflegen, fordert er vor allem die studierende Jugend auf, sich ihm anzuschließen. Diejenigen Künstler, die vaterländischen Vereinen angehören, die dem Wiederaufbau des Vaterlandes dienen, können die außerordentliche Mitgliedschaft erwerben. Eintragslisten in der Bundesausstellung in der Residenz.

Theatergemeinde, München. 17. Okt.: Herkulessaal: „Violinkonzert Sopkin", 53801—53000; 17. Okt.: Prinzregententheater: „Don Carlos", 56401—57300; 17. Okt.: Residenztheater: „Die Kinder", 50801—51000; 17. Okt.: Odeon: „Konzert, Volksbild. Verein", 54701—54950; 18. Okt.: Nationaltheater: Oper „Wildschütz", 65901—66100; 18. Okt.: Residenztheater: „Jan, der Wunderbare", 50601—50800; 18. Okt.: Tonhalle: „Orchester-Konzert, Dirig. A. Adam Szeack", 50001—51750; 19. Okt.: Nationaltheater: „Ballettabend", 66101—66450; 19. Okt.: Herkulessaal: Hösl-Quartett, „Reger-Abend", 51701—51750; 20. Okt.: Herkulessaal: Liederabend Wiselius, Horremann (Klavier), 53001 bis 53100; 20. Okt.: Nationaltheater: Oper „Othello", 63001 bis 63100; 21. Okt.: Prinzregententheater: „Kampl", 53701 bis 53900; 21. Prinzregententheater: „Kampl", 58101 bis 58800; 21. Okt.: Bayer. Hof: Klavierabend Dor. Braus, 53101—53300; 22. Okt.: Nationaltheater: „Hamlet", 57401 bis 57500; 22. Okt.: Nationaltheater: „Hamlet", 58801 bis 59400; 22. Okt.: Herkulessaal: Klavierabend Laura Stroud, 53301—53450. — Für die Wiederholung des Thomaner Chor am 13. Oktober ab 7½ Uhr in der Lukaskirche sind Karten zu ermäßigten Preisen auf unserer Geschäftsstelle erhältlich. — Der Oktoberbeitrag wurde auf 40 Millionen festgelegt. Derselbe Betrag ist als Grundmarkenbetrag für November gleichzeitig zu entrichten. Die Einzahlung hat bis spätestens 20. Oktober zu erfolgen, da sonst Geldentwertungszuschlag angerechnet werden muß.

Buchbesprechung

Franziska Hager, Der Dorfschullehrer. Max Kellerers Verlag, München. G.Z. 1,50. — Die Münchener Schriftstellerin Franziska Hager erzählt in ihrem „Dorfschullehrer" von ihrer in Prien am Chiemsee verbrachten Jugend, von ihren Eltern und den Beziehungen ihres Vaters zu dem großen Musiker Anton Bruckner. Kleine Ereignisse des bescheidenen Dorflebens weiß die Verfasserin künstlerisch zu gestalten und zu verklären. Fesselnd sind besonders die Geschichten von der alten Närrin des Ortes und dem Birnbaum in ihrem Garten, die Erzählung vom ersten Fensterln vor dem Zimmer der Verfasserin und der geräuschvollen Vertreibung der Burschen.

Der Internationale Hotelbesitzerverein hält gegenwärtig in München seine 48. Generalversammlung ab, unter, in Anbetracht der Zeitverhältnisse, überraschend starker Teilnahme der Mitglieder, auch aus dem Ausland. Am Montag fand im alten Rathaussaal ein Begrüßungsabend statt, dem auch der Ministerpräsident, mehrere Minister, die beiden Bürgermeister, das Präsidium der Handelskammer u. a. beiwohnten. Namens des Münchener Hotelierverbandes begrüßte Hotelbesitzer Volkhardt die Kongreßteilnehmer in München. Handelsminister von Meinel hob in einer Ansprache die wirtschaftliche und ideelle Bedeutung des Fremdenverkehrs hervor. 1. Bürgermeister Schmid hieß die Teilnehmer an der Tagung namens des Stadtrates in München willkommen. Für den Bayer. Gastwirteverband drückte Stadtrat Peter den Wunsch aus, die Gäste möchten von München den Eindruck mitnehmen, daß wir Bayern deutsch sind, „deutsch bis auf die Knochen". Seine anfeuernden Worte wurden mit dem Deutschlandlied beantwortet. An die Ansprachen reihte sich unter Mitwirkung der Kapelle des Deutschen Theaters ein gemütlicher Bierabend. Frl. Fries als Münchner Kindl trug launige Verse von Hermann Roth vor, die Postillone Straßer und Wanner brachten das Posthorn wieder zu Ehren und der unverwüstliche Weiß Ferdl streute die Gaben seines Humors aus.

Justizpensionsnachzahlung. Das Finanzamt München IV zahlt am Donnerstag und Freitag, vormittag von 8—12 Uhr, einen Vorschuß auf die Nachzahlung für das 3. Oktoberviertel. Auch von Kontoinhaber wird Barzahlung geleistet.

Zahlung der Ruhegehälter an ehem. Berufsoffiziere. Während der Durchführung der Nachzahlung für das zweite Viertel des Monats Oktober ist die Nachricht eingetroffen, daß die Meßzahl von 14 000 auf 35 000 und die örtlichen Sonderzuschläge um das 2,5fache erhöht worden sind. Soweit Beträge im Postscheckwege bereits abgegangen sind, wird der dreifache Unterschiedsbetrag von einem Viertel auf vier Viertel der Oktober-Gebührnisse unverzüglich nachgezahlt, während den übrigen Empfängern die neuzustehenden richtigen Gebühren (Oktober-Gebühr — jedoch ohne dritte und vierte Septemberwoche —) in einer Summe zugestellt werden.

Einzahlung von Krankenversicherungsbeiträgen. Wir machen unsere Leser auf die Bekanntmachung der Ortskrankenkasse München im Anzeigenteil dieser Nummer aufmerksam.

Neufestsetzung der Hochschulgebühren. Infolge des Währungsverfalles sah sich die Unterrichtsverwaltung gezwungen, die Vorlesungs- und sonstigen Gebühren an den bayerischen Hochschulen für das Wintersemester 1923/24 wesentlich zu erhöhen und einigermaßen der Teuerung anzugleichen. Die Gebühren errechnen sich aus einer Grundgebühr, die mit einer Teuerungsziffer vervielfältigt wird. Mit Rücksicht auf die bedrängte Lage vieler Studierender wurden die Grundgebühren auf etwa ein Fünftel der Vorkriegsgebühren festgesetzt. Teuerungsziffer ist der vom Statistischen Reichsamte am 18. Oktober 1923 für die Woche vom 8. mit 14. Oktober bekanntzugebende Reichswochenindex. Die Gebühren bleiben bis zum 10. November unverändert, sodann werden von Woche zu Woche steigende Zuschläge erhoben.

Behandlung der Schulversäumnisse. Nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen sind schuldbare Schulversäumnisse sowohl im Verwaltungsstrafverfahren vor den Schulpflegschaften wie durch gerichtliches Strafverfahren mit empfindlichen Geldstrafen oder mit Haft zu ahnden, wobei noch sehr erhebliche Kosten für den Schuldigen anfallen. Der oftmals mangelhafte Schulbesuch zwingt zu scharfem Vorgehen gegen säumige Schüler wie gegen deren Eltern, Lehr- oder Dienstherren oder sonstige Arbeitgeber. Bei Krankheit der Schulpflichtigen ist der Schule rechtzeitig, also in der Regel im Laufe des ersten Versäumnishalbtages eine Entschuldigung vorzulegen; in allen anderen Fällen ist beim Schulleiter oder -vorstand zuerst um Befreiung vom Schulbesuch nachzusuchen; sonst sind die Versäumnisse als schuldbar zu behandeln. Wenn ein bestimmtes Maß schuldbarer Versäumnisse vorliegt, wird eine Verlängerung der Schulpflicht ausgesprochen werden. Es muß wieder wie früher ein lückenloser Schulbesuch erzielt werden, weshalb Schulen und Schulbehörden zu einer strengen Handhabung der einschlägigen Vorschriften und Strafmöglichkeiten angehalten sind.

Amtliche Bekanntmachungen im „Staatsanzeiger" über die Gewährung von Vorschüssen für Beamtenbesoldungen an die Gemeinden, Bezirke und Kreise, betr. Höchstpreise für Zement, betr. Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, betr. Vollzug des Notstandsmaßnahmengesetzes für Sozialrentner, über das staatliche Aushilfspersonal, betr. Frachtbriefstempelung für Kartoffeln.

Dienstmännertarif. Die Teuerungszahl für Dienstleistungen der Dienstmänner wurde ab Dienstag auf das 250 000 000fache, der Rückweg auf das 150 000 000fache der Tagesfriedensgebühr erhöht.

Änderung der Linienführung der Straßenbahnlinien 6, 16 und 10. Aus verkehrstechnischen Gründen werden ab Mittwoch, den 17. Oktober, folgende Änderungen in der Führung von Straßenbahnlinien durchgeführt: Linie 6 wird verkehren von der Feilitzschstraße über Ludwigstraße—Marienplatz—Sendlingertorplatz—zur Forstenrieder Straße (Harras) und zurück mit einer Wagenfolge von 6 Minuten bis 8 Uhr abends, von da ab mit 8 Minuten bis Betriebsschluß. Während des Arbeiterverkehrs in der Frühe und in den Nachmittagsstunden werden die Wagen der Linie 6 durchgehend von Hofmannstraße bis Freimann verkehren. Auf den Strecken Forstenrieder Straße (Harras)—Hofmannstraße einerseits und Freimann bzw. Nordfriedhof—Feilitzschstraße andererseits wird ein Pendelverkehr wie bisher aufrechterhalten. Linie 16 wird eingestellt. Linie 10 wird verkehren von Belgradstraße (Kurfürstenplatz) über Barerstraße—Karlsplatz—Sendlingertorplatz—Thalkirchener Straße zum Isartalbahnhof und zurück, und zwar bis 8 Uhr abends mit 5- und 6-Minuten-Wagenfolge, ab 8 Uhr abends mit 8-Minuten-Wagenfolge.

Marxistenterror. Daß nationalsozialistisch gesinnte Arbeiter von marxist. Arbeitskollegen, die immer noch nicht begreifen, um was es sich handelt, terrorisiert werden, ist bekannt. Ein solcher Fall wird uns auch mitgeteilt von der Baufirma Liebergesell & Lehmann, Baustelle Biederstein. Dort gelang es den Einflüssen des Poliers Franz Roth, zwei als Nationalsozialisten bekannte Arbeiter zur Entlassung zu bringen. Als Marxist, dem Terror über alles geht, sei auch der Taglöhner Hans Wagner namhaft gemacht. Roth und Wagner wäre zu raten, nach Sachsen oder Thüringen auszuwandern, denn bei uns werden sie nicht mehr lange Andersgesinnte terrorisieren.

Hoffnungsvolle Jugend. Festgenommen wurden ein 16 Jahre alter Kaufmannslehrling, der seiner Firma 25 Milliarden stahl, und ein 18 Jahre alter Banklehrling, der seinem Geschäfte 5 Milliarden unterschlug. Das Geld verputzten beide. — Eine nun in Haft befindliche Modellsteherin meldete sich beim Polizeiamt unter falschem Namen an. Mit dem erhaltenen Meldeblattabschnitt suchte sie Stickereigeschäfte auf und bat um Heimarbeit, die sie auf Grund des Vorweises in Gestalt von Wolle für Jäckchen erhielt. Die Wolle verkaufte die Betrügerin, das Geld verbrauchte sie.

Schwerer Raub. Am Montagabend, 9 Uhr, wurde in der Nähe der Straßenbahnhaltestelle Menterschwaige eine ledige, 32 Jahre alte Kontoristin von zwei Burschen, welche sich im Gebüsch versteckt hielten, überfallen, mit Knütteln bearbeitet, ihr der Mund zugehalten und beraubt. Die Räuber raubten dem Mädchen zwei goldene Ringe, und zwar 14karätige, besetzt mit Rubinen und Brillanten und gefaßt in Platin, ferner eine goldene Damen-Remontoir-Uhr mit goldenem Armband und 2 Milliarden Mark Geld. Die Täter entkamen im Dunkel der Nacht. — Die Kontoristin lernte vor 14 Tagen einen etwa 30 Jahre alten Mann kennen, mit dem sie einige Male ausging. Am Montag abend war er in ihrer Begleitung, da er das Mädchen angeblich seiner Mutter, die in der Menterschwaige eine Villa besitzen sollte, vorstellen wollte. Beide fuhren mit der Straßenbahn bis zum Sanatorium Harlaching und gingen dann zu Fuß zur Menterschweige. Als der Überfall geschah, floh der Begleiter des Mädchens. Es wird angenommen, daß er bei dem Raub die Hand im Spiele hat. Er wird beschrieben: 30—32 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, schlank, hat schwarze, links gescheitelte Haare, kleinen Schnurbart, braune Augen, abgelebtes, bräunliches Gesicht, rötliche Hakennase, macht den Eindruck eines Ausländers. Die geraubten Schmucksachen haben einen Wert von 300 Milliarden. Mitteilungen, die zur Feststellung der Täter führen, sind zu richten Münchener Polizei, Zimmer 404, 18. Kriminalbezirk.

Schwerer Wohnungseinbruch. Bei einem Wohnungseinbruch in der Leopoldstraße wurden Prinzregent-Luitpold-Jubiläumsmünzen, silb. Herren- und Damen-Zylinder-Uhren, Ringe mit verschiedenen Steinen, Bestecke, silb. Blumenvasen, Pokale, Wäsche, gez. H. B. F. B., Wert 600 Millionen, gestohlen.

Einbrüche. Bei einem Einbruch in eine Kammfabrik in Ansbach erbeuteten Diebe für 700 Milliarden Kämme. — Bei einem Einbruch in das Gasthaus „Kreuzstraße" stahlen Einbrecher einen Seealstunkspelz, Wäsche und Lebensmittel, Wert 170 Milliarden. — Bei Speichereinbrüchen im Lehel erbeuteten Diebe Wäsche und Schuhe im Wert von 22 Milliarden. — Aus der Wallfahrtskirche Frauenberg bei Vilshofen wurden silberne und vergoldete Kelche mit Zubehör gestohlen, sowie Opferstöcke beraubt.

Gründungsfeier. Die Ortsgruppe München des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes konnte das 25jährige Gründungsjubiläum feiern und veranstaltete aus diesem Anlaß im Saale des Arzberger-Kellers einen Festabend, bei dem Gauvorsteher Schloder die Festansprache hielt und hierbei die Entwicklung der Ortsgruppe schilderte, das Bekenntnis zum nationalen und sozialen Volksgemeinschaftsgedanken ablegte und betonte, daß nur die Verkündung „national und sozial" die Grundlage für die Wiederaufrichtung unseres Volkes bilden kann. Eine Reihe Kollegen wurde für 25jährige Mitgliedschaft geehrt. Der Abend brachte hervorragende musikalische, gesangliche und deklamatorische Genüsse unter Mitwirkung des Vereinsorchesters (Dirigent Rindfleisch) und des Deutschnationalen Männergesangvereins unter Leitung des Herrn Lehrer Weiser.

Standartenweihe des 23. bay. Feld-Art.-Reg. Das 23. bay. Feld-Art.-Reg., das im Jahre 1916 von sämtlichen bayerischen Artilleriegarnisonen aufgestellt wurde, begeht am Sonntag, den 21. Oktober, das Fest seiner Standartenweihe. Alle ehemaligen Kameraden und ihre Angehörigen, die ihr Erscheinen ermöglichen können, werden gebeten, möglichst zahlreich den Veranstaltungen dieses Erinnerungstages beizuwohnen. Am Vortage (20. Oktober) findet für die Regimentsangehörigen ein Begrüßungsabend mit Generalversammlung im Vereinslokal („Goetheburg"), Goethestraße 51, statt. Am Sonntag, den 21. Oktober, sammelt 9.45 Uhr vormittags das Regiment im Hofe der Türkenkaserne (Türkenstraße), marschiert hierauf zur St. Michaels-Hofkirche, wo die Standarte des Regiments geweiht und durch einen dem Regiment angehörigen Geistlichen eine Messe für die gefallenen Regimentskameraden abgehalten wird. Hierauf geschlossener Zug zum Arzbergerkeller (Nymphenburger Straße) zu einem gemeinsamen Mittagsmahl. Abends 5 Uhr folgt dann ein Festabend im Kunstgewerbesaal (Pfandhausstraße). Anmeldungen (insbesondere wegen der Quartiere, für welche auf Wunsch die Vereinsvorstandschaft Sorge trägt), sowie Anfragen an Regierungsrat Dr. Kratzer, München, Nymphenburger Straße 192/III.

Regimentsverein ehem. Angeh. 5. Feld-Art.-Rgts., Ortsgruppe München. Zusammenkunft Mittwoch, abends 8 Uhr im Vereinslokal Kühbogen, Salvatorstraße. Alle ehem. Angehörigen des Regiments werden hierzu freundlichst eingeladen.

Weißes Kreuz (Katholische Innere Mission). Unter dieser Bezeichnung wirkt seit einiger Zeit eine Organisation, die ausschließlich dem katholischen Laienapostolat dem Christentum der Tat, zu dienen berufen ist. Aufschlüsse sowie gegen vorteilhafte Bedingungen erhältliches Einführungsmaterial sind jederzeit im Sekretariat, Görresstraße 1/1, zu haben. Veranstaltungen finden jeden dritten Donnerstag im Monat (die nächste am 18. Okt.) im Kloster der Frauen Servitinnen, Herzogspitalstraße 7, abends 8 Uhr, statt.

Standmusik in der Feldherrnhalle. Mittwoch, den 17. Oktober, 12 Uhr mittags, Musik der Landespolizei. Obermusikmeister M. Windisch. 1. Vorspiel zur Oper „Stradella" von Flotow; 2. Walkürenritt, Siegmunds Liebeslied und Feuerzauber aus „Walküre" von R. Wagner; 3. Einleitung und Chor auf „Carmen" von Bizet; 4. „Deutsche Wacht", Marsch von Gaus.

Bestattungen

am 17. Oktober.

Ostfriedhof: Louis Höger, Geh. Reg.-Rat, 81½ J., 10 Uhr Feuerb.; Anton Waller, Hausverwalter, 61 J., 2½ Uhr; Martin Birkl, ehem. Gastwirt, 70 J., 2½ Uhr; Therese Hirsch, Hilfsarbeitersgattin, 39 J., 2 Uhr; Maria Schneider, Schulschwester, 62 J., 2¼ Uhr; Otto Adler, 3 Mt., 2 Uhr.

Nordfriedhof (Schwabing): Christine Schmidt, Sozialrentnerin, 69 J. 4 Mt., 4 Uhr.

Westfriedhof (Moosach): Erhard Luber, Depotarbeiter, 58 J., 2½ Uhr; Anton Endres, Sattler, 74 J., 3 Uhr; Christoph Lang, Bankbeamter, 40 J., 3¼ Uhr; Martin Rieger, Metallschleiferskind, 2 Tage, 2¼ Uhr.

Waldfriedhof (Holzapfelkreuth): Maria Renz Eisendreherstochter, 13 J., 3 Uhr; Babette Klopfer, Spediteursgattin, 63 J., 3½ Uhr.

Drahtloses Fernkonzert

Im großen Festsaal des Verkehrsministeriums fand am Montag ein drahtloses Fernkonzert statt, aufgenommen von der 600 Kilometer entfernten Funkstelle in Königswusterhausen bei Berlin. Geladen waren die Spitzen aller hiesigen Behörden und die Pressevertreter. Herr Staatssekretär Dr. Schätzel begrüßte die Gäste, und wies auf die wunderbaren Errungenschaften der Technik hin, die es ermöglicht, ein Konzert in einem Raum in weiter Ferne hier in geschlossenem Saal ohne irgendwelche Drahtverbindung wiederzugeben. Wenn auch der Unterhaltungsrundfunk als solcher in unsere traurige Zeit schlecht hineinpaßt, so sei er doch als ein Schritt zu einer kulturellen Umgestaltung zu betrachten, deren Auswirkung auf die Nachrichtenverwertung sich noch gar nicht absehen lasse. Er wies auf die Bedeutung des Augenblicks hin, der die Zuhörer zu Zeugen eines entscheidenden Schrittes der Reichspostverwaltung mache. Danach sprach Herr Oberregierungsrat Stegmann über die technischen Fragen und Herr Oberpostrat Dr. Hartmann über die verwaltungstechnischen Fragen des Unterhaltungsrundfunks.

Im Anschluß an die Vorträge wurde mit Kopfhörern, die die Bayerische Telephonfabrik zur Verfügung gestellt hatte, das Zeitsignal vom Eiffelturm abgehört. Nach kurzen Veränderungen an den Empfangsapparaten war dann der klare Gesang einer Künstlerin aus Königswusterhausen hörbar. Es folgten dann mit großer Naturtreue wiedergegebene Musikstücke, von denen sich besonders das Violincello-Solo und die Träumereien von Schubert auszeichneten. In kurzer Pause wurde dann der Funkempfang auf den Lorenz-Lautsprecher, ein kleines Kästchen mit grammophonartigem Trichter, umgeschaltet. Weitere künstlerische Darbietungen wurden nun, im ganzen Saal in resonanzfreier Klarheit laut hörbar, wiedergegeben. Jedes Stück wurde durch einen Sprecher angekündigt, bis die Spieler sich verabschiedeten: „Achtung! Königswusterhausen macht jetzt Schluß! Auf Wiederhören, meine Damen und Herren!"

Aus dem Gerichtssaal

Ein unaufgeklärter Mord

Der nicht alltägliche Fall, daß ein Rechtsanwalt auf Herausgabe von Briefen, die ihm ein Mandant zur sicheren Aufbewahrung übergeben hat, angeklagt wird, beschäftigt zur Zeit das hiesige Zivilgericht. Die Klage hat eine interessante Vorgeschichte: Im Jahre 1921 wurde in ihrer Wohnung an der Wittelsbacherstraße die im Scheidungsprozeß lebende Ehefrau eines praktischen Arztes ermordet aufgefunden. Während des Scheidungsprozesses übergab die Frau ihrem Prozeßbevollmächtigten eine Anzahl Briefe, die ihr Ehemann an sie geschrieben hatte, mit dem Auftrag, diese Briefe im Falle ihres Ablebens — sie gab der Befürchtung Ausdruck, sie könnte ermordet werden — nicht an Unbefugte, keinesfalls aber an ihren Ehemann, herauszugeben. Dieser hat nunmehr in seiner Eigenschaft als gesetzlicher Vertreter (Vormund) seiner beiden minderjährigen Kinder Eigentumsansprüche an den Briefen erhoben und deren Herausgabe verlangt, und, da diese verweigert wurde, gegen den Anwalt Klage auf Herausgabe erhoben. Zur Begründung der Klage wurde geltend gemacht, daß die Kläger als Erben das Eigentum an diesen Briefen erworben hätten und deshalb verlangen könnten, daß diese, als zum Nachlaß gehörig, an sie herausgegeben werden.

Der beklagte Rechtsanwalt machte gegen die Klage geltend, die Herausgabe der Briefe würde gegen den ihm erteilten Auftrag seiner verstorbenen Mandantin und gegen die anwaltschaftlichen Pflichten, insbesondere gegen das anwaltschaftliche Berufsgeheimnis, verstoßen. Klägerischerseits wurde zur Begründung der Klage noch weiter geltend gemacht, der Kläger habe auch ein persönliches Interesse an der Herausgabe der Briefe, weil er seinerzeit unter dem Verdacht der Ermordung seiner Ehefrau bzw. der Mittäterschaft in Untersuchung gezogen und verhaftet worden sei und ihm daran gelegen sein müsse, jeden Verdacht zu beseitigen. (In der Zwischenzeit ist das Verfahren gegen den Mann eingestellt worden.)

Das Landgericht München (Zivilkammer) wies die erhobene Klage als unbegründet kostenfällig ab, da es den Standpunkt vertrat, daß der Beklagte bei der gegebenen Sach- und Rechtslage die Herausgabe der Briefe mit Recht verweigern konnte. Gegen dieses Urteil erhob die Klagspartei Berufung zum Oberlandesgericht. In der Verhandlung erklärte der beklagte Rechtsanwalt, daß das gegen den Kläger wegen des Mordes an seiner Ehefrau eingestellte Strafverfahren neuerdings wieder aufgenommen worden sei und behauptete, daß dieser ein Interesse daran hätte, die Briefe zu erhalten, bevor das Strafverfahren beendet sei. Damals habe sich die mutmaßliche Täterin durch Absturz von der Trettachspitze das Leben genommen. Nun hätten sich neue Verdachtsmomente ergeben, daß es sich hier nicht um einen Selbstmord, sondern um einen weiteren Mord handle, um die Sache zu verdunkeln, so daß das Strafverfahren auch nach dieser Richtung ausgedehnt worden sei. Unter diesen Umständen erscheine es zweckmäßig, wenn das Gericht die Strafakten erhole, was er hiermit beantrage.

Das Oberlandesgericht beschloß, die sämtlichen Akten im alten wie im neuen Strafverfahren beizuziehen.

Hierzu wird uns noch weiter mitgeteilt, daß die Wiederaufnahme des Strafverfahrens von einem hiesigen Rechtsanwalt bei der Staatsanwaltschaft beantragt wurde. Dieser hat an Ort und Stelle persönlich Besichtigungen vorgenommen und Erkundigungen eingezogen und das Material der Staatsanwaltschaft unterbreitet. In 91 einzeln aufgeführten Gesichtspunkten versucht er darzulegen, daß die betreffende Gesellschafterin, von der angenommen wurde, daß sie die Mordtat an der Frau ausgeführt und dann durch Absturz in den Bergen Selbstmord verübt hat, selbst einem Mord zum Opfer gefallen ist. Hoffentlich gelingt es der Staatsanwaltschaft, Licht in die Angelegenheit zu bringen.

*

Nächtlicher Raubzug. In der Nacht vom 25./26. Juli stahlen der ledige Metzger Joseph Jobst von Schwabenstätten, der ledige Metzger Alois Schmid von Dachau, der ledige Bauhilfsarbeiter Michael Schneider von Lichtenberg, der ledige Metzger Sebastian Schöner von Milbertshofen, der ledige Gütlerssohn Johann Stocker von Unterschleißheim, sowie sein Bruder, der ledige Hilfsarbeiter Kaspar Stocker von dort und der ledige Hausmeister Joseph Sturm von Ziegelberg nach vorausgegangener Verabredung auf dem Weideplatz der Hermannschen Gutsverwaltung in Mittenheim zwei Kalbinnen im Gesamtwerte von über 80 Millionen Mark. Jobst und Schneider führten die Tiere in der Richtung nach Dachau, wo sie verkauft werden sollten, wurden jedoch während des Transportes von den Beamten der Gendarmeriestation Dachau angehalten und ihnen ihr Raub abgenommen. Das Schöffengericht München verurteilte nun den Angeklagten Jobst zur Gefängnisstrafe von einem Jahr, den Schneider zu zehn Monaten Gefängnis, den Schöner und Stocker Johann zur Gefängnisstrafe von je einem Jahr sechs Monaten, den Stocker Kaspar zur Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Schmid und Sturm wurden wegen Diebstahls bzw. Begünstigung mangels genügenden Nachweises freigesprochen.

Bayern

Gemaßregelt oder nicht?

Die Bayerische Volkspartei-Korresp. schreibt u. a.:

„Es steht nunmehr fest, daß das Reichswehrministerium tatsächlich eine Maßregelung des Generals v. Lossow vorgenommen hat wegen seines Verhaltens in der Verbotsangelegenheit des „Völkischen Beobachter". Das Reichswehrministerium hat den Fall rein militärisch behandelt. Die Angelegenheit ist damit aber nicht abgeschlossen, da sie neben der militärischen eine hochpolitische Seite hat. Das hängt mit der besonderen Stellung des Generals v. Lossow in München, vor allem in seiner Eigenschaft als bayerischer Landeskommandant zusammen. Das Verhalten des Generals kann unmöglich ausschließlich vom militärisch-bürokratischen und militärisch-disziplinaren Standpunkte aus betrachtet werden. Es handelt sich um eine Sache, die für die Gestaltung der Beziehungen der bayerischen Staatsregierung zur Reichsregierung von einer ausschlaggebenden Bedeutung ist. Unetr diesen Umständen wäre es unverständlich, wenn die letzte Entscheidung dem militärischen Ressortministerium überlassen würde. Die politische Verantwortung für die Behandlung der Angelegenheit trägt das Reichskabinett, in erster Linie der Reichskanzler. Dieser müßte seine amtlichen Zusicherungen, die er während seiner Anwesenheit in Bayern gemacht hat, vergessen haben, wenn er sich herbeiließe, den Einflüssen, die schon unheilvoll genug im Reichswehrministerium gewirkt haben, nachzugeben."

Dr. Stresemann hat schon viel, sehr viel vergessen, denn sonst würde er z. B. als Hohenzollern-Monarchist sich nicht auf Gedeih und Verderb mit der Sozialdemokratie verbündet haben. Zur Vorgeschichte des Falles hört übrigens die „M. A. Z." von wohlunterrichteter Seite, daß General v. Seeckt zum Einschreiten gegen den „Völkischen Beobachter" bewogen worden sei, weil dieses Blatt die (übrigens zutreffende) Mitteilung machte, daß die Frau des Reichswehrkommandeurs Jüdin sei. Die Meldung von dem Verbot des „Völkischen Beobachters", das von Berlin aus erlassen worden ist, ging seinerzeit durch die Presse. Der bayerische Generalstaatskommissar fand damals aber keine Veranlassung, gegen das nationalsozialistische Blatt vorzugehen, um so weniger, als das Verbot überhaupt nicht begründet war.

Endlich möchten wir noch folgende Meldung verzeichnen, die die Tel.-Union verbreitet:

„Über die Stellung des bayerischen Wehrkreiskommandeurs, General v. Lossow, wird in manchen nichtbayerischen Blättern so geschrieben, als könne seine Stellung Gegenstand von Verhandlungen mit ihren möglichen Folgeerscheinungen in Gestalt von Zugeständnissen, Nachgiebigkeiten oder Auftrumpfungen sein. Ob eine solche Auffassung in Berlin tatsächlich besteht, läßt sich hier in München schwer feststellen. Bei den Münchener maßgebenden Stellen aber herrscht kein Zweifel, daß ein Wechsel in der Besetzung des Wehrkreiskommandos zur Zeit nicht in Frage kommen kann."

Selbstverständlich, daran kann nicht gezweifelt werden. Landgraf, bleibe hart!

Pittinger gebrandmarkt

In der neuesten Ausgabe des wieder erschienenen „Heimatlandes" ergreift Major Frhr. von Loeffelholz das Wort zu der Behauptung Dr. Pittingers, die Führer der Gaue Niederbayern von „Bayern und Reich" hätten den Gauen ihre Trennung von Pittinger verheimlicht. Major v. L. erklärt diese Behauptung Pittingers als Lüge!

Ferner teilt das „Heimatland" mit:

Dr. Pittinger schrieb an Oberstleutnant Willmer, den Führer des längst selbständigen Gauverbandes Niederbayern, einen Brief mit folgenden Forderungen: 1. Zurücknahme der in Plattling gefaßten Entschließung, 2. öffentliche Bekanntgabe dieser Zurücknahme und 3. erneute Unterordnung des Gauverbandes Niederbayern unter die Bundesleitung. Die Kühnheit dieser Forderungen wird übertroffen durch die Zumutung Pittingers an Oberstleutnant Willmer, die Zurücknahme der Erklärung mit den Worten zu begründen: „Auf Grund besserer Informationen" usw. Pittinger hat also die Stirn, von einem ehemaligen Kgl. bayer. Offizier zu verlangen, er solle den Beschluß einer Versammlung gereifter Männer zurücknehmen und diese Zurücknahme gegen seine innere Überzeugung mit einer Unwahrheit begründen. Denn welches sollen denn diese sogenannten besseren Informationen sein? Diese Zumutung ist so ungeheuerlich, daß sich des Empfängers des Briefes eine begreifliche Erregung bemächtigt hat. Um so mehr, als Dr. Pittinger für den Fall der Ablehnung seines bis zum 12. befristeten Ultimatums mit Maßnahmen (!!) gedroht hat.

Es wird nachgerade Zeit, daß auch die noch verbliebenen Getreuen allmählich den Sanitätsrat Pittinger abschütteln.

Stresemann und Seipel

Buchloe, 16. Okt.

Am Sonntagvormittag reiste Reichskanzler Dr. Stresemann durch unseren Bahnhof. Dr. Stresemann fuhr nach Bregenz, wo er bekanntlich mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel eine Aussprache haben wird. Selbstverständlich wird sich Stresemann nicht mit Seipel über einen Anschluß Deutschösterreichs besprechen, o nein, sondern wie man es anstellt, eine internationale Anleihe zu bekommen, auf daß Deutschland genau so zur Kolonie der überstaatlichen Weltbörse wie Deutschösterreich degradiert werde.

Freie Bauernschaft

Aus den Kreisen der Freien Bauernschaft wird uns geschrieben:

Die in der F. B. organisierten Bauern der Umgegend Landshuts brachten aus eigenem Antrieb, ohne die übliche staatsbehördliche Aufmachung, am vergangenen Freitag wohl an 1000 Zentner Kartoffeln für die ärmere Bevölkerung der Stadt Landshut zur unentgeltlichen Verteilung.

Bemerkenswert ist, daß diese Bewegung, deren Hauptprogrammpunkte möglichste Ausschaltung des Zwischenhandels ist, in der schärfsten Weise, ursprünglich von der Regierung und den volksparteilichen Größen unter dem Schutze des Landtages bekämpft wurde.

Es ist die nämliche F.B., deren Hauptführer Wiggers s. Z. auf Betreiben des Ministers Wutzlhofer nach einer Versammlung in Straubing, in der er ihn schwer angegriffen hatte, als „fluchtverdächtig" verhaftet und wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die seinerzeitige Getreideverordnung als einer „der Totengräber des Deutschen Reiches" zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Interessant ist, daß ein Verfahren wegen Beleidigung gegen den Minister Wutzlhofer, der auf einer von ihm einberufenen Bauernbundsversammlung in Rottenburg die F.B. als franzosenfreundlich verdächtigte, vermutlich aus Gründen der Staatsräson, wiederholt verschoben wurde.

Kartoffelversorgung

Auf Veranlassung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums werden zurzeit durch angesehene bayerische Handelsfirmen, Genossenschaften und Konsumvereine größere Kartoffelkäufe in Norddeutschland für bayerische Städte und Verbraucherorganisationen durchgeführt. Die Bayerische Zentral-Darlehenskasse hat beispielsweise bis zum 12. Oktober bereits 116 Wagen mit rund 35 000 Zentnern, die Vereinigung der bayerischen Kartoffelinteressenten in München und die ihr angeschlossenen Großhandelsfirmen haben 160 Wagen mit zirka 48 000 Zentnern norddeutsche Kartoffeln nach Bayern hereingebracht. Weitere beträchtliche Käufe sind im Gange.

Gegen die Zeitungsverbote

Eine Vollversammlung der Gewerkschaft fränkischer Redakteure in Nürnberg faßte nach einer Meldung der „Voss. Ztg." nach vorgängiger Erörterung eine Entschließung, die „mit Bedauern und mit Bedenken feststellt, daß die in letzter Zeit vom Generalstaatskommissar v. Kahr geübte Methode der Presseverbote sowohl in dem Ausmaße ihrer Handhabung wie in der Unsicherheit ihrer rechtlichen und der Unbestimmtheit ihrer tatsächlichen Begründung zu einer schweren Gefährdung der Rechte und Pflichten der Presse, vor allem zur Unterbindung jeder, auch sachlichen, Kritik zu führen droht. Die Gewerkschaft erwartet vom Generalstaatskommissar bei aller Anerkennung der ihm auf Grund der bayerischen Ausnahmeverordnung zustehenden Vollmachten, daß er der Presse jene Wirkungsmöglichkeit läßt, auf die sie als Vertreterin der öffentlichen Meinung Anspruch erheben darf und muß".

Unser Standpunkt ist bekanntlich der: Verbot der gesamten Judenpresse. Aber unter dem gegenwärtigen Regime ist es just die völkische Presse, die am meisten drangsaliert wird, und wir glauben kaum, daß die fränkischen Redakteure bei iherer Beschwerde just an den „Völkischen Beobachter" dachten.

Opfer des Wahnsinns

5

von J. A. Rodionoff.

„Seit wann bin ich dein Genosse? Was faselst du für 'n Unsinn, Eremäus? Schämst du dich nicht?" fuhr ihn Jurik ärgerlich an.

„E—ah, Jury Stepanowitsch, das sag ich nur so der Ordnung halber, das hat nichts zu bedeuten. Heutzutage find't man sich ja gar nicht mehr zurecht", sagte er sich, zu Jurik hinneigend und mit der einen Hand die Tür schließend, während er mit den dicken Fingern der anderen die auseinanderflatternden Enden des Mantels festhielt. „Ich mit meinem Verstande denke mir so: also, daß da nichts Gutes herauskommen wird."

Und seine Stimme bis zum Flüsterton senkend, fragte er: „Wohin haben sie da Ihr Papachen geführt? Solch einen guten Herrn, war beinahe Gouverneur und jetzt Arrestant, he?"

„Ich weiß es nicht, zu irgend einem Verhör."

„So, hen, also zum Volksgericht?"

„Ach, nichts da von Volksgericht!" rief Jurik voll Empörung, „ein ekliger, stinkiger Jude drang bei uns ein und mit ihm sechs Diebe, bestahlen uns."

„Scht . . . Kleiner, nicht so laut . . ." flüsterte Eremäus vorsorglich. „Was mich betrifft, schadt's ja nischt. Aber wenn's jemand anders hört, ist's Unglück da, kann's angeben. Heutzutage haben hier auch die Wände Ohren. Jener da, das Jüdchen, der jetzt bei die Kommissare jegangen is, das is ja doch der Moschke Peltinowitsch, 'n größern Lumpen gibt's nich sobald wieder. Früher hat er ja doch in solch' schlechten Lokalen, wo die Betrunkenen zu die Mächens fahren auf dem Fortepjano gespielt, und dann, wie die Polizei also diese Freudenhäuser geschlossen hat, da hat er sich, weiß der Teufel wie, auf dem Spucharowker Markt so durchgeschlagen, mit allem möglichen Schund gehandelt, ehrliche Leute behumbst, jetzt aber — wo will er hin? Hebt die Nase höher als Iwan der Schreckliche. Und woher nur alle diese Juden gekommen sind? Früher sah man keine in Moskau, aber wie die Freiheit aufs Tapet kam, da sind diese Satane aus allen Winkeln vorgekrochen wie die Schwaben aus den Ritzen im Fußboden. Nee, nee, was soll das bloß werden? Was soll das bloß werden?" Und Eremäus schüttelte mit dem Kopf.

Als Jurik wieder zur elterlichen Wohnung heraufschritt, bemerkte er, daß im Vorzimmer die halb angekleideten Dienstboten: die Köchin, die Wäscherin, das Küchenmädchen und zweite Stubenmädchen, sich laut, lebhaft und lustig unterhielten, als ob ein besonders erfreuendes Ereignis eingetreten wäre.

Jurik konnte nicht an sich halten, es empörte ihn zu sehr.

„Geht schlafen! Was gibt's hier zu freuen?" rief er in strengem, herrischem Ton und wunderte sich selbst über seine Stimme.

„Ja, ja, gleich! Soll'n wir etwa weinen? Uns ist ja so was noch nicht passiert", antwortete die Köchin, und in ihrem breiten Gesicht glänzte die Schadenfreude.

„Das Licht sofort auslöschen und keinen Ton mehr!" befahl Jurik fast schreiend, knipste im Flur das elektrische Licht aus und schritt in der Dunkelheit weiter, die Mutter suchend.

Er fand sie im Schlafzimmer.

Sie kniete vor der Heiligenecke, aus der ein größerer Teil der Gottesbilder schon ausgesucht und eingepackt worden war, und betete beim Schein des Öllämpchens.

Jurik ließ sich leise neben ihr auf die Knie nieder.

Schluchzend fiel die Mutter ihm um den Hals.

„Es ist ja nicht so schlimm, Mamachen, mein liebstes Mamachen. Sie werden den Papa schon freilassen, ganz bestimmt . . . warum beunruhigst du dich nur so, meine herzliebste Mama?"

„Ach, Jura, ich habe Angst vor diesen Menschen, ich habe Angst, fürchterliche Angst . . ."

VI.

Dann folgten schreckenerregende unsinnige Tage.

Jurik konnte nie ohne einen innern Schauer des Entsetzens und der Empörung an sie denken.

Die Mama weinte und betete die Nächte durch, ohne ein Auge zu schließen, und ging oder fuhr tagsüber zuerst allein, dann mit Jurik nach allen Kommissariaten, Gefängnissen und neuen Behörden, um ihren Mann herauszufinden.

Auf Schritt und Tritt mußten sie Spott, Schmähungen und ganz unbegründete Grobheiten und Beleidigungen erfahren.

Man behandelte sie wie Verbrecher, wie die verächtlichsten Geschöpfe, wie selbst ein schlechter Herr nicht einmal sein Vieh behandeln würde.

Die obersten Behörden unter den Kommissaren waren fast immer und überall Juden, es war, als hätte diese Rasse Moskau und Rußland mit Waffengewalt erobert; in den unteren Schichten waren es Rotgardisten, geborene Russen.

Die Juden herrschten, befahlen, kommandierten, noch dazu auf unerträglich hochmütige, grobe Art und Weise, und der russische Bauer und Arbeiter mußte auf ihren Befehl jegliche schmutzige Arbeit ausführen.

Die unteren Schichten begegneten Jurik und seiner Mutter ohne Ausnahme mit den gemeinsten Schimpfworten und der größten Schadenfreude, warfen ihnen manchmal ganz offenkundig vor, daß sie gute menschliche Gesichter hätten, nicht solche Hundeschnauzen, wie die neuen Schicksalsvollstrecker des russischen Volkes, und Drohungen bekamen sie zu hören, Drohungen ohne Ende.

Als ob ein böser, neidischer Teufel voll unersättlicher Blutgier in alle diese schmutzigen menschenähnlichen Körper gefahren wäre, die an ihren Jacken und schmutzigen, schmierigen Mänteln grellrote Rosetten und Schleifen trugen.

Jurik war zuerst ganz verzweifelt und kopflos. Er heulte vor Wut und schämte sich sogar dieser Menschen, die in Gegenwart seiner vergötterten Mama so entsetzlich unverschämte und unanständige Reden führten.

Doch allmählich schrumpfte in seinem Innern etwas zusammen, und er wurde hart.

Voller Haß blickte er mürrisch auf jeden Vertreter der neuen Gewalt. In seinem Herzen kochte maßloser Widerwille und ohnmächtige Wut.

Am vierten Tage ihrer vergeblichen Nachforschungen wurden Jurik und seine Mutter nach irgendeiner schmalen, schmutzigen Gasse in einen der abgelegensten Stadtteile Moskaus geschickt.

Über einen Haufen Schutt und Mist, alter Ziegelsteine und halbverfaulter Bretter gelangten sie in einen engen, schmutzigen Hof.

An der hohen, zerkratzten hinteren Hauswand, die kein einziges Fenster hatte, lagen in den verschiedensten Stellungen fünf bis auf die Unterwäsche ausgeplünderte Leichen.

In einem der Toten erkannte Jurik sofort an dem kleinen dunklen Backenbart, der geraden Nase, der hohen, kahlen Stirn und den hellen, fragend in den Himmel starrenden toten Augen den Vater. —

Das Hemd war in der Brusthöhe ganz voll von dickem, geronnenem Blut — viel Blut.

Sie hatten den Vater erschossen.

Wie in einem entsetzlichen Traum befangen, sah Jurik, wie die Mama stöhnend an der Leiche ihres Mannes zusammenbrach und nicht mehr aufstehen konnte.

Ihm selbst hämmerte unaufhörlich der eine Gedanke im Kopf: „Der Papa ist nicht mehr. Weshalb nur haben sie ihn erschossen?"

Trotz allem Schrecklichen, was er in den letzten Tagen erlebt hatte, solche Ungerechtigkeit und Grausamkeit hatte er diesen Menschen doch nicht zugetraut.

Das war ein furchtbarer, ein ganz unerwarteter Schlag.

Er wollte der Mama beistehen, ihr irgendetwas sagen, aber er rührte sich nicht von der Stelle, die Zunge lag ihm wie gelähmt im Munde.

Ihm stand die Welt still, und obgleich die unbeantwortete quälende Frage ihm im Gehirn summte, verfolgte er doch mit besonderer Aufmerksamkeit, zwar nur mit den Augen, die Dohlen, die mit Gekrächze auf dem nächstliegenden, alten, roten Dache herumhopsten, und jeder ihrer Schreie und jeder Flügelschlag, der sich vom klaren und rätselhaft öde blickenden Himmel abhob, prägte sich ihm scharf und deutlich ins Gedächtnis.

Es schien ihm, als ob die Dohlen ganz besonders arg schrien und flatterten. Ihr Gekrächze klang begräbnismäßig und ihre Flügelschläge waren so hart und gewaltsam, als ob sie nicht leere Luft durchschnitten, sondern etwas Dickes, Elastisches, und ihm dadurch das große Unglück verkündeten, das unwiderruflich über ihn hereingebrochen war, und noch etwas Kummervolles, Drohenderes, das sich über seinem Haupte zusammenzog.

Da schlug ihm jemand grob von hinten auf die Schulter und ein ekelhafter Fuseldunst stieg ihm in die Nase.

Mit einer Gebärde des Ekels und dem Ausdruck tiefen Schmerzes im Gesicht, wandte Jurik sich um.

Vor ihm stand ein Rotgardist, der um Schultern und Brust gefüllte Maschinengewehrgurte trug.

Sein derbes, rotes, sattgefressenes Gesicht mit ausgeprägten Kinnbacken prägte sich Jurik besonders deutlich ein.

Der Rotgardist schleppte die Flinte wie einen Stock hinter sich her.

Auch das fiel Jurik auf.

Die Mama saß auf dem Boden und war wie geistesgestört. Zusammengekauert, wie ein zu Tode verwundeter Vogel, wiegte sie den Oberkörper beständig hin und her, war aber nicht imstande aufzustehen und flüsterte mit einem verzweifelten, irren Ausdruck in den Augen etwas vor sich hin.

„Was kadakscht ihr hier, Burschuies?! Pscht! Hat lang genug gedauert . . ." und es folgte ein Schimpfwort, das so schamlos und widerlich war, daß man es gar nicht wiedergeben kann.

„Wenn ihr den euren hier herausgefunden habt, so schafft das Aas weg. Dabei ist nischt zu heulen und zu plärren. Werden uns mit euch nich lange abplacken! Wir kennen euch! Habt uns unser Blut ausgesogen. Jetzt ist's damit schabasch!"

Jurik schlotterte am ganzen Körper. Jähzornig flammte er auf, es wurde ihm ganz grün vor den Augen und alles wirbelte um ihn herum. Er sah nur noch die dicke Schnauze dieses triumphierenden Kerls vor sich, und vor Haß fast erstickend, konnte er kein Wort hervorbringen.

Im nächsten Augenblick hätte er sich in der dicken Gurgel dieses widerlichen zweibeinigen Scheusals verkrallt und zweifelte nicht, daß er in seiner jugendlichen Kraft, noch ehe jener zur Besinnung kommen würde, ihn schon erwürgt und die verderbte gemeine Seele aus seinem plumpen, klobigen Körper herausgeschüttelt hätte.

Da trat ein anderer, älterer Rotgardist heran.

„Nun schaffen Sie ihn doch schon fort, so schnell wie möglich, wenn Sie die Erlaubnis dazu haben . . . nur los! Jammern können Sie zu Hause. Das hilft nun doch nichts mehr!" sagte der Herzugetretene begütigend, die drohende Stimmung des Knaben bemerkend.

Jurik sah den Sprechenden einen Augenblick gleichgültig und starr an und wandte sich dann wieder dem ersten zu.

„Juh, wie er die Augen reißt, so 'n Wolf", brummte der erste, stutzig geworden, halblaut und feige vor den ihn fixierenden Blicken des Knaben zurückweichend.

„Ist es befohlen wegzuschaffen, dann schafft auch weg."

„Und Sie da, Genosse, reißen Sie hier man nicht so sehr das große Maul. Sie haben hier nichts zu befehlen. Man wird schon ohne Sie fertig werden", bemerkte streng der zweite.

„Na, nu?"

„Jawoll, ja. — — Sie haben hier nichts zu suchen. Sind Sie etwa herbestellt? Was? Am Tor haben Sie zu stehen. Da scheren Sie sich auch hin."

„Das weiß ich — — auch ohne Sie."

„So — so —, weißt es und tust es doch nicht. Und das Tor steht unbewacht . . ." knurrte der zweite Rotgardist, anscheinend der an Rang ältere der beiden.

Der Dickschnauzige trollte, faul die Flinte hinter sich herschleppend, nach dem Tore zu. Die Mütze ganz unsoldatisch nach Strolchmanier auf dem Hinterkopf, wackelte er bei jedem Schritt mit seinem dicken Hinterteil, schlenkerte breit mit den Armen und sah sich, mit absichtlich zur Schau getragener Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit nach allen Seiten um.

(Fortsetzung folgt.)

Die schlimme Lage der Krankenkassen

Die Finanzlage der Krankenkassen ist so schwierig geworden, daß ernstlich die Gefahr des Zusammenbruches dieser wichtigen Träger der Sozialversicherung droht. Die Ursache liegt auch hier im Währungsverfall mit allen seinen Begleiterscheinungen. Namentlich haben die Krankenkassen darunter zu leiden, daß sie die Beiträge vielfach nur in entwertetem Gelde hereinbekommen, andererseits aber den Ärzten, Zahnärzten, Apothekern und so weiter unter dem Druck der Geldentwertung eine möglichst wertbeständige Bezahlung ihrer Leistungen und Lieferungen zugestehen müssen. In einer amtlichen Bekanntmachung wird es nun als Pflicht der Krankenkassen erklärt, ihre gesamte Ausgabengebarung einer Nachprüfung zu unterstellen. Die Versicherungsämter sollen auf möglichste Vereinfachung der Verwaltungsarbeit und möglichst weitgehende Einsparung an Verwaltungsausgaben drängen. — Infolge des Novemberverbrechens wird die gesamte Arbeiterfürsorgegesetzgebung zusammenbrechen, die bekanntlich seinerzeit im Reichstage gegen die Stimmen der Marxisten geschaffen wurde.

Ein bayer. Betriebsrätekongreß in Plauen

Wie telegraphisch aus Leipzig gemeldet wird, hat gestern in Plauen ein Bayerischer Betriebsrätekongreß getagt. In Bayern war dessen Abhaltung bekanntlich verboten worden. Die Delegierten waren in der Nacht zum Sonntag mit Schnellzug in Plauen eingetroffen. Über die Verhandlungen wird Stillschweigen beobachtet. — Wir halten es für selbstverständlich, daß die bayerischen Gerichte diese marxistischen Hochverräter zur Rechenschaft ziehen.

*

Nördlingen. (Die zerfallende Deutsche Volkspartei.) Dem Beispiele des fränkischen Wahlkreises der Deutschen Volkspartei folgend, hat nun auch die hiesige Ortsgruppe, eine der stärksten des Wahlkreises Schwaben, ihren Austritt aus der Deutschen Volkspartei und ihren Übertritt zur Nationalliberalen Landespartei erklärt. — Die Ratten verlassen das sinkende Schiff Stresemanns.

Bayer. Rundschau

Mühldorf. (Die Felddiebstähle) werden zu einer wahren Landplage. Die Spitzbuben lassen sich dabei nicht leicht aus ihrer Ruhe stören und weichen nur der Gewalt. Diese ist aber in meisten Fällen nicht gut möglich. In der Nähe von Harthausen wurde von einem, dem Franziskanerkloster gehörigen Acker das ganze Kraut gestohlen. Dieser Fall ist um so verwerflicher, als das Kraut von den Barmherzigen Brüdern seit vielen Jahren schon zur Ausspeisung von armen Leuten verwendet wurde. Einem Bauern von Altmühldorf stahlen die Feldräuber in wenigen Tagen etwa 200 Zentner Kartoffeln. Die noch bleibenden Kartoffeln reichen dem Besitzer nicht einmal aus, um für das neue Wirtschaftsjahr die Saat zu bewerkstelligen. — Ein ganz bezeichnender Vorfall spielte sich in der Nähe Taching ab. Etwa 15 Personen unternahmen bei Nacht einen förmlichen Angriff auf die Einöd Hirschpoint. Nur dem raschen Dazukommen der Gendarmerie und dem energischen Zugreifen der dortigen Ortswehr gelang es, die Diebe in die Flucht zu jagen. Dabei wurden Schüsse gewechselt, ohne daß jedoch jemand verletzt wurde.

Dorfen. (Opfer des Währungsbolschewismus.) Ein allseits geachteter Mann, der Steinmetzmeister Bernhard Zelger, der in seinem Fache als ein hervorragender Meister gilt, hat sich erhängt. Schon seit längerer Zeit machten sich bei ihm Zeichen schwerer seelischer Erschütterungen bemerkbar und ließen ein trauriges Ende voraussehen. Zelger hat sich in unsere Zeit des Währungsbolschewismus nicht mehr hineinfinden können.

Passau. (So fördert man die Getreideanlieferung.) Ein Landwirt erhielt am 7. Sept. vom Kommunalverband Passau-Land 280 000 Mark als Restbetrag für abgeliefertes Getreide. Für die 13 Zentner Roggen, 3 Zentner Weizen und 1½ Zentner Gerste wahrhaftig ein jämmerlicher Betrag, wenn man die gleichzeitigen Münchener Notierungen mit 14—20 Millionen Mark per Zentner in Vergleich zieht. Ähnlich ging es einem Landwirt aus Eggersdorf, der für 2½ Zentner Hafer bei einem Großhandelspreis von 200 Millionen Mark den Riesenbetrag von 52 000 Mark ausbezahlt erhielt.

Nürnberg. (Die Preissteigerungskatastrophe.) Die ungeheuren Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt haben laut „Bayer. Volkszeitung“ auf dem hiesigen Samstagmarkt eine förmliche Panikstimmung ausgelöst. Alte Leute, die mit einem irrsinnig anmutenden Lachen von den Ständen wegeilten, Frauen, die immer wieder mit aufgeregten Fingern ihr vieles Papiergeld zählten, das trotzdem nicht reichen wollte, und überall verzweifelte, angstvolle, ratlose Gesichter, das war die Grundstimmung. Die Marktpolizei hatte bei Verkaufsbeginn mit allen Händen zu tun, um die teilweise ungeheuerlich hoch einsetzenden Preise wenigstens etwas zu drücken. Aber trotz des Eingreifens der Marktaufsicht blieben die Preise für die wichtigsten Lebensmittel so hoch, daß sie für einen großen Teil der Verbraucher schlechthin unerschwinglich waren.

Würzburg. (Nachspiel einer Kommunistenversammlung.) Die von den Kommunisten in Heidingsfeld Ende August geplante, aber dann verbotene Versammlung fand ein Nachspiel am Schöffengericht. Damals war eine Abteilung Landespolizei nach Heidingsfeld beordert worden, deren Eingreifen zu unliebsamen Auftritten mit den Bewohnern von Heidingsfeld führte. Acht Einwohner von dort, darunter der 2. Bürgermeister Balling, wurden wegen Beleidigung der Landespolizei angeklagt. Sie widersprachen aber alle der Anklage und erklärten, daß das Auftreten der Landespolizei nicht nötig gewesen wäre. Bürgermeister Balling wandte sich dagegen, daß die Mehrzahl der Bevölkerung von Heidingsfeld kommunistisch sei. Das Urteil billigte Balling Wahrung berechtigter Interessen zu und lautete auf Freisprechung. Von den übrigen Angeklagten wurden fünf zu je 10 Millionen Geldstrafe, zwei zu je einer Woche Gefängnis verurteilt, ihnen aber Bewährungsfrist zugebilligt, wenn sie binnen einer Woche je 20 Millionen an die Kinderfürsorge in Würzburg bezahlen.

Briefkasten

K. Bödicker, Hörde. Betrag M. 1 000 000 vom 1. Oktober erhalten und als Pressespende verbucht. Herzlichen Dank, treudeutschen Gruß.

H. G. Wien, 2. Bez.-Geb.-Rest für September Kö. 25 000.— und Bez.-Geb. für Oktober Kö 30 000.— Ges.-Summe Kö. 55 000.— erbeten bis zum 1. Okt. in 3 Raten zu bezahlen. Treudeutschen Gruß.

Fritz Sp . . . h. in Furth a./W. Besten Dank für die Spende. Deutsche Grüße.

J. A. Krischke: Mp. 250 000.— erhalten; die beiden Konti sind somit f. Oktober ausgeglichen. Doll. 100 000.— als Spende verbucht. Herzlichen Dank und treudeutschen Gruß!

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Bekanntmachung

Der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt ab 1. Oktober 1923 bis auf weiteres 20 Goldpfennig (Mindestbeitrag).

Die Berechnung erfolgt jeweils für den laufenden Monat nach der am 1. jedes Monats amtlich bekanntgegebenen Inderzahl, und zwar für Oktober nach dem folgenden Schema, unter Aufrundung zur vollen Million.

10 Pfg.	× 38,095,238	= 3,809,523,80	rund	4 Mill.
20 „	× 38,095,238	= 7,619,047,60	„	8 „
30 „	× 38,095,238	= 11,428,571,40	„	12 „
50 „	× 38,095,238	= 19,047,619,00	„	20 „
100 „	× 38,095,238	= 38,095 238,00	„	39 „

Die vorhandenen Mitglieds- und Werbebeitragsmarken werden ohne Überdruck zu folgendem Nennwert ausgegeben:

Mitgliederbeitragsm. m. Aufdr.	100 Mk. =	10 Goldpfg.	orange
„ „ „	200 „ =	20 „	rot
„ „ „	300 „ =	30 „	gelb
„ „ „	500 „ =	50 „	grün
„ „ „	1000 „ =	100 „	blau
Werbemarken mit Aufdr.	200 Mk. =	20 Goldpfg.	gelb
„ „ „	300 „ =	30 „	rot
„ „ „	500 „ =	50 „	blau
„ „ „	1000 „ =	100 „	grün

Für geringere als oben angegebene Beträge können Quittungsmarken nicht ausgegeben werden, nachdem solche nicht vorhanden sind.

Die Belastung der Ortsgruppen erfolgt wie bisher, mit 20 Prozent aus der runden Summe, welche sich bei Abrechnung am 1. jeden Monats ergibt.

In letzter Zeit wird aus den Reihen der Mitglieder des öfteren gemeldet, daß ohne Quittungsmarken einkassiert wird. Es wird im eigenen und im Interesse der Partei dringend darauf aufmerksam gemacht, daß Mitglieds- und Werbebeiträge nur gegen Quittungsmarken ausgezahlt werden dürfen. Personen, welche vorgeben, zur Entgegennahme von Beiträgen berechtigt zu sein und nicht im Besitze der von der Partei ausgegebenen Quittungsmarken sind, sind sofort namentlich festzustellen und der Partei bekanntzugeben.

Bei Nachzahlung rückständiger Beiträge ist für sämtliche Monate der für Oktober bestimmte Mindestsatz von 8 000 000 M. zu entrichten. Bei Nachweis von Zahlungsunfähigkeit kann bei der Geschäftsleitung der Partei sowie bei den Ortsgruppen und Sektionsvorständen auf Erlaß der Beitragsverpflichtung für bestimmte Zeit beantragt werden.

Für den Finanzausschuß:
J. Singer.

*

Sektionsversammlungen

Mittwoch, den 17. Oktober:

Sektion Westend: Sprechabend im Nebenzimmer des Spatenkellers, Theresienhöhe.
Sektion Schwabing: Sprechabend im Gasthaus „Arcisgarten“, Ecke Arcis-Schellingstraße.

Donnerstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, Vereinsabend im Hackerbräu (Rokokosaal), Ecke Sendlinger-Hackenstr., Bunter Abend.

Den Schifreunden die erfreuliche Mitteilung, daß es uns gelungen ist, eine Schihütte zu mieten. Eine zweite steht in Aussicht. Wir bitten alle, die Einrichtungsgegenstände usw., hauptsächlich Rupfen für Strohsäcke und Decken, zur Verfügung stellen können, sich am Vereinsabend oder in der Geschäftsstelle, Hermann Mayer, Mailingerstr. 15, zu melden.

Besonders werden für Donnerstagabend die Schifahrer eingeladen, zwecks Besprechung des Arbeitsdienstes auf der neuerworbenen Schihütte.

Abfahrt zur Arbeit Sonntag, früh 4,57 Uhr, nach Neuhaus.

Heil!

Der Ausschuß.

Am Sonntag, den 21. Oktober 1923, vormittags 10 Uhr

Wiederholung

der Morgenaufführung im Gärtnerplatztheater des nationalsozialistischen Dramas

„Heilig' Land“

(Ein Schicksal der Zeit)

in [illegible] und zwei Zwischenszenen, veranstaltet von der Gruppe „Bühne und Film“ in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Spielleitung und Darstellung von den Mitgliedern der Gruppe „Bühne und Film“. Der Ertrag fließt der Bewegung zu. Vorverkauf ab Dienstag, den 16. ds., täglich zwischen 12 und 2 Uhr nur in der Geschäftsstelle, Corneliusstraße 12.

An alle Parteiangehörigen sowie an die Vaterländischen Kampfverbände ergeht hiermit Einladung.

Handel, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Das sogenannte „neue“ Geld

Die Tel.-Union meldet aus Berlin: „Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung die Errichtung einer deutschen Rentenbank beschlossen. Die Papiermark bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel. Neben der Papiermark ist in der von der Deutschen Rentenbank ausgegebenen Rentenmark ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden wird.

Die Rentenbank ist gesichert durch auf Goldmark lautende erststellige Grundschulden auf den gesamten deutschen Grundbesitz und erstrangige Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken. Sie ist jederzeit einlösbar gegen verzinsliche Goldrentenbriefe.

Es darf mit Zuversicht erwartet werden, daß das neue Zahlungsmittel, das in seiner Eigenschaft das Höchstmaß bietet, im Verkehr mit uneingeschränktem Vertrauen aufgenommen werden wird.

Die Deutsche Rentenbank wird von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes und der Bankwelt errichtet werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind aus führenden Kreisen der gesamten deutschen Wirtschaft bereits gewählt. Der Auftrag zur Anfertigung der Rentenbankscheine, die die Unterschrift dieser Personen tragen werden, ist erteilt worden. Die Deutsche Rentenbank wird dem Reiche Zahlungsmittel im Betrage von 1,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung stellen. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Rentenmark wird die Reichsbank die Diskontierung von Schatzanweisungen des Reiches einstellen. Dadurch wird die Inflationsquelle der Papiermark geschlossen und für die Reichsbank die Bahn zur Wiedergewinnung ihrer Eigenschaft als eine wahre Goldnotenbank freigemacht.

Die Rentenmark wird in einigen Wochen im Verkehr erscheinen. Um baldmöglichst viele wertbeständige Zahlungsmittel in Verkehr zu bringen, hat die Reichsregierung außerdem die Ausgabe von kleinen Stücken der Goldanleihe (1, 2 und 5 Dollars) bis zum Betrage von 200 Millionen Goldmark beschlossen. Damit nicht auf die Dauer zuviel verschiedenartige Zahlungsmittel im Verkehr bleiben, ist das Reich bereit, im Laufe des Januar des nächsten Jahres die kleinen Goldanleihescheine auf Wunsch in Rentenmark umzutauschen. Wer die Goldanleihe als Anlagepapier behalten will, wird hieran selbstverständlich nicht gehindert werden.

Diese von der Reichsregierung gestern beschlossenen Maßnahmen sind eine Zwischenstufe zur endgültigen Lösung der Währungsfrage, die nur in der Rückkehr zur Goldwährung bestehen kann. Voraussetzung jeder endgültigen Regelung unserer Verhältnisse ist neben der Klärung der außenpolitischen Lage die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Ordnung im Innern. Dafür sollen das Ermächtigungs- und das Arbeitszeitgesetz die Grundlagen bilden. Auf dem Boden des Ermächtigungsgesetzes ist bereits die Umstellung der Steuern auf Goldberechnung erfolgt. Die Demobilmachungsverordnung ist zwecks Befreiung der Wirtschaftskraft von Hemmungen geändert und die Grundzüge für durchgreifende Einschränkung der Ausgaben geschaffen.

Auf dieser Bahn wird die Reichsregierung fortfahren.“

Weitere Meldungen besagen: „Das neue Geld der Rentenbank soll den Namen Rentenmark führen. Die Scheine werden in Höhe von 1, 2, 3, 5, 10, 50, 100 und 1000 Mark ausgegeben. Mit dem Druck ist bereits begonnen worden. Die kleineren Stücke in Pfennigen werden geprägt und zwar in einer Mischung von Aluminium und Messing. Für diese Scheidemünzen sind die Platten bereits fertiggestellt, so daß man annehmen kann, daß das neue Geld in der ersten oder zweiten Novemberwoche in Umlauf kommt.

Die neue Rentenbank wird als Leiter einen Präsidenten erhalten, der zur Zeit noch nicht ernannt ist. Der Verwaltungsrat, der aus 14 Mitgliedern besteht, setzt sich folgendermaßen zusammen: Landwirtschaft: Röficke, Diedtrich, Heim, Crone, Hilger, Gennes und Brandes. Industrie: Sorge, von Siemens und Bücher. Großbanken: Urbig, Wassermann. Groß- und Kleinhandel: Keinath, Grünfeld.

Außer diesem Verwaltungsrat soll ein Aufsichtsrat von 36 Mitgliedern eingesetzt werden. Die Errichtung der Rentenbank selbst soll noch diese Woche erfolgen. Als Gründer tritt der aus 36 Mitgliedern bestehende Aufsichtsrat, dem lauter bekannte Persönlichkeiten aus Kreisen der Wirtschaft mit Ausnahme des Handwerksstandes angehören, in Erscheinung. Die Vertreter des Handwerks hatten keine Neigung, sich anzuschließen. Die Deckung besteht in einer Hypotheleintragung auf das gesamte Besitztum. Als Grundlage wird der Betrag von 3,2 Milliarden Goldmark angenommen. Die Hypothek wird in Höhe von 4 Prozent des auf 40 Milliarden Goldmark eingeschätzten landwirtschaftlichen Grundbesitzes eingetragen. Das sind 1,6 Milliarden Goldmark. Den gleichen Betrag setzt man für die Industrie. Die Einsetzung des städtischen Grundbesitzes ist noch nicht erfolgt.“

Zu diesen amtlichen Auslassungen ist einiges Grundsätzliche zu bemerken. Die Regierung bezeichnet charakteristischerweise die Lösung der Währungsfrage selbst als Zwischenlösung. Besonders in Hinsicht auf die Beibehaltung der Papiermark als gesetzliches Zahlungsmittel für die weitesten Volkskreise und der Aufnahme von Grundschulden auf den gesamten deutschen Grundbesitz wird diese sogenannte Zwischenlösung äußerst mißtrauisch aufgenommen werden müssen.

Daneben verspricht Dr. Luther Behebung des Inflationismus durch Einstellung der Schatzanweisungsdiskontierung. Daß aber auch die Rentenmark der Entwertung von vornherein ausgesetzt sein wird, ist stillschweigend zugegeben. Die „endgültige Regelung“ soll von einer Besserung der inner- und außerpolitischen Lage erwartet werden. Das glauben wir ja auch, glauben aber andererseits, daß das Pfändersystem das Ermächtigungsgesetz und die Stinnesforderungen ganz auf der Linie der bisherigen Entwicklung weitertreiben wird.

Von dem dreistöckigen Währungsgebäude Hilferding-Helfferich-Minoux sind also Reste erhalten geblieben. Die hypothekarischen Eintragungen auf das gesamte deutsche Besitztum mit einer Grundlage von 2,3 Milliarden Goldmark hatte Minoux (unter dem Decknamen Pilot in seiner Schrift „Deutschlands Not und Rettung“) seinerzeit in ähnlicher Form gefordert. Der deutsche Grund- und Immobilienbesitz aller Art sollte an erster Stelle mit einer Hypothek zugunsten des Reiches in Höhe von 10 Milliarden belastet werden.

Jetzt werden auf den landwirtschaftlichen Besitz, der sich, nach dem Wehrbeitrag geschätzt, auf 40 Milliarden belaufen soll, 4 Prozent in Höhe von 1,6 Milliarden eingetragen. Die Industrie soll mit dem gleichen Betrag gepfändet werden. Diese Verpfändung des immobilen Privatbesitzes hätte nur dann eine innere Berechtigung, wenn ihre Nutzbarmachung einer ausschließlich völkischen Wirtschaftsordnung zugute käme. Als Grundlage und Verhaftung für eine Währung, die dem internationalen Inflationismus genau so ausgesetzt sein wird, wie die Papiermark, muß sie bedingungslos abgelehnt werden. Abgesehen davon wird, wenn ein Entwertungsprozeß auch die neue Rentenmark erfassen sollte, (was die Regierung nicht einmal in Abrede zu stellen wagt), die Belastungsgrenze jederzeit über den geplanten Prozentsatz gesteigert werden können. Die Versuchung dazu liegt unmittelbar am Wege des Währungsgesetzes.

Die Rentenmark wird vom Inflationismus nicht verschont bleiben. Sie ist ebenso wie die „Mandats territoriaux“ durch Immobiliendeckung nur auf kurze Sicht und unter progressiver Sachwertbelastung zu halten.

Daneben wird die Rentenbank ebenso wie die unter Hilferding geplante Währungsbank (die wir damals das Grab der deutschen Wirtschaft nannten) nicht etwa dem Reich gehören, sondern ein Privatinstitut mit Verwaltungsratskollegium und Aufsichtsrat sein. „Hervorragende und vertrauenswürdige Persönlichkeiten“ aus Landwirtschaft, Industrie, Großbankkreisen und Großhandel werden die Privatinteressen der Rentenbank betreuen und für das Gedeihen des Betriebes garantieren. Über das Verhältnis der Rentenbank zur Reichsbank und zur Reichsfinanzverwaltung erwartet das Volk noch nähere Bestimmungen. Aus den bisherigen Veröffentlichungen geht daraus aber auch nicht das geringste hervor.

Das Bezeichnendste der Neuregelung unserer Währung ist, daß für den Lohn- und Gehaltsempfänger, für alle nicht goldkreditfähigen Kreise in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft alles beim alten bleibt. Die Papiermark wird weiter bestehen bleiben und soll — man höre — der Entwertung entzogen werden. Der Grund für den Inflationismus der Papiermark liegt, wie männiglich bekannt, in der Schatzwechselwirtschaft der Reichsbank. Durch Auslassen der Wechseldiskontierung soll diese Quelle der Währungsverwässerung zum Versiegen kommen. Dabei hat, nebenbei bemerkt, der Reichstag vor kurzem einen Nachtragsetat von 560 000 Billionen zum Zweck der Schatzwechseldiskontierung bewilligt. Wer lacht da . . .?

Das ist die Quintessenz der Währungsreform: die breiten Volksschichten werden nach wie vor auf die Papiermark als einziges Zahlungsmittel angewiesen sein und bleiben. Der Großhandel aber und die Großindustrie wird zugunsten der für sie reservierten Rentenmark die Sachwertbelastung im Sinne der internationalen Wirtschaftsverfilzung ausschlachten können. Zwischen der Papiermark und der Rentenmark bestehen keine inneren Beziehungen, die Markflucht wird in ihrem Tempo immer mehr beschleunigt werden.

Für die Börse wieder ein Grund zu einer „Entwertungshausse“, die am letzten Börsentag mit stürmischer Heftigkeit einsetzte. So hat doch die Währungsreform ein Gutes!

Zugegebenermaßen sieht sogar die Regierung die einzige Voraussetzung für eine Reform der Währung in der „Klärung der außenpolitischen Lage, in der Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Ordnung im Innern.“

Dies offene Geständnis der praktischen Unwirksamkeit aller Sanierungsmaßnahmen unter dem Druck des Marxismus und des Versailler Tributdiktates läßt es um so merkwürdiger erscheinen, daß man trotzdem (oder gerade deswegen?) das ganze deutsche Hab und Gut kaltlächelnd in dieses Herengebräu wirft.

Es wird in der Hitze des Auflösungsprozesses bis zur Unkenntlichkeit verbrüht werden ohne unserem Volk von Nutzen zu sein. Aber das soll ja wohl der Zweck dieser Übung sein — oder nicht?

Einzelheiten der neuen Währungsbank

Der Entwurf der neuen Rentenbank enthält noch folgende Einzelheiten: Nach § 95 ist die Bank frei von allen Steuern. Nach § 6 sollen zur Kapitalbildung der Rentenbank alle landwirtschaftlichen Grundstücke herangezogen werden, die der Landabgabe unterliegen, und zwar in der Höhe von 4% der Veranlagung zum Wehrbeitrag. Die Grundschuld entsteht kraft Gesetzes ohne Eintragung; sie kann aber eingetragen werden. Sie lautet auf Goldmark und ist mit 6% zu verzinsen, und zwar erstmals am 1. April 1924. Zinsen und Kapital werden nach Goldwert zur Zeit der Zahlung berechnet. Bei verpachteten Grundstücken haften Pächter und Verpächter solidarisch; grundsätzlich der Pächter mit drei Vierteln, der Eigentümer mit einem Viertel, doch sind hier besondere Möglichkeiten eines Ausgleiches vorgesehen. § 9 regelt das Verfahren für die nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke, entsprechend der Vorlage, die dem Reichstag bereits vorliegt. Die Umlegung der Belastung für die einzelnen Betriebe ist den Landesfinanzämtern übertragen, nicht wie ursprünglich vorgesehen war, den Finanzverbänden. Die Rentenbriefe werden ausgegeben in Höhe von 500 Goldmark oder dem Vielfachen desselben Betrages. Sie sind mit 5% verzinsbar und nach 5 Jahren kündbar. Die Bank darf Rentenbriefe ausgeben nur soweit sie durch Grundschuld gedeckt sind. Die Rentenbriefe ihrerseits wieder bilden die Deckung für die Rentenbankscheine. Die Rentenbankscheine sind aber jederzeit gegen Rentenbriefe von der Bank einzulösen.

Nach § 16 darf die Bank Geschäfte nur mit dem Reich, der Reichsbank, machen; sie ist verpflichtet, der Reichsbank ein mit 6% verzinsliches Darlehen in Höhe von 1,2 Milliarden Goldmark zur Verfügung zu stellen. Ein Darlehen in derselben Höhe kann sie auch an die Privatwirtschaft geben. In Anrechnung auf die 1,2 Milliarden hat die Bank sofort ein zinsloses Darlehen von 300 Millionen Goldmark der Reichsbank zur Ablösung der schwebenden Schuld zu geben. Nach § 19 geht der Reingewinn zu 40% an ein Tilgungskonto. Sobald das Darlehen von 300 Millionen Mark gedeckt ist, wird dieser Prozentsatz auf 30 zurückgesetzt. Der Rest wird benutzt, um den Anteilseignern eine Verzinsung von 6% zu gewähren. Falls dann noch ein Überschuß verbleibt, geht er wieder an das Tilgungskonto. Die Reichsbank darf Schatzanweisungen des Reiches nicht mehr diskontieren. Nur diejenigen Schatzanweisungen dürfen honoriert werden, die durch den Betrag von 300 Millionen nicht gedeckt sind. Eine Vermehrung des Papiergeldes ist also künftig ausgeschlossen. Die Wertbemessung der Papiermark soll dem freien Verkehr überlassen bleiben; dagegen hat sich das Reich das Recht vorbehalten, bei gegebener Zeit zu denominieren, um aus der Nullenwirtschaft herauszukommen.

Viel Glück

Über die Interventionstätigkeit am Devisenmarkt berichtet man, daß für diesen Zweck dem Reichsfinanzministerium auch Devisen zur Verfügung stehen, die auf Grund der Verordnung vom 25. August an das Reich abzuliefern sind. Aus diesen Devisenablieferungen, die man bisher auf etwa 100 Millionen Goldmark schätzen dürfte, habe das Reich in den Tagen der jüngsten Intervention geschöpft. Wie das Blatt weiter bemerkt, ist mit einer durchaus genügenden Versorgung der intervenierenden Stellen für Devisen zu rechnen, zumal sich der Devisenbegehr in verhältnismäßig bescheidenem Rahmen bewegte.

Preußische Landespfandbriefanstalt

Der preußische Landtag hat in zweiter und dritter Lesung beschlossen, die Beteiligung des preußischen Staates am Grundkapital der Anstalt von 250 Millionen auf 100 Milliarden und den diesem Institute gewährten Zwischenkredit von 3 auf 5000 Milliarden zu erhöhen.

Wirtschaftsrundschau

Die „Überlastete“. Wie man hört, führt die Überlastung der Reichsbank mit den laufenden Arbeiten dazu, daß sie für die Dauer eines halben Jahres die Eröffnung neuer Girokonten eingestellt hat.

Das alte Lied. Der norwegische Staat hat eine innere Anleihe von 150 Millionen Kronen aufgenommen, deren Erlös zum großen Teil zur Tilgung schwebender Schulden verwendet werden soll.

Die Verausländerung deutscher Unternehmungen. Die Weag, Stuttgart, hat zum Ausbau der Strubklammanlage, die eine natürliche Ergänzung des von ihr auf 40 Jahre gepachteten, 1913 in Betrieb gesetzten Wiestalkraftwerkes und Städt. Elektrizitätswerkes der Stadt Salzburg bildet, eine 7 v. H. 120 000 Pfund Sterling tilgbare Anleihe aufgelegt. Die ganze Anleihe ist von der der Weag nahestehenden Bankgruppe bereits fest übernommen. Für sie hat das englische Bankhaus John Henry Schröder u. Co., London, die Treuhänderschaft übernommen. Dies dürfte wohl die erste englische Treuhänderschaft für eine deutsche Industrieanleihe darstellen.

Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet. Wie bereits berichtet wurde, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmne getroffen, um die schweren Folgen der neuesten Markentwertung für die besonders bedürftigen Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch für die Erwerbslosen abzumindern. Dabei wurde für die Erwerbslosen im besetzten Gebiet nach eingehender Erörterung mit den Vertretern der beteiligten Länder und der preußischen Regierungspräsidenten Nachfolgendes angeordnet: In der Woche vom 15. bis 20. Oktober sollen die Erwerbslosen des besetzten Gebietes neben etwaigen Schlußzahlungen, die noch für die Periode vom 10. bis 16. Oktober zu leisten sind, Vorschüsse auf diejenigen Unterstützungssätze erhalten, welche vom Reichsarbeitsministerium am 18. Oktober für die Kalenderwoche vom 15. bis 20. Oktober festgesetzt werden. Diese Vorschüsse dürfen die folgenden Beträge nicht übersteigen: Das Dreifache der Hauptunterstützung und das Doppelte der Familienzuschläge, wie sie in der Periode vom 10. bis 16. Oktober im unbesetzten Teile Deutschlands gelten. Die Vorschüsse können in ihrem halben Betrage bereits in der ersten Hälfte der Woche ausgezahlt werden. Die Schlußzahlungen für die Woche vom 15. bis 20. Oktober sind mindestens am 23. Oktober zu leisten. Von da an sind die Gemeinden bis auf Widerruf ermächtigt, in der Mitte jeder Woche einen Vorschuß auf die Unterstützungssätze dieser Woche zu leisten, der die Sätze der vorhergehenden Woche nicht übersteigen darf. Die Schlußzahlung ist dann jedesmal bis zum Dienstag der folgenden Woche zu entrichten.

Die österreichische Eisenerzeugung. Die Eisen- und Stahlerzeugung Österreichs ist im zweiten Quartal 1923 bedeutend gestiegen. Die sogenannte „Ruhrkonjunktur“ war in erster Linie für die Produktionssteigerung von Einfluß. Nach der Statistik des Montanvereins stellte sich die Roheisenerzeugung im zweiten Quartal 1923 auf 93 387 To. (gegen 73 691 To. im ersten Quartal laufenden Jahres). Die Roheisenerzeugung im ersten Halbjahr 1923 hat die vorjährige Erzeugung (im Jahre 1922 wurde im zweiten Quartal die höchste Produktion erzielt) noch um rund 7000 Tonnen übertroffen. In der Stahlindustrie ist im zweiten Quartal 1923 besonders die Erzeugung von Martinsstahl erheblich gestiegen. Es waren 32 Martinsöfen im Betrieb gegen 18 im ersten Quartal laufenden Jahres. Die Gesamterzeugung an Stahl betrug im zweiten Quartal 1923 133 360 To., gegen 90 317 To. in den ersten drei Monaten 1923. Auch die Erzeugung an fertiger Walz- und Schmiedeware zeigt gegenüber dem ersten Quartal eine bedeutende Zunahme. Es wurden im zweiten Quartal 1923 99 828 To. erzeugt, gegen 70 167 To. in den ersten drei Monaten 1923. Im zweiten Quartal 1923 war die Erzeugung um rund 9000 To. höher als in der gleichen Vorjahrszeit. Eine bedeutende Steigerung der Produktion war insbesondere in Stabeisen zu verzeichnen, von dem im zweiten Quartal laufenden Jahres 41 326 To. erzeugt wurden, gegen 29 556 Tonnen in den ersten drei Monaten. Die Schienenproduktion stieg von 5003 To. auf 17 467 To., die Blecherzeugung von 7479 To. auf 15 938 To.

Internationaler Inflationismus. In Dänemark, wo man seit Wochen über Maßnahmen zur Stabilisierung des Kurses der dänischen Krone berät, wird jetzt die Schaffung eines besonderen Währungsfonds vorgeschlagen. Man will dazu unter Garantie des Staates, der Nationalbank und der übrigen Banken eine Anleihe von 5 Millionen Pfund Sterling aufnehmen.

Die Höhle des Löwen. Unter den in Moskau auf der landwirtschaftlichen Ausstellung vertretenen ausländischen Firmen errangen die deutschen den größten Umsatz. Die von der Wolffgruppe gebildete russisch-deutsche gemischte Aktiengesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Waren für 10 Mill. Goldrubel eingeführt und ausgeführt.

Umsatzsteuerkurse für nicht notierte ausländische Zahlungsmittel. Die Umsatzsteuerausfuhrkurse für nicht an der Berliner Börse notierte ausländische Zahlungsmittel für den Monat September 1923 sind wie folgt festgesetzt worden (Durchschnittskurs in Tausend Mark): Estland: 1 estnische Mark 200; Griechenland: 1 Drachme 1700; Lettland: 1 Lat 19000, 1 lettischer Rubel 370; Litauen: 1 Litas 9000; Luxemburg: 1 Frank 4700; Polen: 100 polnische Mark 30; Rußland: 100 Zarenrubel 1,9, 100 Dumarubel 0,38, 1 Sowjetrubel, Ausgabe 1923 150, 1 Tscherwonze 450000; Türkei: 1 türkisches Pfund 55000; Ägypten: 1 ägyptisches Pfund 440000; Britisch-Ostindien: 1 Rupie 29000; Britisch-Straits-Settlements: 1 Dollar 50000; Britisch-Hongkong: 1 Dollar 49000; China-Shanghai: 1 silberner Tael 66000; Persien: 1 Silberkran 7800; Argentinien: 1 Goldpeso 70000; Kanada: 1 Dollar 92000; Chile: 1 Peso 12000; Mexiko: 1 Peso 44000; Peru: 1 peruanisches Pfund 390000; Uruguay: 1 Peso 70000.

Außenhandel Amerikas. Nach einer Washingtoner Meldung betrug die Einfuhr im September 255 Mill. Dollars (275 im August 1923 und 232 Sept. 1922), darunter 27,80 Mill. Dollar Gold, 8,53 Mill. Dollar Silber. Die Ausfuhr stellte sich im September auf 381 Mill. Dollar (August 1923: 313, Sept. 1922: 317 Mill. Dollar). Goldexport 1 024 000 Dollar, Silberexport 8 123 000 Dollar.

Lohnabzugstabellen. Die Pössenbachersche Verlagsanstalt, München, Herzogspitalstr. 19, gibt eine allwöchentlich am Donnerstag erscheinende „Lohnabzugstabelle“ heraus, in welcher alles Wissenswerte über Ortskrankenkassenbeiträge Invalidenbeiträge, Steuerabzüge zusammengestellt ist. Damit werden Unklarheiten, die durch wöchentliche Änderung der Sätze und durch widersprechende Bekanntmachungen entstehen, beseitigt. Die Tabelle ist heute ein unentbehrliches Hilfsmittel und bietet in ihrer Zusammenstellung neben Zeitersparnis Schutz vor Irrtümern und damit vor geldlichen Verlusten. Preis M. 0,25 Grundzahl mal Buchhändlerschlüsselzahl.

Preisbewegung

Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat die Schlüsselzahl für den Novemberpostbezugspreis auf 3300 festgesetzt.

Der Börsenverein Deutscher Buchhändler hat infolge der weiteren Verteuerung der Produktionskosten seine Schlüsselzahl mit Wirkung vom 16. Oktober ab auf 1100 Millionen festgesetzt.

Der Branntwein-Ausfuhrpreis wurde vom 15. Oktober ab auf 33 Milliarden Mark für 100 Liter Weingeist festgesetzt.

Die Schlüsselzahl zur Arzneitaxe beträgt ab 14. Oktober für Arzneimittel und Gefäße 9 600 000, für das besetzte Gebiet 12 900 000, für Arbeitsvergütung 1 100 000.

Die Vereinigten Hochspannungsisolatorenwerke in Berlin haben ab Montag, 15. Oktober, die Goldpreise um 15 Prozent ermäßigt.

Warenmarkt

Bayerische Häuteauktion in Frankfurt a. M. In den letzten Tagen wurden in Frankfurt a. M. die bayerischen Gefälle an Großviehhäuten versteigert. Es wurde bezahlt in Goldmark: Kühe mit Kopf bis 49 Pfd. 1,06 bis 1,22½, 50—59 Pfd. 1,22½—1,35, 60—79 Pfd. 1,27¼—1,38¼, 80—99 Pfd. 1,17¾—1,23; Rinder mit Kopf bis 29 Pfd. 1,84¼, 30—49 Pfd. 1,57—1,62¼, 50—59 Pfd. 1,35¾—1,46, 60—79 Pfund 1,36—1,53¼, 80—99 Pfd. 1,38½; Ochsen m. K. bis 29 Pfd. 1,65, 30—49 Pfd. 1,34½—1,59, 50—59 Pfd. 1,30—1,38¼, 60—79 Pfund 1,28¾—1,35, 80—99 Pfd. 1,11¼—1,18¼, 100 aufwärts 0,92½—1,10; Bullen m. K. 1,70½, 30—49 Pfd. 1,26½—1,43, 50—59 Pfd. 1,05¾—1,14, 60—79 Pfd. 0,97½—1,16¼, 80 bis 99 Pfd. 0,86—0,97¾, 100 Pfd. aufwärts 0,70 bis 0,79. — Kühe ohne Kopf bis 49 Pfd. 1,12—1,17¼, 50—59 Pfd. 1,17¾—1,25, 60—79 Pfund 1,25½—1,26¾, 80—99 Pfd. 1,15; Rinder o. K. bis 29 Pfd. 1,85¼, 30—49 Pfd. 1,62—1,72¼, 50—59 Pfd. 1,25¼, 60—79 Pfd. 1,25—1,30½; Ochsen o. K. bis 29 Pfd. 1,70¼, 30—49 Pfd. 1,47½, 50—59 Pfd. 1,31½, 60 bis 79 Pfd. 1,30—1,33¾, 80—99 Pfd. 1,18¼, 100 Pfund aufwärts 1,18¼; Bullen o. K. bis 29 Pfd. 1,76, 30—49 Pfd. 1,36—1,44½, 50 bis 59 Pfd. 1,10½—1,19¾, 60—79 Pfd. 1,00—1,18½. Roßhäute bis 220 cm 19,20; über 220 cm 30,30; Schuß 21,00; Fohlenhäute bis 150 cm 4,10. — Kalbfelle m. K. bis 9 Pfd. 1,45 bis 1,56¼; über 9 Pfd. 1,47¾—1,57; do. o. K. bis 9 Pfd. 1,58½—1,63½; über 9 Pfd. 1,42 bis 1,52; verschiedene Kalbfelle 0,56. Fresser mit Kopf 0,85¼, Fresser o. K. 0,95¼, Fresser-Schuß 0,40. — Schaffelle, vollwollig 0,30, halbwollig 0,27½. — Der Verkauf der Kalbfelle ging flott von statten, bei Schaffellen dagegen erfolgten die Gebote schleppend.

Berlin, 16. Okt. (Produktenbericht.) Am Produktenmarkte kam es nicht zu lebhafteren Umsätzen. Nach dem Westen wird der Abzug von Ware durch die Erhöhung der Eisenbahnfrachten erschwert. Das Inlandsangebot war klein. Die Preisforderungen lauteten meist höher, als man hier zu bewilligen geneigt ist. Die Reichsgetreidestelle sucht weiter Ware zu kaufen. Roggenmehl war dringend gefragt, da die Bäcker jetzt selbst für die Deckung ihres Mehlbedarfs zu sorgen haben. Weizenmehl, und infolgedessen auch Weizen, hatte ruhigen Verkehr. Gerste und Hafer, sowie Futtermittel waren still.

Berlin, 16. Okt. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen Märkischer 7900—700, Roggen Märk. 6500—6750, Sommergerste Märk. 6500—7000, Hafer Märk. 5000—5200, Weizenmehl 20—24 500, Roggenmehl 18—22 500, Weizen- und Roggenkleie 2200—2300, Raps 12—13 000, Viktoriaerbsen 19—20 000, kleine Speiseerbsen 13—15 000, Wicken 4500—5000. — Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 390—400, Haferstroh 260—280, gebündeltes Roggenlangstroh 180—200, Heu gutes 300—350, Heu handelsüblich 250—300.

Berliner Metalle

Berlin, den 15. Oktober 1923

Raffinadekupfer	1360—1380
Originalhüttenweichblei	580—600
Hüttenrohzink im freien Verkehr	720—740
Originalhüttenrohzink	— —
Plattenzink	580—600
Originalhüttenaluminium	2600—2800
Hüttenaluminium in Walzen	— —
Bankazinn	4600—4800
Straitszinn	4600—4800
Australzinn	4600—4800
Hüttenzinn	4300—4500
Reinnickel	2600—2800
Antimon	600—620
Silber	95000—100000
Elektrolytkupfer	— —

Die Ziffern gelten in Millionen

Kurse

Berlin, 16. Okt. (Börsenbericht.) Angesichts der Erwägungen hinsichtlich der in Angriff genommenen Währungssanierung machte sich vormittags im Devisenfreiverkehr allgemeine Zurückhaltung geltend. Umsätze fanden fast gar nicht statt. Die Kurse hielten sich ungefähr auf dem Stand von gestern Abend. Erst am Mittag machte sich eine kleine Neigung zur Abschwächung bemerkbar. Die amtlichen Notierungen stellten sich aber immer noch höher als die gestrigen, und später bewegten sich die Preise wieder aufwärts, da im Gegensatz zu gestern für London, Neuyork und Amsterdam wieder Repartierungen vorgenommen wurden. Devisen London wurden mit 22 Milliarden und Neuyork mit 4,5 Milliarden genannt. Das Geschäft in Goldanleihe und in Dollarschatzanweisungen gestaltete sich ziemlich lebhaft unter Anpassung an die Devisenschwankungen.

Der Dollar

4 089 750 000 G 4 110 250 000 B

Zürich, 16. Okt. (Devisenkurse, ohne Gewähr). Holland 218.60, Berlin unnotiert, Wien 0,0078½ Prag 16.65, Paris 34.15, London 25.55, Italien 25.30, Brüssel 29.50, Budapest 0.0307½, Neuyork 5.57¼, Agram 6.55, Warschau 0.0006, Kopenhagen 98⅛, Stockholm 147⅜, Christiania 86⅛, Madrid 75¼, Buenos Aires 179.—, Sofia 5.45.

Berlin, den 16. Oktober 1923. Devisen-Kurse.

	16. 10. Geld	16. 10. Brief	15. 10. vor. Geldk.
Amstd.-Rd. 1 Fl.	1596000000	1604000000	1476300000
Buen. Air. 1 Pes.	1296750000	1303250000	1197000000
Christiania 1 Kr.	628425000	681575000	588525000
Kopenhagen 1 Kr.	718200000	721800000	664335000
Stockholm 1 Kr.	1073310000	1078690000	991515000
Helsingf. 1 f. M.	108727500	109272500	100747500
Italien 1 Lira	184537500	185462500	171570000
London 1 Pfd. St.	18453750000	18546250000	16957500000
New-York 1 Dollar	4089750000	4110250000	3750600000
Schweiz 1 Frcs.	730170000	733830000	674310000
Spanien 1 Pes.	553612500	556387500	508725000
Japan 1 Yen	1995000000	2005000000	1870312500
Rio 1 Milreis	379050000	380950000	354112550
Wien 100 Kr.	57057	57343	52668
Prag 1 Kr.	124687500	125312500	111720000
Agram 1 Dinar	48378750	48621250	44388750
Budapest 1 Kr.	219450	220550	199500
Sofia 1 Leva	39900000	40100000	36907500

Berlin, den 16. Oktober 1923. Noten.

	16. 10. Geld	16. 10. Brief	15. 10. vor. Geldk.
Amerikan. Noten	4089750000r50%	4110250000	3750600000
Englische „	18453750000	18546250000	16957500000
Italienische „	184537500	185462500	171570000
Rumänische „	19950000	20050000	17955000
Schweizer „	730170000	733830000	674310000
Türkische „	—	—	—
Tschechische „	124687500r50%	125312500	111720000r50%
Kleine Tschechen	124687500r50%	125312500	111720000r50%
Österreich. abgest.	56855	57145	52665
„ neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	4800000	—	3800000
Holländische „	1596000000	1604000000	1476300000
Ungarische „	4760	95240	79800

Dollarmittelkurs

Berlin, 16. Okt. Der amtliche Mittelkurs des Reichsbankdollars beträgt am 16. Oktober 4100 Millionen.

Inderzahlen

1 Goldmark am 15. Okt. = 895 238 095 P.-M.
Goldzollaufg. 13.—16. Okt. = 24 299 999 900 %
Goldzollaufg. 17.—19. Okt. = 107 999 999 900 %
Großhandelsinder 9. Oktbr. = 307 400 000fach
Lebenshaltungsinder 8. Okt. = 109 100 000fach
Güterverkehrsinder ab 18. Okt. = 1 000 000 000
Personenverk.-Inder ab 18. Okt. = 600 000 000
Buchhandl.-Schlüsselz. 16. Okt. = 1 100 000 000
Buchdruckschlüsselzahl 13. Okt. = 35 000 000
Buchbinderschlüsselzahl 15. Okt. = 80 000 000
Anzeigenschlüsselz. 13.—19. Okt. = 600 000
Landabgabe 17.—19. Okt. = 1080 Mill. je G.-M.
Dollarmittelkurs 16. Oktober = 4100 Millionen.
Arzneitaxe ab 14. Okt. = 9 600 000 (12 900 000 bes. Geb.) und 1 100 000.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Nagl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Münchener Theater- und Vergnügungs-Anzeiger

Theater-Spielplan

National-Theater
Mittwoch, 17. Okt., abends 6 Uhr: Tannhäuser.
Donnerst., 18. Okt., abds. 7 Uhr: Der Wildschütz.

Residenz-Theater
Mittwoch, 17. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Kinder.
Donnerst., 18. Okt., abds. 7.30 Uhr: Jan der Wunderbare.

Prinzregenten-Theater
Mittwoch, 17. Okt., abends 6.30 Uhr: Don Carlos.
Donnerst., 18. Okt., abds. 7 Uhr: Altheidelberg.

Theater a. Gärtnerplatz
Mittwoch, 17. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Siegerin.
Donnerst., 18. Okt., abds. 7.30 Uhr: Die Siegerin.

Schauspielhaus
Mittwoch, 17. Okt., abends 7.30 Uhr: Ein Traumspiel.
Donnerst., 18. Okt., abds. 7.30 Uhr: Der Schwan.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Mittwoch, 17. Okt., abends 7.30 Uhr: Faschingsfee.
Donnerst., 18. Okt., abds. 7.30 Uhr: Faschingsfee.

Volks-Theater
Mittwoch, 17. Okt., abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Donnerst., 18. Okt., abds. 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.

Münchner Theater (Blumensäle)
Mittwoch, 17. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Hamburger Filiale.
Donnerst., 18. Okt., abds. 7.30 Uhr: Die Hamburger Filiale.

Wien-München
Hotel Wagner
Sonnenstr. 23
Telephon 53464
Direktion
Max Pfahler.

Täglich abends 8 Uhr:
Peter Kante
Alois Pöschl

Ab 10½ Uhr:
Bar Wien-München

Deutsches Theater
Telephon 57201
Direktion: HANS GRUSS
Anfang 7¾ Uhr

Das Welt-Programm

2 Albrechts
Ludwig Amann
5 Burgos
Augoust & Paulette
5 Cincinatis
Northon-Duo
A. Rubini
Stutzbarth & Coco
2 Watsons
Wellandos Aunde

Tabarin Luitpold
Dir.: Anton Schneider
Art. Leit. J. Ambrunn
Salvatorplatz 4. Tel. 27799
Ellen Eléna
Denti Margot
usw.
— Kein Weinzwang —

Hofgartenspiele Annast
München, Odeonspl. 18
Inhaber und Leiter: Gustl Annast
Telephon 23691, 28281
*
Täglich
Lustige
Vortrags-Abende
Lisl Sternard
Oskar Huber
Gustl Annast
Carla Riedburg
Simon Mayerhofer
Erhardt Seidl
Wiener Musik- u. Gesangsquartett
*
Beginn 8 Uhr

Peterhof-Spiele
Marienplatz
Inh.: Hans Schwojer
Direktion:
August Junker
Täglich Vorstellung
Sonn- u. Feiertags 4 und 8 Uhr und vorm. 10 Uhr
Alt-Münchner Frühschoppen-Konzert
Hackerbr.-Märzenbier

Rosen-Casino
Vornehmes Wein- und Speisehaus
Schommerstraße 19
am Stachus
Täglich
Künstlerkonzert
Tanz

Werbt für den „Beobachter“!

Torggelstube
Telephon 20976 Platzl 8 neben Hofbräuhaus

Bunter Vogel
Adalbertstr. 41a Tel. 23327 Linie 6—16
Gutbürgerliches Haus
Täglich Stimmungskonzert

SERENISSIMUS
Am Siegestor Dir. F. RANDOW Fernruf 31491
Täglich der große Erfolg ‚Am Deutschen Rhein‘ und das hervorragende Programm. Kein Weinzwang.

Diana
Ecke Adalbert- u. :: Nordendstraße ::
Tel. 34059

TUSCULUM
KONZERTCAFÉ
MARIENPLATZ 11/12 OSKAR HART

Gast- und Vergnügungsstätte
PLATZL
Täglich Konzerte der Dachauer

Gaststätte Foerster
Liebigstraße 8 Telephon 23655
Vorzügliche Küche .. .. Bestgepflegte Weine

Weingaststätte Damböck
Barer Straße 55
Telephon 28316

Gaststätte Malkasten
München, Augustenstr. 78, Tel. 54700
Vorzüglicher Mittag- u. Abendtisch
Täglich Künstlerkonzerte
Bunte Vorträge
BESITZER JOSEF VOGL

Gaststätten Humplmayr
München, Maximiliansplatz 17
Telephon Nr. 27615
Vorzügliche Küche
Bestgepflegte Weine
Täglich Künstlerkonzert
JOHANN SCHOTTENHAMEL

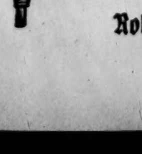
Löwenbräu-Keller
Große Konzerte

Kleinbühne BENZ
Leopoldstraße 50 / Telephon 30495, 30341
Gastspiele allererst. Künstler

Weinhaus SCHNEIDER
BURGSTR. 17 (neben alten Rathaus)

Kropf!
Satthals – Blähhals
Schmerz- und operationslose dauernde Beseitigung ohne Berufsstörung unter Garantie. Kein Jod, keine Schmierkur. Untersuchung und für Ausländer ausführlicher Prospekt kostenlos.
Sprechzeit: Montag bis und mit Freitag von 9—1 Uhr.
Privat-Institut für operationslose Kropfheilung
M. Meier,
MÜNCHEN, Nußbaumstraße 30

Emil Maurice
Uhrmacher
repariert Uhren auch außer Haus
Rumfordstr. 5/IV


Fahnen
aller Art
liefert prompt und preiswer
Robert Träger, Pirna i. Sa.

Mein Name ist Robert Böh
Von Beruf Hutmachermeister
Ich gestatte mir, die
Hutfabrik u. Façonieranstalt ‚Modern‘
in empfehlende Erinnerung zu bringen.

PARFUMERIE
SCHNEIDER
SCHELLINGSTRASSE 69
FEINSEIFEN UND TOILETTEGEGENSTANDE

Ankauf von
Brillanten
Gold. u. silb. Herrenuhren
Gebisse — Zähne — Platin
Gold- u. Silbergegenstände
Hans Bermüller
Kapellenstr. 3/I beim Karlstor (neben Oberpollinger), gegenüber Café Fürstenhof / Fernsprecher Nr. 53816
Separate Ankaufsräume

Regenmäntel
werden unter billigster Berechnung **repariert.**
Gummiwaren-Fabrik
Anton Luber, München
Lindwurmstraße 88. Telephon 73618.

HERMETISATOR

das beste Einkochverfahren
2 D. R. P. / 14 Auslandspatente
Prospekte u. praktische Vorführung kostenlos
Generalvertrieb für Süddeutschland
Walter Haensch * München
Helmtrudenstr. 2 · Teleph. 337[illegible]9

Heilanstalt für
Haut- und Geschlechts-
Haar- u. Harnleiden, Sex. Neurasth.
Sprechstunden: 10—1 und 5—6½ Uhr
Dr. med. J. Kopp
Dachauer Str. 15, nächst dem Hauptbahnhof

Die führende polit. Wochenschrift ist das
„Heimatland“
Auf nationale- und völkischer Grundlage führt das „Heimatland“ einen zielbewußten Befreiungskrieg gegen alle äußeren und inneren Feinde des deutschen Volkes.
Schriftleitung und Verlag.
München, Sendlingertorplatz 1, Fernruf 54190, Postscheckkonto München 33747.
Bestellungen nimmt der Verlag sowie alle Postanstalten des Reiches jederzeit entgegen.

„Schwarz ist die Trauer,
Weiß ist die Glut,
Rot ist die Farbe der Rache:
Deutschland sei deutscher wie rotes Blut,
Deutshland, mein Deutschland, erwache!
Reißt ihn entzwei, den Vertrag von Versailles!
Straft, die euch damals betrogen!
Fort mit der Welschen Tyrannei!
Deutschland! Sprung auf, marsch, marsch! Heil!“
Dritter Vers des neuen **Schlageter-Lieds**
von Ernst Hanfstaengl. Zu beziehen durch
MAX HIEBER, München
Marienplatz Nr. 18

Deutsche Arbeiter-Presse
Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschösterreich.
Schriftl. und Verwaltung 8. Bez., Josefsgasse 4—6 (Antisemitenhof).
Telephon 16-701.
Bezugspreis 5000 K.

Neues Leben
Monatsschrift für deutsche Wiedergeburt
Beilage: „Heiliger Frühling“, Blätter deutschvölkischer Jugend
Herausgeber: A. Funkenberg, Gelsenkirchen
Führendes Organ für die deutschgläubige Bewegung, Grundlage für deutschgeprägte Lebensform auf allen Lebensgebieten: Kunst, Sitte, Recht, Wirtschaftsleben und Verfassung
Herausgeber:
Dr. Th. Scheffer, Bad Berka bei Weimar
Mitarbeiter: F. K. Otto, Otto S. Reuter, E. Hauck, M. R. Gerstenhauer, K. Paulsen, A. Falb, Rud. Flurschütz, J. Kugler u. v. a.
Verlag des Neuen Lebens
Bad Berka

Hellauf. Das Monatsblatt der Deutschen. Probeheft kostenlos.
Mimir-Verlag Stuttgart
Senefelderstr. 13

Spar-Herde und -Öfen
für Holz, Torf, Kohlen und Grudekoks
G. SCHWEIZER, Landsbergerstr. 5

Stellenmarkt

Junger Buchhändler
(aus dem Ruhrgebiet) 19 Jahre alt, firm in allen buchhändlerischen Arbeiten (Bestellbuchführung, Abrechnungsarbeiten usw.), Angehöriger des Bayerischen Kampfbundes (Oberland), sucht Stellung als Gehilfe in einer völkischen Buchhandlung. Bayern bevorzugt. Zuschriften unter 1638 an die Anz.-Abtlg.

Jung. Holländer bewußter Germane
sucht
Aufenthalts- u. Betätigungsgelegenheit
in München. Suchender stammt aus alteingesessener Familie Rotterdams, verfügt über ein kleines Vermögen. Gefl. Zuschriften an Cornelis Voorhoeve, Siegsdorf bei Traunstein, erbeten.

Kellner
Nationale Gesinnung, 26 Jahre im Saal- u. Zimmerservice gearbeitet,
sucht Stellung.
Beste Zeugnisse vorhanden. Zuschriften unter 1637 an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.

Verschiedenes

Wohnungstausch!
Wir suchen: Eine 4- oder 5-Zimmerwohnung, eventl. 2 kleine nebeneinanderliegende Wohnungen.
Wir bieten: Eine 2-Zimmerwohnung mit Küche, Speicher und Keller. Hirschgartenallee.
Eine 2-Zimmerwohnung mit Küche und Kammer, Speicher und Keller. Sämtliche abgeschlossen. Bürgel, St. Martinsplatz 3/4.

Amerika!
Welch edeldenkender Amerikaner verhilft jungem Nationalsozialisten, 20 Jahre alt, nach Nord- od. Südamerika, welcher bereit ist, die Kosten dort abzuarbeiten. Gefl. Zuschriften an Otto Both, Meiningen i. Thüringen, Querstraße 2.

Heller Covercoat
fast neu, **zu verkaufen.** — Näheres Schellingstraße 39 I.

Heirat!
Höherer Beamter (Direktor einer Aktien-Ges.) mit gr. Vermögen, 25 Jahre alt, kriegsbeschäd., wünscht sich zu verheiraten, evtl. auch Einheirat. Schriftliche Anträge auch d. Verm. der Eltern von Damen arischer Abstammung erbeten unter 1640 an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes

Allgemeine Ortskrankenkasse München (Stadt)

Bekanntmachung.

In Anwendung des Artikels 5 der Reichsverordnung auf Grund des Notgesetzes (Krankenversicherung) vom 27. September 1923 fordert die Kasse hiermit sämtliche Arbeitgeber mit zehn und mehr Beschäftigten wiederholt auf, vom Montag bis Mittwoch jeder Woche die für die abgelaufene Woche angefallenen Krankenversicherungsbeiträge in voller Höhe, also Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile, an der Kasse selbst oder auf Postscheck-Nr. 5000 einzuzahlen.

Erfolgt innerhalb dieser Frist keine Zahlung, so werden die schuldigen Beiträge um den Betrag erhöht, der dem Verhältnis der vom Statistischen Reichsamt regelmäßig veröffentlichten Reichsrichtzahl der Lebenshaltungskosten am Fälligkeitstage zu der Reichsrichtzahl am Tage der Einzahlung entspricht, wobei die Reichsrichtzahlen auf den nächsthöheren durch eine Million teilbaren Betrag aufgerundet werden.

Um sich vor großen finanziellen Verlusten zu schützen, ist die Kasse gezwungen, die Zahlung der Beiträge wöchentlich in wertbeständigen Beträgen zu fordern. Diese Forderung muß und wird unnachsichtlich durchgeführt werden, auch ohne daß die Arbeitgeber vorher durch einen Kassaboten an ihre Zahlungspflicht erinnert werden, weshalb es im eigensten Interesse der Arbeitgeber liegt, die wöchentlichen Zahlungen pünktlich einzuhalten.

Ferner wird bekanntgegeben, daß die Kasse künftighin auch wieder am Mittwoch von 8¼ Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags ununterbrochen für den Personenverkehr geöffnet ist.

Nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 31. August 1923 gilt als höchster Grundlohn in der Krankenversicherung das Siebenfache der Reichsinderzahl für Lebenshaltungskosten. Auf Grund dieser Verordnung hat der Kassenvorstand die Lohnstufen, Grundlöhne, Beiträge, Kranken- und Sterbegelder festgelegt wie folgt:

Lohnstufe	Entgelt auf den Kalendertag	Grundlohn	Beiträge pro Woche	Tägl. Krankengeld 60 %	Sterbegeld
	in tausend Mark				
1a	Lehrlinge ohne Entgelt	6000	4000	—	120000
1b	bis 11700	6000	6000	4000	120000
2	über 11700 „ 35600	24000	18000	15000	480000
3	35600 „ 72400	54000	39000	33000	1080000
4	72400 „ 122500	98000	69000	59000	1960000
5	122500 „ 185700	155000	111000	93000	3100000
6	185700 „ 262100	224000	159000	135000	4480000
7	262100 „ 351600	307000	216000	185000	6140000
8	351600 „ 454400	403000	285000	242000	8060000
9	454400 „ 570000	513000	360000	308000	10260000
10	570000 „ 698000	635000	447000	381000	12700000
11	698900	764000	537000	459000	15280000

Vorstehende Lohnstufen, Grundlöhne und Beiträge treten mit 15. Oktober 1923, die Barleistungen mit 29. Oktober 1923 in Kraft.

Gleichzeitig machen wir wiederholt aufmerksam, daß die Versicherten bis zu 3 Zahnextraktionen und im Laufe eines Vierteljahres eine Zahnfüllung ohne vorherige vertrauensärztliche Anweisung bei den für die Kasse tätigen Zahnärzten und Dentisten auf Kosten der Kasse vornehmen lassen können, soferne sie bei Inanspruchnahme der Kassenorgane vor Ausführung der diesbezüglichen Leistungen erklären, bei der Kasse versichert zu sein und die Kassenzugehörigkeit unterschriftlich bestätigen.

München, den 15. Oktober 1923.

Allgemeine Ortskrankenkasse München (Stadt).
Vorsitzender des Vorstandes: Gustav Schiefer.

Am Hauptbahnhof
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Ankauf von
BRILLANTEN
Becher, Ringe, Ketten, Dosen usw.
Uhren, Gold, Silber, Platin, Zähne, Gebisse
Hans Straßberger
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Luxussteuerfreier Verkauf. Ankauf von Gemälden

Spezial-Ankauf von
Zähnen sowie alten Gebissen
Brillanten, Platin, Gold, Silber, Uhren, Doublé in jeder Form
Jakob Birkert
Sonnenstr. 27 I. Stock
Eingang der Tuchhandlung Kramer
Jeder Verkauf an mich ist steuerfrei und meine Luxus-Nr. 221

Meißner Zeitung
das Kampforgan der nationalen Kreise für Mittel- und Westsachsen
bekämpft
die Verführung unseres Volkes und
tritt ein für
Reinhaltung der germanischen Rasse und Erneuerung des deutschen Gedankens im Sinne unserer Väter.
Redaktion · Geschäftsstelle:
Meißen, Gerbergasse 2.

Das einzige deutsch-arische Wiener Tagblatt ist die
‚Deutschösterreichische Tages-Zeitung‘
Abendausgabe: die
‚Deutschösterreichische Abend Zeitung‘
Die einzige deutsch-arische Wochenschrift: die
„Österreichische Illustrierte Zeitung“
Einhart-Verlag / Wien VII / Bandgasse 32

Goldina-Kakao-Stube
neben den Dachauern **Platzl 1** gegenüber dem Hofbräuhause
Kakao, Kaffee, Tee, Eis, Limonade, Gebäck usw.
Bürgerlich gediegener, angenehmer Aufenthalt!
Fernruf Nr. 25023

Die Berechnung der Anzeigen erfolgt nach Grundpreis und Schlüsselzahl.
Grundpreis für auswärtige Anzeigen:
12mal gespaltene Nonpareille-Zeile . M. 100,–
Reklame-Zeile (6mal gespalten) . . . . M. 250,–
Schlüsselzahl zur Zeit 600000.
Ortsanzeigen, Familienanzeigen, Stellengesuche usw. nach aufliegendem Tarif.

Aufsehenerregende Enthüllungen
Freimaurer-Morde
von Dr. Friedrich Wichtl
25.–36. TAUSEND
Eine kurze, jedoch inhaltsreiche Broschüre, die in jedem Leser die tiefsten Eindrücke hinterläßt. Man fragt sich vergebends, wie es kommen mag, daß derlei Volksaufklärungsschriften nicht schon längst verbreitet worden sind. Daß der politische Mord in der Hochgrad-Freimaurerei erlaubt sei, wußten bisher allerdings nur wenige Eingeweihte, die sich jedoch ängstlich hüteten, dieses Geheimnis zu lüften.
Grundpreis nur M. 0,15
Deutschvölkische Buchhandlung
Fr. Eher Nachf. G. m. b. H.
Thierschstr. 15. Postscheck München 11346. Am Kosttor 2

Hakenkreuz-
Brosche, Anhäng., Châtelaine mit schwarzweißrotem Band, Nadeln, Edelweiß in Alpaka u. Email. Edelmetallanfertigung auf Bestellung. Große Auswahl zu jeweilig. Tagespreis. Ortsgruppen und Vereine Vorzugspreise.
NB! Bei Veranstaltungen, wie Deutsch. Tag (Verkaufsstand) im Festsaale der N.S.D.A.P.
Parteigenosse
Louis Frankl
München-Ost
Sedanstr. 5/I. r.

Ankauf · Verkauf
gebrauchter
Herrenkleider
Militärkleider
Spezialgeschäft:
Heinrich Herkert
Bayerstraße 1/I., / Tel. 51375
Verleih
von Hochzeits-, Gesellschafts-Anzügen / Zylindern

Wirr-haare
kauft u. zahlt enorme Preise
Haarknapl
Kanalstr. 15

Uhren kauft, tauscht, verkauft, repariert
Schlicht, Damenstiftstr. 16/4

Das muss festgenagelt werden, denn da bezahlt man die **besten Preise** für Flaschen-Zeitungen-Altpapier-Eisen-Altmetalle
Merken Sie sich:
Gebr. Albrecht
Schleißheimerstr. 44
Hildegardstraße 11
Riedlstraße 4
Telephon 52774

Ihre Anzeige hat Erfolg
wenn Sie dieselbe im „Völkischen Beobachter“ aufgeben.